



## Stenografischer Bericht

– öffentlich –

96. Sitzung des Innenausschusses

24. Juni 2013, 12:03 bis 16:04Uhr

### Anwesend:

Vorsitzender Abg. Horst Klee (CDU)

### CDU

Abg. Alexander Bauer  
Abg. Holger Bellino  
Abg. Christian Heinz  
Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)  
Abg. Jan Schneider  
Abg. Ismail Tipi

### SPD

Abg. Nancy Faeser  
Abg. Dieter Franz  
Abg. Lisa Gnadl  
Abg. Günter Rudolph  
Abg. Andrea Ypsilanti

### FDP

Abg. Dr. Frank Blechschmidt  
Abg. Wolfgang Greilich  
Abg. Hans-Christian Mick  
Abg. Helmut von Zech

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abg. Ellen Enslin  
Abg. Jürgen Frömmrich  
Abg. Daniel Mack

### DIE LINKE

Abg. Hermann Schaus  
Abg. Janine Wissler



**Fraktionsassistent/in:**

FraktAss	Dr. Walter Fishedick	(Fraktion der CDU)
FraktAss	Ralf Sturm	(Fraktion der SPD)
FraktAss	Sönke Greimann	(Fraktion der FDP)
FraktAss	Rolf Krämer	(Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
FraktAss	Adrian Gabriel	(Fraktion DIE LINKE)

**Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amts-/ Dienstbezeichnung	Ministerium, Behörde
Boris Rhein	M	HMdIuS
Dr. Fr. Fiedler	Land. Dir. in	Hess. Stk
Sannik Marquart	Praktikant	Hess Stk
KANTNER	MDjt	Mdi
Röfler	MR	—
Desch	P	LV HE
S. Müller	LD	AMdIS
DIEHL	JdP	HMdIS
Münch	LPP	n
S. Grotthues	ROR	HMdIS
K. Müller	Land. PR	n
DR. H. THIEL	PP	n



**Inhaltsverzeichnis:****Punkt 1:**

**Dringlicher Berichtsantrag  
der Abg. Schaus, Dr. Wilken, Wissler, van Ooyen, Schott, Cárdenas  
(DIE LINKE) und Fraktion betreffend geplante, gewaltsame, rechts-  
und verfassungswidrige Auflösung der gerichtlich genehmigten  
Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main  
– Drucks. [18/7504](#) –**

**S. 4****Punkt 2:**

**Dringlicher Berichtsantrag  
der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend  
Blockupy – beunruhigende Beschränkung der Demonstrationsfrei-  
heit  
– Drucks. [18/7505](#) –**

**S. 44**



**Vorsitzender:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zur 96. Sitzung des Innenausschusses begrüßen. Wir nähern uns Stück für Stück der magischen Zahl der 100. Sitzung, die im Hessischen Landtag noch nie in einer Legislaturperiode erreicht wurde. Ich bin aber davon überzeugt, dass die Fraktionen des Landtags so erfinderisch sind, dass wir dies in dieser Legislaturperiode packen.

(Abg. Janine Wissler: Das liegt am Innenminister!)

– Frau Wissler, diesen Zwischenruf habe ich überhaupt nicht gehört.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich darf dazu sagen, dass die Öffentlichkeit bereits hergestellt ist. Es war der Wunsch, in öffentlicher Sitzung zu tagen. Dem haben wir gleich entsprochen. Wir brauchen darüber also nicht abzustimmen. Gibt es da Widerspruch? – Nein, das gibt es nicht.

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 1 auf: Dringlicher Berichts Antrag, Drucks. [18/7504](#). – Herr Schaus, zur Geschäftsordnung, bitte schön.

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben dazu dankenswerterweise – ich weiß, welche Belastung das für das Büro ist; dafür darf ich mich recht herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle des Innenausschusses bedanken – das Wortprotokoll des öffentlichen Teils der letzten Sitzung erhalten. An dieses Wortprotokoll sind einige Fotos angehängt. Es sind die Fotos, die hier das letzte Mal gezeigt wurden. Sie erinnern sich, wir hatten den Antrag gestellt, auch Fotos und Videos zu dem Teil vorzuführen, der die Polizeieinsätze im sogenannten friedlichen Teil des Blockupy-Blocks beinhaltet.

Ich möchte das noch einmal beantragen, und zwar in Anbetracht dessen, dass ich glaube, dass es sinnvoll und notwendig ist, zu einer Beurteilung zu kommen, die dem vorausgeschickt werden sollte, was der Innenminister jetzt im Einzelnen beantwortet. Wir sind bereit und technisch in der Lage, das sofort umzusetzen. Wir würden hier gern fünf Fotos und ein kurzes Video von etwa fünf Minuten zu dem Teil zeigen, der nicht berichtet wurde und nicht Bestandteil der Polizeifotos ist. Das möchte ich zum Antrag erheben.

Abg. **Holger Bellino:** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Diskussion schon einmal geführt. Wir sehen dafür erstens keine Notwendigkeit; zweitens ist es mit Sicherheit nicht zielführend, wenn hier jeder seine privaten Fotoaufnahmen zeigt. Wer dieses Bedürfnis hat, hat andere Möglichkeiten. Sie haben das bereits mit einer Pressekonferenz getan. Sie können auch weitere Pressekonferenzen durchführen und die Menschen, die daran Interesse haben, mit Ihren Fotos versorgen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Polizei objektiv berichtet hat. Wir gehen davon aus, dass das auch in dieser öffentlichen Sitzung der Fall sein wird und dass wir diesen Raum dann alle noch etwas schlauer verlassen werden, weil wir alle die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen. Wir sehen aber keine Notwendigkeit dafür, zusätzliche Filme vorzuführen oder Fotos zu zeigen.



**Vorsitzender:** Gibt es zu diesem Punkt weitere Wortmeldungen? – Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Ansinnen der Fraktion DIE LINKE zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe? Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE und bei Enthaltung der Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Ist alles korrekt? – Wunderbar.

Dann treten wir in die Beantwortung ein. Ich habe jetzt nur den Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE vorgelesen. Machen wir das gleich zusammen?

(Abg. Jürgen Frömmrich: Nein!)

– Erst Tagesordnungspunkt 1 und dann Tagesordnungspunkt 2. – Gut, Herr Innenminister, bitte schön.

### **Punkt 1:**

#### **Dringlicher Berichtsantrag**

**der Abg. Schaus, Dr. Wilken, Wissler, van Ooyen, Schott, Cárdenas (DIE LINKE) und Fraktion betreffend geplante, gewaltsame, rechts- und verfassungswidrige Auflösung der gerichtlich genehmigten Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main**  
– Drucks. [18/7504](#) –

Minister **Boris Rhein:** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will hier wegen der vielen, juristisch teilweise fragwürdigen, Bewertungen und Beurteilungen des sogenannten Blockupy-Einsatzes vom 1. Juni etwas voranstellen, und zwar habe ich eine unabhängige juristische und wissenschaftliche Begutachtung des Einsatzgeschehens vornehmen lassen.

Ich habe von Herrn Prof. Dr. Michael Brenner ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Herr Prof. Dr. Brenner ist Lehrstuhlinhaber für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Er hat ein Rechtsgutachten zum Vorgehen der Polizei bei der Versammlung am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main erstellt. Er ist ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet des Verfassungs- und Verwaltungsrechts. Ich will Ihnen vorab gern das Ergebnis, das Fazit, seines Gutachtens zur Kenntnis geben.

Herr Prof. Dr. Brenner schreibt: „Zusammenfassend ist festzustellen,“ – das Gutachten umfasst 41 Seiten – „dass sich die Polizei bei ihrem Einsatz am 01. Juni 2013 im Zusammenhang mit der Demonstration und Kundgebung ‚Europäische Solidarität gegen das Krisenregime von EZB und Troika‘... gesetzeskonform und damit rechtmäßig verhalten hat.“

Es heißt weiter: „Die Polizei hat erkennbar alles in ihrer Macht Stehende getan, um eine Eskalation zu vermeiden. Ihr Verhalten war in überaus hohem Maße von dem Grundsatz der Deeskalation und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bestimmt. Zu betonen ist insbesondere, dass das Anhalten und anschließende Festhalten des sog. Schwarzen Blocks von dem Bestreben getragen war, möglichst lange die auflagenkonforme Fortführung der Versammlung zu ermöglichen; dies wäre nicht möglich gewesen, wäre bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine – rechtlich zulässige – Teilausschließung verfügt



worden. Das Verhalten der Polizei zu diesem Zeitpunkt stellt sich damit als eine Maßnahme dar, die der Wahrnehmung des Versammlungsgrundrechts in weitaus höherem Maße Rechnung getragen hat, wie dies ein Vorgehen nach Maßgabe der StPO" – also nach der Strafprozessordnung – „ermöglicht hätte. Mit anderen Worten war das zunächst erfolgte Zurückstellen von rechtlich zulässigen Maßnahmen nach der StPO – wie insbesondere die Identitätsfeststellung – von dem Anliegen getragen, möglichst lange in der rechtlichen Sphäre des Versammlungsrechts zu verbleiben.“ Ich füge in Klammern hinzu: Brokdorf-Entscheidung.

Es heißt in dem Gutachten weiter: „Nachdem aber seitens der Versammlungsteilnehmer die Bereitschaft nicht vorhanden war, sich auflagen- und gesetzeskonform zu verhalten und darüber hinaus die Situation zu eskalieren drohte, blieb der Polizei nichts anderes übrig, als die ihr durch die StPO eingeräumten Befugnisse wahrzunehmen; letztlich war sie hierzu aufgrund des Legalitätsprinzips auch verpflichtet. Schließlich ist zu konstatieren, dass die Dauer der Festsetzung im Gefolge der Teilausschließung zum einen der Tatsache geschuldet war, dass es sich um eine große Anzahl von Personen handelte, deren Identität festgestellt werden musste und dies Zeit benötigt. Zum anderen waren zahlreiche Versammlungsteilnehmer nicht kooperationsbereit und mussten weggetragen werden – was ein wesentlicher Grund dafür war, dass die Feststellung der Identität der Betroffenen längere Zeit in Anspruch nahm. Die Tatsache indes, dass das ‚Abarbeiten‘ der Feststellung der Identität von mehreren 100 Personen längere Zeit in Anspruch nimmt, kann der Polizei nicht zum Vorwurf gemacht werden, insbesondere deshalb nicht, weil die Notwendigkeit einer so umfänglichen Identitätsfeststellung an der Weißfrauenstraße für die Polizei nicht vorhersehbar war.“

Das ist das Fazit eines Gutachtens von Herrn Prof. Dr. Brenner vom Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

Ich will eine zweite Vorbemerkung machen, bevor ich auf die Antworten zu den Berichtsansträgen zu sprechen komme. Ich will einleitend noch einmal eine deutliche Vorbemerkung zu der Frage der prognostizierten Gefahrenlage für den 1. Juni machen, und zwar heißt es in dieser Prognose:

Bei Großereignissen findet seit Jahren ein regelmäßig erfolgreich praktizierter Informationsaustausch zwischen dem Landeskriminalamt Hessen, den zuständigen Polizeipräsidien und dem Landesamt für Verfassungsschutz in Hessen statt. Der jeweilige Austausch beginnt weit im Vorfeld einer Veranstaltungslage und dient insbesondere der Abstimmung von Personenpotenzialen und der Herbeiführung einer gemeinsamen Gefährdungslagebewertung. Während einer Einsatzlage ist der Austausch relevanter Informationen oder die Abstimmung von Bewertungen sichergestellt, auch im Nachgang findet im Rahmen der Nachbereitung ein gegenseitiger Informationsaustausch statt.

Im Zusammenhang mit den Blockupy-Aktionstagen vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2013 lagen den Sicherheitsbehörden im Vorfeld zur internationalen Großdemonstration am 01.06. Erkenntnisse vor, die einen unfriedlichen Verlauf der Großdemonstration erwarten ließen, und exakt diese vorliegenden Erkenntnisse haben sich mit Beginn der Großdemonstration am 01.06. – Vorlaufphase, Ansammlungsphase, Beginn der Aufzugsphase – dann auch bestätigt. Wie aggressiv und aufgeladen die Stimmung schon zu Beginn des Zuges gewesen ist, macht sich insbesondere am Skandieren der Parolen deutlich. Die Stimmung der Angehörigen der autonomen Szene war von Anfang an äußerst aggressiv. Es wurde skandiert: „Hass, Hass, Hass wie noch nie – All Cops Are Bastards – A.C.A.B!“ „BRD, Bullenstaat, wir haben dich zum Kotzen satt!“



Die Stimmung ist dann über den gesamten Zeitraum hinweg auch vom Lautsprecherwagen weiterhin geschürt worden. Auf diesem Lautsprecherwagen befand sich auch ein Angehöriger der autonomen Antifa Frankfurt, der vor allem gegen die eingesetzte Polizei Parolen skandierte, wie: „Wir hauen euch die Stadt kaputt!“ Diese Aussagen sind dann auch durch unbekannte Personen in mehrere Sprachen, nämlich ins Italienische und Englische, übersetzt worden. Im weiteren Verlauf der Demonstration sind genau durch diesen Lautsprecherwagen Aussagen und Parolen geschrien worden, wie: „Die Bullen sollen sich aus der Demonstration verpissen!“ „Die Bullen sind noch sauer, weil ihnen am 1. Mai acht Fahrzeuge abgefackelt sind!“ „Wir lassen uns nicht festnehmen!“ „Verpisst euch – Polizia Assassini!“ Das als Vorbemerkung.

Damit komme ich zu den Fragen. Ich beginne mit – wie es auch der Vorsitzende empfohlen hat – dem zuerst eingegangenen Dringlichen Berichtsantrag, nämlich dem Dringlichen Berichtsantrag der LINKEN. Ich möchte auch hierzu gern etwas voranschicken, weil die Vorbemerkung des Fragestellers sehr bezeichnend ist. Hier werden Begriffe verwendet und insbesondere Bilder gestellt, die ich für sehr problematisch halte. Dies müsste eigentlich dazu führen, dass man sich einmal Gedanken darüber macht, ob Berichtsanträge mit solchen Vorbemerkungen überhaupt noch zu beantworten sind. Ich glaube aber, dass das an anderer Stelle zu erörtern ist als hier.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Das haben Sie nicht zu entscheiden! Wir sind hier im Parlament! Das wollen wir doch einmal sehen!)

– Sehr geehrter Herr Abg. Frömmrich, ich erlaube mir schon, dazu eine Meinung zu äußern. Darauf können Sie sich verlassen.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Sie entscheiden nicht, welche Anfragen Sie beantworten! Wir sind hier im Parlament!)

– Ich entscheide, welche Antworten ich gebe. So einfach ist das.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Das wollen wir doch einmal sehen! Lesen Sie dazu einmal die Verfassungsgerichtsurteile!)

Vor der Beantwortung der Fragestellung will ich einige grundsätzliche Klarstellungen, insbesondere im Hinblick auf die Vorbemerkung des Dringlichen Berichtsantrags, vornehmen, die sich Herr Frömmrich offensichtlich auch zu eigen macht.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Nein, das mache ich nicht!)

Denn keinesfalls zutreffend, absurd und überhaupt nicht hinnehmbar sind die Darstellungen, dass es sich im Zusammenhang mit dem Einsatzgeschehen am 01.06.2013 in Frankfurt am Main um einen „geplanten, gewaltsamen sowie rechts- und verfassungswidrigen Angriff auf Demonstranten“ gehandelt habe. Genauso wenig zutreffend, absurd und überhaupt nicht hinnehmbar sind Darstellungen, dass Tausende in ihrem Recht auf Demonstrations-, Versammlungs- und Bewegungsfreiheit verletzt worden seien. Genauso unzutreffend ist, dass „... es sich um einen riesigen Polizeiüberfall“ – so steht es in diesem Dringlichen Berichtsantrag – „auf mehr als 10.000 Menschen“ gehandelt habe, „bei dem Hunderte friedlicher Demonstranten schlicht verprügelt und mit Pfefferspray traktiert“ worden seien, wie DIE LINKE schreibt.

Unverschämt ist – das will ich sehr deutlich sagen – darüber hinaus, die verantwortliche Polizeiführung in Frankfurt am Main, aber auch die Verantwortlichen im hessischen In-



nenministerium offen der Lüge und der Unwahrheit zu bezichtigen, indem auf eine unglaubliche Art und Weise behauptet wird, der Einsatzverlauf sei zielgerichtet auf Anordnung des Innenministeriums eskaliert worden, und es habe Abstimmungen der Polizei mit dem Innenministerium während des Einsatzverlaufs gegeben. Mehr als infam ist die Behauptung: Der Innenminister oder das Innenressort kriminalisiere aufgrund eines „rechts-nationalen Weltbildes“ fortlaufend linke und vermeintlich linke Proteste und toleriere dem entgegen „neonazistische Aufmärsche und Straftaten“.

Das sind Ausführungen, die in der Tat problematisch sind und sehr deutlich machen, wer sich hier mit wem gemein macht. Ich halte das für eine propagandistische Diktion und Darstellungsweise, die so nicht einfach stehenbleiben kann.

(Abg. Hermann Schaus: Aber genau das ist wahr!)

Ich will deswegen gern mit der Beantwortung der Fragen beginnen:

*Frage 1: Zeitraum vor Beginn der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013*

*a) Aufgrund wessen Anordnung wurden mehrere Busse mit Demonstranten auf dem Weg nach Frankfurt an Autobahnraststätten gestoppt und stundenlang durchsucht und warum durften die Insassen über mehrere Stunden nicht einmal auf eine Toilette gehen?*

Die Buskontrollen erfolgten auf Grundlage des § 18 Abs. 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Den Insassen der Busse wurden Toilettengänge bei der nahegelegenen Polizeiautobahnstation Butzbach angeboten. Allerdings haben die Personen abgelehnt, die Busse zu verlassen. Nachdem absehbar war, dass die geplanten Kontrollmaßnahmen durch die entsprechende Weigerung nicht zeitnah durchgeführt werden konnten, wurde zusätzlich das Aufstellen mobiler Toiletten veranlasst. Insoweit trifft es nicht zu, dass der Toilettengang verwehrt worden sei.

*b) Welche Straftaten wurden den Betroffenen vorgeworfen und welche wurden nachgewiesen?*

Nach Abschluss der Buskontrollen wurden insgesamt sieben Strafanzeigen wegen Verstöße gegen das Versammlungs-, das Waffengesetz, das Betäubungsmittelgesetz und das Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) erstattet.

*c) Wie viele Polizisten aus welchen Bundesländern und der Bundespolizei waren bei den Einsätzen am 31.05. und 01.06.2013 in Frankfurt im Einsatz?*

Die hessische Polizei erhielt an den Einsatztagen – Freitag, 31.05.2013, Samstag, 01.06.2013 – personelle Unterstützung aus dem Bund, aus der Bundespolizei sowie aus folgenden Bundesländern: Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Angaben hinsichtlich der Einsatzstärke der unterstützenden Bundesländer können nicht erfolgen.



*d) Wann und von wem wurden die Polizeikräfte aus den anderen Bundesländern und von der Bundespolizei angefordert?*

Die Kräfteanforderung des Polizeipräsidiums Frankfurt ging am 14. Mai 2013 an das Landespolizeipräsidium. Die vom Bund und den Ländern angebotenen Unterstützungskräfte wurden auf dem bei Einsätzen mit bundesweitem Unterstützungsbedarf üblichen Kommunikationsweg durch das Ministerium des Innern und für Sport und dort des Landespolizeipräsidiums am 24.05.2013 und am 28.05.2013 angefordert.

*e) Worin bestand die Lageeinschätzung und wer hat sie erstellt?*

Beginnend im Januar 2013 bis unmittelbar vor dem Beginn der Blockupy-Aktionstage stimmten sich das Polizeipräsidium Frankfurt am Main und dort die Kriminalinspektion 40 – das ist der polizeiliche Staatsschutz –, die Staatsschutzabteilung des Hessischen Landeskriminalamts und das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz fortwährend ab. Hierbei wurden auch vorliegende Erkenntnisse aus den Bundesländern einbezogen.

Zur Gefahrenprognose habe ich eben schon umfangreiche Angaben gemacht. Für den 31. Mai wurden anlässlich der Veranstaltung 3.000 bis 5.000 Teilnehmer prognostiziert. Darunter bis zu 1.000 gewaltbereite bzw. gewaltentschlossene Personen. Für die Demonstration am 1. Januar 2013 belief sich die Einschätzung auf bis zu 20.000 Teilnehmer. Darunter waren bis zu 2.000 gewaltbereite bzw. gewaltentschlossene Personen einzukalkulieren.

Es erfolgte in diesem Zusammenhang auch der Hinweis, dass von einem Teil der Veranstaltungsteilnehmer Straftaten im Rahmen des zivilen Ungehorsams, also insbesondere Nötigungen, als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung angesehen würden. Resonanzstraftaten, also Aktionen im Anschluss an durchgeführte Einsatzmaßnahmen, insbesondere gegen – das sage ich in An- und Abführungszeichen – Reizobjekte des Repressionsapparats wie Einrichtungen der Polizei, der Justiz, der Politik oder der Stadt Frankfurt sowie gegen – das sage ich ebenfalls in An- und Abführungszeichen – kapitalistische Reizobjekte wie Banken und Unternehmen der Finanz- und Immobilienbranche oder der Bekleidungsindustrie waren in Betracht zu ziehen; in diesem Kontext wahrscheinlich veranstaltungstypische Straftaten wie Sachbeschädigungen, Brandstiftungen, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Blockaden von zentralen Plätzen und Verkehrsknotenpunkten, Nötigungen, Eindringversuche in Objekte, versuchte Besetzungen, abgesetzte Aktionen im Stadtgebiet, Übergriffe auf Polizeikräfte. Darauf wurde bereits hingewiesen.

*f) Von wem wurden wann die Lageeinschätzungen an die eingesetzten Einheiten mitgeteilt und wie lautete der Einsatzbefehl? Wer hat die Umzäunung der EZB mit Nato-Stacheldraht wann angeordnet und wer war in die Entscheidung eingebunden?*

Die unterstellten Einsatzabschnittsleiter wurden durch die Einsatzleitungen und den polizeilichen Staatsschutz des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main in mehreren Abschnittsleiterbesprechungen im Vorfeld des Einsatzes und im weiteren Verlauf in Form von Telefonschaltkonferenzen über die jeweiligen aktuellen Lagebewertungen unterrichtet; die Lagebewertung sowie der Einsatzbefehl „Blockupy-Aktionstage 2013“ haben allen Einsatz- und Unterabschnittsleitern schriftlich vorgelegen. Die technischen Sperrmaßnahmen im Bereich der EZB für den 01.06. wurden aufgrund massiver Angriffe, also Sachbeschädigungen und in Teilen Demontage dieser Sperrmaßnahmen, auf die Gitterabsperungen am 31. Mai 2013 durch die Gesamteinsatzleitung festgelegt.



Es gibt in Art. 5 des Abkommens vom 18.09.1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Zentralbank über den Sitz der EZB eine klar formulierte Schutzpflicht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Einrichtungen der EZB. Nach dieser Bestimmung ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die Räumlichkeiten der EZB gegenüber unbefugtem Eindringen oder Beschädigungen aller Art sowie gegen sonstige Beeinträchtigungen und ihre Funktionsfähigkeit mit geeigneten Maßnahmen zu schützen. Daraus erfolgt die Pflicht, einen ungehinderten Zugang zu den Räumlichkeiten der EZB zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Sicherheit von EZB-Mitarbeitern, externem Personal und Besuchern nicht gefährdet wird.

*g) Wer hat wann angeordnet, ca. 1.500 Polizeikräfte und Material am Untermainkai/Mainzer Straße zu konzentrieren und aus welchem Grund?*

Die Antwort lautet, dass es eine derartige Anordnung zu keinem Zeitpunkt gegeben hat.

(Abg. Hermann Schaus: Das haben wir aber gesehen!)

*h) Ist es zutreffend, dass die Polizei sich mehrere Stunden vor Beginn der Demonstration Zutritt zum jüdischen Museum verschaffte, dort Fotoaufnahmen des Geländes an dem später die Einkesselung vorgenommen wurde machte und wenn ja, warum?*

Hierzu liegen der Gesamteinsatzleitung und den zuständigen Einsatzabschnittsleitungen weder Erkenntnisse vor, noch wurde dies durch sie veranlasst. Es gab ein freundliches Angebot des jüdischen Museums, nämlich die Toiletten während des Einsatzes nutzen zu können.

*i) An wie vielen und an welchen weiteren Orten entlang der Demoroute wurden derartige „Ortsbegehungen“ unternommen?*

Auch hier gilt das, was ich eben gesagt habe, dass hierzu der Gesamteinsatzleitung und den Einsatzabschnittsleitungen weder Erkenntnisse vorliegen noch wurde solches veranlasst.

*j) Ist der Innenminister den zahlreichen Hinweisen (z. B. Bericht der Demo-Sanis, Bericht der „Bild“-Zeitung, Bericht der „FAZ“, Bericht der „FR“, offener Brief von Dieter Hooge, Aussagen des Arztes Joachim D. usw.) nachgegangen, wonach das massive Eingreifen der Polizei genau zwischen jüdischem Museum und Mainzer Straße vorbereitet war und dann auch stattgefunden hat, obwohl es bei Erreichen der Stelle zu keinem hinreichenden Grund für einen massiven Einsatz gekommen sei? Wenn nein, warum nicht?*

Die in der Fragestellung aufgeworfene Darstellung eines vorab geplanten und zielgerichteten Einsatzes an der genannten Örtlichkeit ist nicht zutreffend. Deswegen entfällt die Beantwortung.

(Abg. Hermann Schaus: Was?)



- k) *Wie gedenkt der Innenminister den Vorwurf „der geplanten Inszenierung zur Herbeiführung einer Eskalation“ durch die Demonstranten zu entkräften?*

Der Vorwurf, dass die hessische Polizei Inszenierungen planen würde, ist falsch und wird von mir zurückgewiesen.

*Frage 2: Zeitraum zwischen Beginn der Demonstration und der Einkesselung*

- a) *Welche Straftaten wurden ab dem Beginn der Demonstration und dem Einkesseln von Demonstrationsteilnehmern nachweislich aus der Demonstration heraus begangen?*

Nach den bisherigen Ermittlungen besteht unter anderem der Anfangsverdacht von erheblichen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Entsprechende Ermittlungen dauern derzeit noch an.

- b) *Von wem wurden diese Straftaten nachweislich begangen?*

Auch hier verweise ich auf das, was ich eben gesagt habe.

- c) *Wer und wie viele Menschen wurden hierbei nachweislich verletzt?*

Nach derzeitiger polizeilicher Gesamtbilanz wurden im Rahmen der Blockupy-Aktionstage 31 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte verletzt. Der Polizei sind – das ist der Stand 19.06.2013 – namentlich neun verletzte Demonstrationsteilnehmer bekannt.

- d) *Wann genau erfolgte von wem die Entscheidung zur Einkesselung der Demonstrationsteilnehmer/innen und mit wem wurde diese Entscheidung zuvor abgesprochen?*

Die Entscheidung erfolgte um 12:40 Uhr. Sie wurde durch die Gesamteinsatzleitung in enger Abstimmung mit den in der Befehlsstelle des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main anwesenden Vertretern der Versammlungsbehörde der Stadt Frankfurt am Main getroffen.

- e) *Wann und von wem wurde die betroffene Gruppe von Teilnehmer/innen der Demonstration zuvor durch die Polizei auf drohende Polizeimaßnahmen hingewiesen?*

Über den Versammlungsleiter wurde vonseiten der Polizei bereits vor Aufzugsbeginn mehrfach darauf hingewirkt, dass das Mitführen von verbotenen Gegenständen und die Vermummung von Personen unterbleibe. Auf die bestehende Auflagenverfügung der Ordnungsbehörde wurde mehrfach hingewiesen. Auch wurden für den Fall der Nichtbefolgung entsprechende polizeiliche Maßnahmen angekündigt.

- f) *War den Entscheidungsträgern und Beteiligten zu diesem Zeitpunkt das sogenannte Brokdorf-Urteil und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bekannt?*

Hier kann man ein sehr deutliches Ja sagen. Die Abfolge der Entscheidungen der Polizei entspricht minutiös dessen, was im Brokdorf-Urteil und in der entsprechenden weiteren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als Voraussetzungen für entsprechen-



de Einsätze aufgestellt worden ist. Ich will das auch mit dem Gutachten von Herrn Prof. Dr. Brenner deutlich machen, der ganz exakt belegt, dass die Brokdorf-Regeln 1:1 eingehalten worden sind. Ich beginne einmal mit 11:55 Uhr und 11:57 Uhr. – Nein, ich will ganz vorne beginnen.

Um 11:48 Uhr haben sich am Baseler Platz 2.000 Personen versammelt. In den ersten Reihen wurde schwarze Kleidung getragen, und um den Lautsprecherwagen herum befanden sich zunächst 30 Personen. Bis 11:52 Uhr befanden sich dort 40 Personen, die als besonders gewaltbereit eingestuft worden sind. Dann wiederum gruppieren sich hierum etwa 400 Personen, von denen angenommen werden konnte, dass sich daraus der sogenannte „Schwarze Block“ bilden könnte. Das bewahrheitete sich kurze Zeit später. Um 11:53 Uhr hat sich ein „Schwarzer Block“ von ca. 400 Personen gebildet, worunter sich auch Personen befanden, die am Vortag auf der Zeil aktiv gewesen sind.

Kurze Zeit später, nämlich zwischen 11:55 und 11:57 Uhr, befanden sich im ersten Drittel des Zuges ca. 500 Personen, die als besonders gewaltbereit eingestuft waren. Darunter befanden sich Versammlungsteilnehmer aus Berlin, Versammlungsteilnehmer der Antifa. Zu dieser Zeit wurde von den Versammlungsteilnehmern massiv Schutzbewaffnung angelegt. Von einem Lkw wurden Schutzschilde abgeladen, die in ihrer Größe den Schutzschilden der Polizei entsprachen. Diese dienten offenkundig zur Abschirmung, waren aber auch als Angriffswaffen geeignet.

Es handelte sich nicht bloß um Schilder aus Styropor, sondern vielmehr waren diese Styroporplatten mit scharfkantigem Hartplastik verbunden. Das sind Schilder, die als Schutz Waffen zur Abwehr von Vollstreckungsmaßnahmen und als Angriffswaffen angesehen werden mussten. Zudem wurde durch den Staatsschutz mitgeteilt, dass die Stimmung sehr aggressiv sei, „so aggressiv wie nie“, heißt es hier. Man wolle es krachen lassen.

Über dieses Geschehen hat um 11:57 Uhr der Gesamteinsatzleiter den Verbindungsbeamten informiert und hat diesen dann angewiesen, unmittelbar mit dem Versammlungsleiter, Herrn R., Kontakt aufzunehmen und diesen zur Intervention bei den Versammlungsteilnehmern aufzufordern, sodass die Teilnehmer, von denen im ersten Drittel des Aufzugs in diesem Moment etwa 500 als besonders gewaltbereit einzustufen waren, Schutzbekleidung und Seitenschutz ablegten. Werde, so die weitere Maßnahme, dieser Aufforderung nicht nachgekommen, so würde der Start des Aufzugs durch die Polizei nicht freigegeben.

Allerdings wurde durch den Verbindungsbeamten um 12:05 Uhr mitgeteilt, dass ein direkter Kontakt mit Herrn R. nicht hergestellt werden konnte – jetzt muss man besonders gut hinhören –, da der Anruf weggedrückt worden ist. Der Versammlungsleiter hat also den Anruf des Verbindungsbeamten der Polizei weggedrückt. Es bestand also kein Kontakt; er hat den Kontakt abgewehrt, was für einen Versammlungsleiter schon eine besondere Obliegenheitsverletzung ist.

Daraufhin wurde durch den Verbindungsmann Herrn L. einem anderen Teilnehmer der Demonstration, Herrn K., mitgeteilt, dass der Start des Aufzugs durch die Polizei nur freigegeben werden würde, wenn keine Schutzgegenstände, keine Schutzkleidung und keine Vermummungen getragen würden. Ungeachtet dieser Vorgabe hat sich der Zug dann um 12:15 Uhr in Bewegung gesetzt. Er war vorgerückt, um den Rest sicher hinten aufstellen zu können, und umfasste etwa 500 Teilnehmer, die als sogenannter „Schwarzer Block“ identifiziert wurden.



Um 12:25 Uhr erfolgte dann eine Durchsage des Lautsprecherwagens, wonach der Aufzug jetzt starte und auf den Sonderzug aus Stuttgart, der unterwegs aufgehalten worden war, nicht gewartet werden würde. Bereits in diesem frühen Stadium wurden die Schilder an der rechten und linken Außenseite des Blockes mitgeführt, zudem war der Block durch Transparente gesäumt, die mit Seilen und Fahnenstangen miteinander verbunden waren. Auch wurden Regenschirme geöffnet und offensichtlich als Sichtschutz mitgeführt. Als sich dann der Aufzug in Bewegung setzte, wurden aus dem ersten Block heraus zudem ein grüner Rauchtopf sowie ein Böller gezündet.

Dazu schreibt Prof. Dr. Brenner: „In dieser ersten Phase“ – weil Sie nach der Brokdorf-Entscheidung gefragt haben – „der Bildung des Aufzugs greift der Schutz des Versammlungsrechts für sämtliche Teilnehmer umfassend ein. Dies bedeutet, dass als Rechtsgrundlage für polizeiliches Handeln in diesem Verfahrensstadium das Versammlungsrecht in Betracht kam. Das Polizeirecht mithin Maßnahmen nach dem HSOG waren damit in diesem Verfahrensstadium ausgeschlossen und wurden auch nicht getroffen.“ Das heißt also: Hier wurde Brokdorf mehr als 1:1 umgesetzt.

Und es heißt in der rechtlichen Bewertung: „Obgleich in diesem ersten Verfahrensstadium noch keine polizeilichen Maßnahmen getroffen wurden, wird bereits hier das Bestreben der Polizei erkennbar, dem Verhältnismäßigkeitsprinzip umfassend Rechnung zu tragen und für den Fall eines aggressiven Versammlungsverlaufs frühzeitig die Bereitschaft zur Verständigung und gegebenenfalls auch zu einer, sofern erforderlich, Deeskalation zu signalisieren.“

„So erfolgte bereits um 11:09 Uhr eine Absprache zwischen dem Gesamteinsatzleiter und dem Verbindungsbeamten L., der mit dem Versammlungsleiter R. in Verbindung stand, und zwar dahingehend, dass für den Fall, dass durch die Polizei während des Veranstaltungsverlaufs Auflagenverstöße festgestellt werden, der Verbindungsbeamte zum Versammlungsleiter Kontakt aufnehmen wird. Bei qualifizierten Auflagenverstößen wie beispielsweise großflächigen Vermummungen oder Verkettungen werde der Aufzug gestoppt und der Status quo gehalten, bis dem Versammlungsleiter eine Interventionsmöglichkeit eingeräumt werde. Dieser solle dann die Möglichkeit erhalten, bei den Versammlungsteilnehmern dahingehend zu intervenieren, dass diese Auflagenverstöße unterlassen werden.“

„Bereits hieran“ – schreibt Prof. Dr. Brenner – „wird deutlich, dass es keinesfalls das Anliegen der Polizei war, gegenüber den Versammlungsteilnehmern eine harte Linie zu fahren, sondern die Aspekte der Verhältnismäßigkeit und der Deeskalation oberste Priorität hatten.“ Er weist, nur ergänzend, darauf hin, „... dass die den Versammlungsleiter treffende Pflicht zur Kooperation bereits in diesem frühen Stadium nicht mit der hinreichenden Sorgfalt wahrgenommen wurde, denn um 12:05 Uhr“ – ich habe das eben vorgetragen – „wurde durch den Verbindungsbeamten L. mitgeteilt, dass ein direkter Kontakt mit Herrn R. nicht hergestellt werden konnte, weil der Anruf weggedrückt wurde. Dies lässt sich bereits als Obliegenheitsverletzung des Versammlungsleiters werten.“

„Hierin wird nicht nur deutlich, dass bereits vor Beginn des Aufzugs vonseiten der Polizei alles unternommen wurde, um die Durchführung einer den Auflagen der Stadt Frankfurt am Main entsprechenden Durchführung der Versammlung zu ermöglichen, sondern zugleich auch, dass der Versammlungsleiter die ihm gesetzlich aufgegebenen Pflichten offensichtlich nicht mit der gebotenen Sorgfalt wahrnahm.“ So viel zum Verfahren nach Brokdorf, das die Polizei nicht nur 1:1, sondern ganz vorbildlich umgesetzt hat.



- g) Haben die Entscheidungsträger und Beteiligten für ihr Vorgehen einen richterlichen Beschluss eingeholt, wenn ja wann und wem wurde dieser vorgelegt, wenn nein warum nicht?*

Das polizeiliche Vorgehen umfasste im Zeitraum zwischen dem Beginn der Demonstration und der einschließenden Absperrung keine Maßnahmen, für die ein richterlicher Beschluss notwendig gewesen wäre. Ab 12:48 Uhr haben dann aber intensive Kontaktaufnahmen durch die Polizei mit der Justiz stattgefunden, insbesondere in Form von Lageberichten: um 12:48 Uhr, um 12:57 Uhr und um 13:08 Uhr mit dem Staatsanwalt.

Um 13:21 Uhr gab es einen Lagebericht an die entsprechende Richterin. Um 14:06 Uhr gab es einen weiteren Kontakt mit der Richterin. Um 14:55 Uhr gab es eine Mitteilung an die Richterin, dass der angehaltene Teil des Aufzugs nach dem Scheitern der Verhandlungen auf Anordnung des Gesamteinsatzleiters vom Aufzug ausgeschlossen wird. Um 15:10 Uhr gab es wieder einen Lagebericht an den Staatsanwalt. Um 15:24 Uhr gab es einen Lagebericht an die Richterin. Um 15:55 Uhr gab es einen Lagebericht an die Haftrichterin. Um 17:19 Uhr gab es einen Lagebericht an die Richterin. Um 19:46 Uhr gab es einen Lagebericht an die Richterin; und um 20:36 Uhr gab es eine abschließende Lagemeldung an die Richterin.

- h) Warum wurde die Demonstration nicht vor der Einkesselung aufgelöst?*

Ich habe eben sehr deutlich gemacht, wie das Verfahren war, insbesondere dass der Brokdorf-Beschluss zu beachten war. Deswegen heißt es hier: Das polizeiliche Einschreiten war vorrangig darauf ausgerichtet, ca. 5.000 friedlich Demonstrierenden ihre Versammlungsrechte zu gewährleisten; die Versammlung wurde gerade nicht aufgelöst, sondern es erfolgte im Sinne des Brokdorf-Beschlusses eine Differenzierung, und zwar zwischen friedlichen und nicht friedlichen Teilnehmern. Die zuletzt Genannten wurden isoliert und separiert, sodass den friedlichen Teilnehmern die Fortführung der Demonstration ermöglicht wurde. Die Entscheidung für eine abschließende Absperrung der nicht friedlichen Demonstrationsteilnehmer erfolgte bewusst als milderer Mittel im Vergleich zu einer Totalauflösung der Versammlung.

- i) Halten die Landesregierung sowie die Polizeiführung ihre Auffassung aufrecht, wonach mögliche Auflagenverstöße und mögliche Straftaten einiger weniger, die Einkesselung von ca. 1.000 Demonstrationsteilnehmer/innen über einen Zeitraum von bis zu zehn Stunden sowie ihre gewaltsame Abführung rechtfertigen?*

Die zehn Stunden, das muss man dazu wissen, umfassen sowohl die langwierige Verhandlungsphase mit dem Versammlungsleiter als auch die polizeilichen Vorbereitungen für die Umsetzung der Kontrollmaßnahmen. Die Personen, die sich innerhalb der einschließenden Absperrung befanden, wurden unverzüglich den Anschlussmaßnahmen zugeführt. Eine Verweildauer, wie in der Fragestellung beschrieben, ergab sich nur für eine geringe Anzahl von Personen.

Natürlich kam es zu Zeitverzögerungen, und zwar kam es insbesondere durch den passiven und teils aktiven Widerstand der betroffenen Personen, die Absperrung zu verlassen, zu Verzögerungen. Bei einem freiwilligen, kontrollierten Verlassen des Bereichs, wie es die Polizei ermöglicht hat, wäre für alle Teilnehmer die weitere Ausübung ihres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit jederzeit möglich und nachfolgende Maßnahmen wären entbehrlich gewesen.



j) *Wie erklärt sich die Landesregierung die gegenteilige veröffentlichte Einschätzung diverser Rechtsanwälte und Staatsrechtler?*

Ich will es einmal so formulieren: Es ist schon ein sehr gewagtes Unterfangen, wenn der eine oder andere emeritierte Staatsrechtler oder Anwälte quasi aus dem Wohnzimmer heraus, ohne auch nur eine Dokumentation über den Einsatz zu kennen oder eine Gesamtübersicht über den Einsatz – –

(Abg. Günter Rudolph: Sie beauftragten Herrn Brenner! Das passt dann! – Anhaltende Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vorsitzender:** Wir haben einen umfangreichen Fragenkatalog. Dieser wird beantwortet. Ich habe einige Wortmeldungen auf der Rednerliste; es kann alles nachgefragt werden. Ich bitte, sich an das Verfahren einigermaßen zu halten. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Abg. Günter Rudolph: Er ist Mitglied des CDU-Parteirats!)

Minister **Boris Rhein:** Führt das dazu, dass der Mann keine Expertise hat? – Er ist Lehrstuhlinhaber des entsprechenden Lehrstuhls in Jena.

(Abg. Günter Rudolph: Dann beschimpfen Sie doch nicht andere!)

– Ich habe doch niemanden beschimpft. Wenn jemand keine Gesamtübersicht über den Einsatz hat, sondern nur vor dem Fernseher sitzt, Radio hört oder Zeitung liest und daher die Einsatzdokumentation nicht kennt, dann ist es schon ein ambitioniertes Unterfangen, einen so komplexen Einsatz wie den am 1. Juni zu beurteilen. – Genau aus diesem Grunde haben wir Herrn Prof. Dr. Brenner, den Inhaber des Lehrstuhls für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht, gebeten, ein Gutachten zu erstellen. Dieser kam zu einer völlig anderen Bewertung als diejenigen, die Sie in Ihrer Frage benannt haben.

*Frage 3: Zeitraum während des Kessels*

a) *Warum wurde es niemandem, auch nicht Schwangeren, Älteren, Journalisten, Rechtsanwälten und einem Parlamentarier, gestattet, den Kessel zu verlassen?*

Weder der Gesamteinsatzleitung noch dem zuständigen Einsatzabschnittsleiter sind entsprechende Vorkommnisse bekannt.

(Abg. Janine Wissler: Was? Ich habe mit dem Einsatzleiter gesprochen!)

Vielmehr kam es durch mehrere Parlamentarier – – Herr Vorsitzender, wenn dazwischengerufen wird, will ich die Zwischenrufe verstehen und dann muss ich auch kurz einhalten, um sie zu verstehen.

(Abg. Hermann Schaus: Sie hat mit dem Einsatzleiter gesprochen, hat Frau Wissler gesagt!)



– Dann kann sie das hier vortragen. Dann kann der Einsatzleiter, den Sie meinen, sich dazu äußern.

Vielmehr kam es durch mehrere Parlamentarier des Bundes und des Landes zu Versuchen, die polizeilichen Maßnahmen zu behindern bzw. zu verzögern, sodass sie aus diesem Grund durch Einsatzkräfte außerhalb der Absperrung geführt werden mussten.

Akkreditierte Journalisten hielten sich freiwillig im Bereich der Umschließung auf und konnten sich frei bewegen. Mit zwei Rechtsanwälten hatte der zuständige Einsatzabschnittsleiter persönlichen Kontakt, ohne dass Beschwerden vorgebracht wurden. Weitere im Raum stehende Vorwurfshaltungen werden im Rahmen der Einsatzbearbeitung natürlich minutiös aufgearbeitet. Niemand anderes als die Polizei hat daran ein so ureigenes Interesse.

*b) Warum wurde es weder Rechtsanwälten nach Sanitätern gestattet, zur Versorgung und Rechtsvertretung in den Kessel zu gelangen?*

Hierzu liegen keine weitergehenden Erkenntnisse vor. Den im Einsatz befindlichen Rettungsdienstkräften der Stadt Frankfurt am Main wurde polizeilicherseits der Zugang jederzeit ermöglicht.

*c) Warum waren zu keinem Zeitpunkt Deeskalationsteams und Kommunikatoren der Polizei vor Ort?*

Vor Ort kamen sowohl polizeiliche Kommunikatoren als auch taktische Lautsprechertrupps zum Einsatz. Versuche, polizeiliche Informationen und beabsichtigte Maßnahmen transparent zu kommunizieren, wurden aber durch die Demonstrationsteilnehmer vorsätzlich und teilweise unter Nutzung von Lautsprechern übertönt. Zudem mussten sich die eingesetzten Kommunikatoren aus Eigensicherungsgründen zurückziehen.

*d) Warum wurden die eingekesselten Demonstrationsteilnehmer durch die Polizei weder mit Wasser und Lebensmitteln noch medizinisch versorgt?*

Die eingeschlossenen Demonstrationsteilnehmer wurden polizeilicherseits mit Getränken versorgt. Das sind aber Angebote gewesen, die durch weite Teile der Versammlungsteilnehmer innerhalb der Einschließung ausgeschlagen worden sind bzw. die Annahme der von der Polizei angebotenen Getränke ist durch Demonstrationsteilnehmer verweigert worden. Darüber hinaus wurde natürlich auch die Eigenversorgung der Demonstrationsteilnehmer zugelassen, sofern es sich nicht um Glasbehältnisse gehandelt hat. Eine medizinische Versorgung ist jederzeit und umgehend gewährleistet gewesen, soweit die Polizei davon Kenntnis erlangt hat.

*e) Wie beurteilt die Landesregierung veröffentlichte Vorwürfe der Demo-Sanitäter, wonach deren Arbeit massiv behindert, ausgewiesene Sanitäre Bereiche von der Polizei überrannt und dabei Sanitäter im Einsatz durch die Polizei verletzt wurden, und ist sie diesen öffentlichen Vorwürfen nachgegangen?*

Natürlich werden entsprechende Vorwürfe aufgeklärt und wird entsprechenden Vorwürfen nachgegangen. Ich will das mit der Antwort auf Frage 3 g) verbinden. Hier hat es eine Rücksprache des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main mit der Branddirektion gegeben, also mit dem zuständigen Träger der Versorgung in einer solchen Demonstration. Das ist hier die Abteilung Vorbeugung und Planung, das ist die Untere Katastro-



phenschutzbehörde der Stadt Frankfurt am Main. Die hat die Aussage und die Vorwurfslage, die in dieser Frage erhoben wird, eindeutig nicht bestätigt.

- f) Wie beurteilt die Landesregierung veröffentlichte Vorwürfe der Demo-Sanitäter, wonach Verletztentransporte auf Anordnung aus dem Innenministerium untersagt wurden, und ist die Landesregierung diesem Vorwurf nachgegangen?*

Ich kann nur sagen, dass diese Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren.

- g) Wie beurteilt die Landesregierung veröffentlichte Vorwürfe des Amtes für Katastrophenschutz, wonach die Polizei Verletztentransporte behindert bzw. sogar verhindert hat, und ist sie diesen Vorwürfen nachgegangen?*

Auch hier sage ich noch einmal sehr deutlich: Nach Rücksprache des Polizeipräsidiums Frankfurt mit der Branddirektion der Stadt Frankfurt am Main konnte diese Aussage nicht bestätigt werden.

- h) Warum hat es bis zu einer Stunde gedauert, bis Krankenwagen Verletzte abtransportieren konnten?*

Hier verweise ich auf das, was ich eben zu Frage 3 e) geantwortet habe.

- i) Wie beurteilt die Landesregierung die in vielen veröffentlichten Videos dokumentierten Misshandlungen von Demonstrantinnen und Demonstranten weit nach deren Isolation aus dem Kessel durch nachfolgende Tritte, Armverdrehen, Schläge, zu Boden reißen etc. durch die Polizei?*

Die in den Medien und auch von Privatpersonen veröffentlichten Lichtbilder und Videoaufzeichnungen sind in Teilen aus dem Gesamtzusammenhang herausgerissen und stellen daher oftmals nur einen Teilausschnitt eines jeweiligen Situationsverlaufs dar. Es ist nicht auszuschließen, dass es vereinzelt zu Überreaktionen kam. Das bedarf einer beweiserheblichen Feststellung. Aber nach derzeitiger Erkenntnislage – das will ich sehr deutlich sagen – ist kein Raum für eine pauschale Vorwurfshaltung.

- j) Aufgrund welcher Gefahrenlage oder welchen nachgewiesenen Straftaten und auf wessen Anordnung wurde dem vorderen Teil der Demonstration mit Beginn des Kessels nicht nur der Weg zurück, sondern ebenfalls alle Seitenwege versperrt?*

Eine Zusammenführung der beiden Versammlungsteile vor und hinter den Absperrungen wäre jederzeit möglich gewesen. Hierzu wurde durch die Polizei mehrfach nicht nur aufgefordert, sondern die Polizei hat dazu auch noch ausdrücklich ihre Unterstützung angeboten, um dem friedlichen Teil der Demonstration das Demonstrationsgrundrecht zu ermöglichen.

- k) Wie beurteilt die Landesregierung die in vielen veröffentlichten Videos dokumentierten Misshandlungen von Demonstrantinnen und Demonstranten vor dem Kessel durch Tritte, Schläge, zu Boden reißen etc. durch die Polizei, nachdem der vordere Teil dort verblieb, statt zu gehen?*

Hier verweise ich auf das, was ich zu Frage 3 i) gesagt habe.



- l) Aufgrund welcher Gefahrenlage oder nachgewiesenen Straftaten und auf wessen Anordnung wurde dem hinteren Teil der Demonstration mit Beginn des Kessels nicht nur der Weg nach vorne, sondern ebenfalls alle Seitenwege abgeriegelt, sodass nur der Weg zurück zum Baseler Platz frei war?*

Eine Zusammenführung der beiden Versammlungsteile vor und hinter den Absperrungen wäre – auch das wiederhole ich noch einmal – jederzeit möglich gewesen. Hierzu ist durch die Polizei aufgefordert worden. Hierzu ist im Übrigen auch entsprechende polizeiliche Unterstützung angeboten worden.

Es bestand für die hinter der einschließenden Absperrung befindlichen Versammlungsteilnehmer überdies das deutliche Angebot, über die Wilhelm-Leuschner-Straße, Untermainanlage, Untermainkai, Neue Mainzer Straße wieder zur Aufzugsspitze zu gelangen. Die geplante Alternativstrecke ist von den Polizeikräften freigehalten worden. Es wäre eine Verlängerung der Strecke um lediglich 150 m gewesen.

- m) Mit wem wurde diese Entscheidung im Polizeipräsidium Frankfurt und im Innenministerium abgesprochen?*

Eine solche Entscheidung gab es zu keiner Zeit.

- n) Aufgrund welcher Gefahrenlage oder nachgewiesenen Straftaten und auf wessen Anordnung wurde gegen den hinteren Teil der Demonstration im Verlauf Wasserwerfer aufgefahren und immer weitere Polizeikräfte zusammengezogen?*

Aufgrund der fortwährenden Angriffe und dem ausgeübten Druck auf Polizeibeamte aus dem hinteren Teil der Demonstration wurde zunächst eine zweite polizeiliche Absperrkette eingezogen und im weiteren Verlauf auf Anordnung der Einsatzleitung vorsorglich Wasserwerfer in die räumliche Nähe verlagert.

- o) Aufgrund wessen Anordnung begann die Polizei im Verlauf von vorne und den Seiten massiv in den hinteren Teil der Demonstration zu drängen und schließlich von vorne und den Seiten mit massivem Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz wahllos gegen die Menge vorzugehen?*

Der Schlagstock- und auch der Pfeffersprayeinsatz sind nicht wahllos erfolgt. Ihr Einsatz war zur Distanzwahrung nach fortwährenden massiven Angriffen auf Einsatzkräfte erforderlich. Im Fall eines unmittelbar bevorstehenden oder andauernden Angriffs auf Polizeibeamte bedarf es dazu keiner speziellen Anordnung.

- p) Beabsichtigt die Landesregierung, die zahlreichen veröffentlichten Videos auszuwerten und gegen die beteiligten Polizisten disziplinarrechtlich und/oder strafrechtlich vorzugehen?*

Zur Auswertung und zur rechtlichen Prüfung ist beim Polizeipräsidium eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Es ist eine umfassende Berichterstattung verfügt worden. Es ist auch vollkommen klar, dass, wenn es zu individuellem Fehlverhalten gekommen ist, disziplinarische und strafrechtliche Maßnahmen ergriffen werden.



- q) *Mit welcher Begründung wurde die gesamte Demonstration von Beginn der Einkesselung an komplett abgefilmt, und wie verhält sich dies mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung?*

Die Aufnahmen erfolgten unter Berücksichtigung der geltenden rechtlichen Bestimmungen und wurden unter anderem dazu herangezogen, die vorgeworfenen polizeilichen Übergriffe zu prüfen. Rechtsgrundlage ist § 12a des Versammlungsgesetzes, der über den § 19a des Versammlungsgesetzes auch auf Versammlungen unter freiem Himmel anwendbar ist.

- r) *Wurden weitere Überwachungsmaßnahmen (z. B. der Telekommunikation, IMSI-Catcher etc.) vorgenommen?*

*Wenn ja, wie viele Datensätze wurden im Verlauf des Blockupy-Wochenendes erhoben, und was passiert im Einzelnen mit diesen Daten?*

Die klare Antwort lautet: Nein.

*Frage 4: Einsatz von Pfefferspray gegen Menschen*

- a) *Welche Anforderungen gelten für den Einsatz von Pfefferspray bei der Polizei in Hessen?*

Der polizeiliche Einsatz des Reizstoffsprühgerätes, also Pfefferspray, ist eine Form des unmittelbaren Zwangs, dessen Anwendung in Hessen durch die §§ 52 ff im Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung geregelt ist. Danach ist unmittelbarer Zwang die Einwirkung auf Personen oder Sachen durch körperliche Gewalt, durch ihre Hilfsmittel und durch Waffen, der angewendet werden darf, wenn andere Zwangsmittel nicht in Betracht kommen, keinen Erfolg versprechen oder unzweckmäßig sind.

- b) *Wer hat die massive Ausstattung der Einsatzkräfte mit Pfefferspray von Beginn des Einsatzes an angeordnet bzw. genehmigt, und mit wem war diese Entscheidung rückgekoppelt?*

Das Reizstoffsprühgerät ist ein Teil der standardmäßigen Einsatzrüstung der Polizeivollzugsbeamten bei allen hessischen Einsatzlagen. Zur Anwendung ist jeder Polizeibeamte befugt. Ein entsprechender Entscheidungsvorbehalt des Polizeiführers wurde nicht verfügt.

- c) *Wer hat wie die notwendige Abwägung zwischen dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und Verhältnismäßigkeit vorgenommen, und wie beurteilt die Landesregierung das Ergebnis dieser Abwägung?*

Die Abwägung der Rechtsgüter sowie die Einschätzung der Verhältnismäßigkeit obliegen jeweils dem im Einzelfall handelnden Polizeivollzugsbeamten.

- d) *Wie rechtfertigt die Landesregierung den massenhaften wahllosen massiven Einsatz von Pfefferspray, vor allem gegen den hinteren, von der Polizei selbst als friedlich bezeichneten Teil der Demonstration?*

Dem Landespolizeipräsidium liegen keine Hinweise auf einen unrechtmäßigen Einsatz von Zwangsmitteln vor. Zur Auswertung, auch zur rechtlichen Prüfung ist die von mir bereits erwähnte Arbeitsgruppe beim Polizeipräsidium eingerichtet worden.



- e) *Ist es zulässig, dass teilweise aus weniger als einem Meter Entfernung Pfefferspray direkt ins Gesicht und gegen am Boden liegende wehrlose Demonstranten eingesetzt wurde?*

Der Einsatz von Reizstoffsprühgerät aus unter 1 m Entfernung ist mit Ausnahme einer Notwehrsituation grundsätzlich unzulässig. Sollte es entsprechende Vorfälle gegeben haben, werden diese im Rahmen der Ermittlungen selbstverständlich umfassend geprüft und geahndet.

- f) *Wer hat wann diesen massiven Einsatz von Pfefferspray gegen den hinteren Teil der Demonstration angeordnet bzw. freigegeben, und mit wem war diese Entscheidung rückgekoppelt?*

Hier verweise ich auf das, was ich zu Frage 4 c) geantwortet habe.

- g) *Aufgrund welcher nachgewiesenen Straftaten oder Gefahrenlage erfolgte diese Anordnung?*

Hier gilt das Gleiche. Auch hier verweise ich auf das, was ich zu Frage 4 c) geantwortet habe.

- h) *Wann wurde diese Maßnahme welchen Demonstranten angedroht, und durch welches Verhalten hätten die Tausende Demonstrationsteilnehmer dem entgehen können?*

Über eine Anordnung und den tatsächlichen Einsatz des Reizstoffsprühgeräts entscheidet der handelnde Polizeibeamte nach eigener Bewertung der jeweiligen Gefahrensituation und nach den Regelungen des HSOG. Über einen missbräuchlichen Einsatz des Reizstoffsprühgeräts liegen derzeit keine Hinweise vor.

- i) *Wer hat den Einsatz von Pfefferspray aus mehrere Liter fassenden Rücktornistern (5 bis 10 Liter?!) genehmigt?*

Es gibt keine mehrere Liter fassende Rückentornister für Pfefferspray bei der hessischen Polizei. Bei der hessischen Polizei werden lediglich Feuerlöscher mit entsprechender Tragvorrichtung transportiert.

(Abg. Hermann Schaus: Das ist fotografiert! Ich habe Fotos!)

- j) *Wie viele Liter Pfefferspray wurden insgesamt gegen die Demonstranten eingesetzt?*

Die Menge des anlässlich einer Einsatzlage tatsächlich versprühten Reizstoffes wird statistisch nicht erfasst.

- k) *Wie wurde eine sofortige Behandlung der vielen durch Pfefferspray Verletzten und stellenweise mit Pfefferspray durchtränkten Demonstranten sichergestellt?*

Die medizinische Versorgung durch öffentlichen Rettungsdienst war jederzeit gewährleistet.



- l) Sind der Landesregierung die Gefahren durch die Verwendung von Pfefferspray aus nächster Nähe direkt ins Gesicht bekannt?*

Im Jahr 2009 sind durch das Polizeitechnische Institut Hinweise zum Gebrauch von Reizstoffsprühgeräten erstellt worden, die unter anderem auf eine Gesundheitsgefährdung bei einem Einsatz von Reizstoffsprühgeräten aus unter einem Meter Entfernung hinweisen. Diese Hinweise wurden jedem hessischen Polizeibeamten im Rahmen der Ausstattung mit Reizstoffsprühgeräten ausgehändigt und sind im Übrigen auch Bestandteil der Ausbildung.

- m) Beabsichtigt die Landesregierung die zahlreichen veröffentlichten Videos zum wahllosen Einsatz von Schlagstock und Pfefferspray auszuwerten?*

Selbstverständlich wird die Vorwurfslage durch das Polizeipräsidium Frankfurt am Main eingehend und umfassend geprüft.

*Frage 5: Nach dem Kessel*

- a) Wie beurteilt der Innenminister die zahlreichen Verletzungen von Journalisten/innen durch die Polizei?*

Nach derzeitigem Stand liegt dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main ein Ermittlungsvorgang in Bezug auf einen verletzten Journalisten vor. Aufgrund der Äußerungen von Medienvertretern im Rahmen der Pressekonferenz am 03.06. und aufgrund verschiedener Veröffentlichungen wurde eine Anfrage an Pressevertreter unterschiedlichster Pressemedien gesteuert mit der Bitte um Unterstützung bei der Aufklärung. Nach Eingang der ersten Rückmeldungen haben sich bis heute keine weiteren sachdienlichen Hinweise bezüglich der oben angeführten Vorwürfe ergeben. Aber ich füge klipp und klar hinzu, dass wir weiter prüfen, dass wir der Vorwurfslage weiter nachgehen und sie aufklären und dann den entsprechenden Maßnahmen zuführen.

- b) Wie gedenkt der Innenminister mit der Kritik des Journalistenverbandes und der OSZE diesbezüglich umzugehen?*

Bei dem Schreiben der OSZE hat es sich nicht um ein Kritischschreiben gehandelt, sondern es hat sich um ein Ersuchen um Aufklärung im Hinblick auf die vorgebrachten Sachverhalte gehandelt. Auch da will ich Ihnen berichten, wie sich die Dinge bei der OSZE zutragen haben.

Das läuft so: Die Antwort wird über das Auswärtige Amt gesteuert. Dann wird sie dort durch den OSZE-Botschafter bei der OSZE vorgetragen. Die OSZE-Medienbeauftragte, die uns dieses angebliche Kritischschreiben geschrieben hat, hat unsere zeitnahe und konkrete Antwort auf die Punkte, die in der Sitzung des Ständigen Rates am 13.06. vorgetragen wurden, ausdrücklich als beispielgebend bezeichnet. Sie hat die Antwort des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport als beispielgebend für andere OSZE-Teilnehmerstaaten gewertet. Auch das gehört zur vollen Wahrheit dazu.

- c) Wie kam die von der Polizei veröffentlichte Zahl zustande, wonach es lediglich einen verletzten Demonstranten gegeben habe, wohingegen durch die Medienberichterstattung am 2. Juli bereits Dutzende Verletzte gezeigt wurden?*

Durch die Polizei wurde lediglich die Anzahl der ihr mittels Anzeigen bekannten Verletzten zum jeweiligen Zeitpunkt genannt.



*d) Wie beurteilt der Innenminister diese offensichtliche Desinformationspolitik durch die Polizei?*

Dazu will ich ganz klar sagen: Die hessische Polizei betreibt keine Desinformationspolitik, ganz im Gegensatz zu anderen.

*e) Wie beurteilt der Innenminister, dass abgeführte Demonstrationsteilnehmer nach ihrer erkennungsdienstlichen Behandlung durch ein Hundespalier laufen mussten und dort teilweise von Hunden angesprungen wurden, und was begründete diese „Maßnahme“?*

Die gemäß § 55 Abs. 3 HSOG als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt gesetzlich zugelassenen Diensthunde wurden in ausreichendem Abstand zu den Personen aufgestellt.

*f) Wie beurteilt der Innenminister, dass sich zahlreiche Beschäftigte des Schauspielhauses Frankfurt mit den eingekesselten Demonstranten solidarisierten und sie stundenlang mit Wasser und Grundnahrungsmitteln versorgten?*

Die Versorgung ist durch die Polizei zugelassen worden, sofern es sich nicht um Glasbehälter gehandelt hat. Im Übrigen war sie aber zu keinem Zeitpunkt notwendig, da die Polizei ebenfalls Getränke angeboten hat, was aber, wie ich bereits erwähnt habe, von einem Großteil der Demonstranten abgelehnt worden ist.

*g) Ist es zutreffend, dass die Polizei dem Schauspielhaus nachträglich einen Besuch abstattete, um sich dort über die gezeigte Solidarität zu beschweren?*

*Falls nicht, was war Gegenstand und Grund des Polizeibesuchs beim Schauspielhaus?*

Im Nachgang ist es noch zu einer Anzeigenaufnahme aufgrund eines aufgebrochenen Kellerfensters am Schauspielhaus einschließlich der Beschädigung der Fensterabgitterung durch Aufsägen gekommen. Die Örtlichkeit befindet sich innerhalb des abgesperrten Bereichs. Durch das aufgebrochene Kellerfenster sind offensichtlich Demonstrationsteilnehmer in das Schauspielhaus gelangt.

*h) Wie beurteilt der Innenminister die Kritik der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von Amnesty International (AI) am Polizeieinsatz?*

Dazu habe ich bereits geantwortet.

*j) Hat der Innenminister der OSZE zwischenzeitlich geantwortet, und wenn ja, was?*

Das habe ich eben auch vorgetragen. Mit Datum vom 12.06. ist über das Auswärtige Amt eine Stellungnahme abgegeben worden.



*Frage 6: Friedliche Demonstration am 08.06.2013*

- a) Wie erklärt sich der Innenminister, dass sich am 8. Juni erneut ca. 10.000 Menschen in Frankfurt versammelten, um gegen Polizeigewalt für die Ziele von Blockupy und für seinen Rücktritt zu demonstrieren?*

Die Demonstration vom 08.06.2013 und die daran beteiligten Personen und Gruppen bestätigen eindrucksvoll die Gefährdungseinschätzung der Sicherheitsbehörden im Vorfeld der Demonstration vom 01.06.2013, dies insbesondere im Hinblick auf die Erkenntnislage zu der gewaltbereiten Klientel am 1. Juni.

Gerade die Demonstration am 08.06.2013 hat deutlich gezeigt, dass, in welchem Themenzusammenhang auch immer, friedlicher Protest absolut immer möglich ist, aber auch immer vorausgesetzt, dass sich Protestierende deutlich von gewaltsuchenden und gewaltbereiten Personen und Gruppen distanzieren und diese nicht in die Lage versetzt werden, durch ihre Teilnahme gewalttätige Verläufe zu provozieren.

- b) Wie erklärt sich der Innenminister, dass es dabei trotz annähernder Nullpräsenz der Polizei zu keinerlei Zwischenfällen kam, obwohl sich die Demonstration aus einem ganz ähnlichen Spektrum zusammensetzte und annähernd die gleiche Größe hatte?*

Die Zusammensetzung und die Abläufe der Demonstration am 08.06. waren in keiner Weise vergleichbar mit der Demonstration am 01.06. Es nahmen weder gewaltbereite Personen teil noch kam es zur Begehung von Straftaten.

*Frage 7: Aufklärungsarbeit und Konsequenzen bei der Polizei*

- a) Wie rechtfertigt es der Innenminister, dass eine unvoreingenommene Aufklärung der massiven Vorwürfe und Anzeigen gegen Polizeibeamte durch die Polizei selbst vorgenommen werden kann?*

Hierzu bedarf es keiner Rechtfertigung. Es handelt sich um den vom Gesetz vorgesehenen Ablauf. Im Übrigen obliegt die Sachleitungskompetenz im Zusammenhang mit den strafrechtlich relevanten Sachverhalten der zuständigen Staatsanwaltschaft.

- b) Wie wird eine unvoreingenommene Aufarbeitung des Polizeieinsatzes vom 01.06.2013 sichergestellt, wenn alle leitenden Polizeibeamten in Hessen sämtliche Maßnahmen als vollkommen gerechtfertigt und angemessen bezeichnen?*

Zu der in der Fragestellung enthaltenen Unterstellung habe ich keine Informationen. Die unvoreingenommene Aufarbeitung des Polizeieinsatzes vom 01.06.2013 wird durch eine eigens hierfür eingerichtete Arbeitsgruppe im Polizeipräsidium Frankfurt sichergestellt.

- c) Welche anderen Wege der Aufklärung sieht der Innenminister?*

Vorerst sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abzuwarten. Im Rechtsstaat ist es so, dass die Dinge ausermittelt werden und am Ende von der Staatsanwaltschaft und ganz am Ende von Gerichten bewertet werden.

(Abg. Nancy Faeser: So ist es! – Abg. Jürgen Frömmrich: Genau!)



*d) Wie steht der Innenminister jetzt zu der Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle für Bürgerbeschwerden, die er bisher/seit Jahren konsequent abgelehnt hat?*

Die aktuelle Aufarbeitung des Einsatzgeschehens vom 01.06.2013 gibt mir keinen Anlass, diese Frage erneut zu diskutieren.

*Frage 8: Rolle des Innenministers, des Landespolizeipräsidenten und des Polizeipräsidenten*

*a) Wann haben die Genannten mit wem an den Vorbesprechungen zum Blockupy-Wochenende teilgenommen?*

Herr Polizeipräsident Dr. Thiel wurde seitens seiner Behörde von Beginn der Einsatzvorplanungen an fortlaufend über die Sachstände unterrichtet. Am 11.03. und am 19.04. fanden unter Teilnahme von Herrn LPP Münch Besprechungen im Bereich des PP Frankfurt, unter anderem zum Thema Funkversorgung, aber auch mit Blick auf die anstehende Großlage statt. Am 27.05. wurde der Innenminister im Polizeipräsidium im Beisein von Herrn Polizeipräsidenten Dr. Thiel über die polizeiliche Lage unterrichtet.

*b) Wann haben die Genannten von wem Informationen zum Verlauf der Demonstration erhalten?*

Der Polizeipräsident war während des Demonstrationsgeschehens fortlaufend in der Befehlsstelle. Der Minister, also ich, und Herr LPP Münch wurden fortlaufend per SMS des Lagezentrums der Hessischen Landesregierung über den Verlauf informiert. Es liegen insgesamt 34 dieser SMS vor. Wenn Sie Wert darauf legen, kann ich sie Ihnen vortragen. Sie haben ein sehr hohes Abstraktionsniveau. Schauen wir einmal hinein.

Die ersten zehn SMS beziehen sich auf den 31.05. Die letzten elf bis 34 SMS beziehen sich auf den Zeitpunkt 1. Juni.

In der Blockupy-SMS Nr. 11 heißt es beispielsweise:

Der Zulauf zum Startpunkt seitens der Versammlungsteilnehmer hat begonnen. Kleingruppen verlassen das Camp. Derzeit ca. 800 Personen am Baseler Platz.

Nächste:

Die Auftaktkundgebung hat begonnen. Lage ruhig. Ein Aufzug formiert sich.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler)

Kontakte zwischen PF,

– also dem Polizeiführer –

Verbindungsbeamten und R.

– also dem Versammlungsleiter –



stehen. 500 Stuttgart-21-Gegner, die per Zug anreisen, stecken wegen einer Verspätung in einem Zug auf der Strecke fest und werden erst gegen 13 Uhr erwartet.

Am Flughafen gab es eine kurze Aktion (Blockade von Air-Berlin-Schaltern), ist wieder beendet.

Nächste:

Aufzug setzt sich bald in Bewegung. Etwas über 2.000 Teilnehmer. K. ist am LauKW.

– also an dem Lautsprecherkraftwagen –

Erste Reihe des Aufzugs sind schwarz gekleidet, ca. 500 Personen. Schutzbewaffnung wird angelegt, sehr aggressive Stimmung.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler)

Nächste SMS:

Der Aufzug hat begonnen. Man wollte eigentlich auf den Zug aus Stuttgart warten. Seitens Polizei wird der Versammlungsleitung übermittelt, dass die Schutzbewaffnung abzulegen ist. Im schwarzen Block unter anderem Antifa, Frankfurter, Berliner und Italiener.

Nächste SMS:

Teilweise wurde sich bereits verummmt. Es wird auf die Versammlungsleitung eingewirkt, die Verummung zu untersagen, da sonst der Aufzug gestoppt werden muss. Es dürften mittlerweile 2.500 Teilnehmer sein. Der Zug aus Stuttgart fehlt noch immer. R. wird seitens Polizeiführer angeboten, den verummten Teil aus dem Aufzug abzutrennen, damit der Rest weiterlaufen kann.

Nächste SMS:

MdL van Ooyen vermittelt und R. soll entscheiden, ob die unproblematischen Gruppen zusammengeführt werden sollen, damit es weitergehen kann. Der schwarze Block wird teilweise verummmt und bereits Pyro gezündet, ist derzeit eingekesselt. StA R. wird ebenfalls parallel informiert.

Nächste SMS:

Zum Teil zieht sich Schwarz in Bunt um. Der Zug aus Stuttgart ist da. Die 500 Teilnehmer werden zugeführt.

Nächste SMS:

Die Bereitschaftsrichterin ist ebenfalls informiert. Die Polizei verlangt bis 14 Uhr das Ablegen aller Passivbewaffnung und Verummung. Ansonsten droht der Ausschluss. Der Versammlungsleiter überlegt sich das Angebot.



Nächste SMS:

R. signalisiert, dass er das Angebot nicht annehmen könne. GEL

– also die Gesamteinsatzleitung –

stellt klar, dass dann der Ausschluss bevorsteht. Normale Demoteilnehmer werden zunehmend unruhig, auch wegen der Entsorgungssituation.

Nächste SMS:

Ein angeblicher Journalist mit Augenverletzung wurde in die Uniklinik gebracht. Unklarer Sachverhalt. KDD

– also der Kriminaldauerdienst –

fährt nach dort und kümmert sich. Ein weiterer Teilnehmer wird wegen eines epileptischen Anfalls behandelt.

Dann kommt die Bombendrohung, die zu diesem Zeitpunkt beim Hauptbahnhof eingegangen ist.

Nächste SMS:

Druck auf Einsatzkräfte im Bereich Hofstraße nimmt zu. Eine Entscheidung über das weitere Vorgehen ist geboten, soll in Kürze erfolgen. Pfeffersprayeinsatz und Kräfteverlegung waren bereits erforderlich.

Nächste SMS:

Teilausschluss soeben verfügt. Angriffe mit angespitzten Stöcken und Pyrotechnik.

Nächste SMS:

Im Bereich Untermainanlage kollabieren Personen mangels Getränken. Rettungskräfte vor Ort und kümmern sich. R. will nicht mit dem Rest des Aufzuges auf Untermainanlage ausweichen, wie angeboten.

Nächste SMS:

Twitteraufruf an Demoteilnehmer, zu den Eingeschlossenen zu gelangen und Ketten zu bilden. Einsatzkräfte am Demozug sollen zeitnah mit Getränken versorgt werden. StA wurde über die Lage informiert.

Nächste SMS:

Vorbereitungen zur Abarbeitung der ausgeschlossenen Demoteilnehmer dauern an. Die Haftrichterin ist informiert. Angeblich bereitet man in dieser Gruppe einen Angriff auf Polizeikräfte vor, da man eine Identifizierungsmaßnahme nicht über sich ergehen lassen will. Es soll Übergriffe, Pfefferspray, Schlagen gegen Polizeivollzugsbeamte gegeben haben. Über Verletzungen liegen noch keine konkreten Erkenntnisse vor.



Nächste SMS:

Die Identifizierung der umschlossenen Gruppe beginnt. Gleichzeitig wird dazu aufgerufen, dass andere sich auch verummnen sollen. Ferner wurde beobachtet, dass in dieser Gruppe aus Holzstangen Eisenstangen hervorgezogen wurden. Es kam deshalb zum Einsatz von Pfefferspray. Nicht eingeschlossene Teilnehmer greifen Einsatzkräfte an, Glasflaschen und Holzlatten.

Nächste SMS:

Laut hr-online stellen sich Abgeordnete der LINKEN zwischen die eingeschlossenen Demonstranten und die Einsatzkräfte. Das LZ hat das IM

– also das Innenministerium Sachsen –

wegen eines verletzten Beamten der BFE

– der Beweisfeststellungseinheit –

von dort verständigt. Im Radio wird von einer Stichverletzung berichtet.

Nächste SMS:

Die Demo-Anmeldung endet formell um 18 Uhr. Seitens R. wurde hierzu noch keine Stellung bezogen ...

Nächste SMS:

Diverse Abwanderungs- und Abfahrttendenzen.

Nächste SMS:

Weitere Verpflegung der Kräfte erforderlich. Einsatz geplante Vorführung im Schauspielhaus heute Abend gefährdet, diverse Störer benötigen Behandlung, Versammlungsbehörde verhandelt noch mit R. wegen weiterem Verlauf.

Laut FR-Twitter beschwert sich SPD-Chef Josef, Frankfurt gibt ganz schwaches Bild in Sachen Versammlungsfreiheit ab. Veranstaltung Schauspielhaus wurde abgesagt.

(Abg. Janine Wissler: Presseticker!)

– Die kommen da alle vor.

Nächste SMS:

Die Türkei-Demo hat mit 500 Teilnehmern friedlich den Römerberg erreicht.

Die ist in der Zwischenzeit auch noch angemeldet worden.

Ein Beamter aus Baden-Württemberg hat ein Knalltrauma durch Böller erlitten. Das IM



– also das Innenministerium –

wird von hier aus informiert. Abarbeitung dauert an. Eventuell ist noch eine kleine Abschlusskundgebung am Willy-Brandt-Platz zu erwarten. Ein Angebot der Versammlungsbehörde steht.

SMS 33:

Durch die Versammlungsbehörde wurde die Versammlung um 20:20 Uhr für ordnungsgemäß beendet erklärt. Herr van Ooyen hat daraufhin eine Spontandemonstration im Bereich Untermainanlage angemeldet. Die Identifizierung der separierten Gruppe dauert weiterhin an.

Die letzte SMS:

Die Identifizierung der separierten Personen ist nahezu abgeschlossen. Es müssen derzeit noch 15 Personen abgearbeitet werden ...

Anschließend möchte auch Herr van Ooyen seine stationäre Spontandemonstration beenden ...

Ich habe es Ihnen absichtlich in dem Umfang vorgetragen, damit nicht etwas offenbleibt. Das sind die SMS und die Informationen, die dann gesendet werden.

*c) Wo haben sich die Genannten zum Zeitpunkt der Demonstration, also am 01.06.2013 zwischen 12:00 und 24:00 Uhr, aufgehalten?*

Weder ich, also der Minister, noch der Landespolizeipräsident hielten sich in der Befehlsstelle oder im Lagezentrum auf. Ebenso wenig hielten sich Herr Münch und ich im Demonstrationsgeschehen auf.

*d) Hatten die Genannten zum vorgenannten Zeitpunkt schriftlichen, mündlichen oder telefonischen Kontakt untereinander?*

Nein.

*e) Hatten die Genannten zum vorgenannten Zeitpunkt schriftlichen, mündlichen oder telefonischen Kontakt zum Lagezentrum oder zum Einsatzleiter vor Ort?*

Auch hier gilt das, was ich zu Frage 8 b) gesagt habe.

*f) Wann wurden die Genannten von wem über die Bilanz der Demonstration informiert?*

Beginnend mit dem Abschluss der Demonstration findet die Nachbereitung statt. In diesem Zusammenhang wird die Gesamtbilanz in einem längeren Prozess fortgeschrieben.

Wenn Sie einverstanden sind, würde ich jetzt mit der Beantwortung der Fragen von SPD und GRÜNEN beginnen.



**Vorsitzender:** Wir müssen uns über das Verfahren einigen. Ich habe jetzt einige Wortmeldungen vorliegen: Herr Frömmrich, Frau Faeser, Frau Wissler und Herr Schaus.

(Abg. Nancy Faeser: Erst beantworten! – Zuruf des Abg. Hermann Schaus)

– Moment, keine Hektik. Wir unterhalten uns in aller Ruhe und Sachlichkeit, wie wir weiter verfahren, wenn möglich zu aller Zufriedenheit.

Ich habe gehört, dass die Sozialdemokraten und die GRÜNEN gerne jetzt ihren Fragenkatalog beantwortet hätten und dass wir dann die Wortmeldungen zulassen. Habe ich das richtig verstanden?

(Abg. Nancy Faeser und Jürgen Frömmrich: Ja!)

– Das habe ich richtig verstanden.

Sie haben das Ansinnen, dass jetzt Ihre Fragen und Nachfragen beantwortet werden? Ist das richtig?

(Abg. Hermann Schaus: Zumindest unsere Nachfragen!)

– Sie wollen, dass jetzt der Block, der beantwortet wurde, aufgerufen wird? – Das sind zwei gegensätzliche Richtungen. Darüber lasse ich abstimmen.

(Abg. Janine Wissler: Wir sind Antragsteller!)

– Sicher sind Sie Antragsteller. Wir entscheiden im Moment über eine Verfahrensfrage, nämlich wie wir mit den beiden Tagesordnungspunkten umgehen. Ich habe den Willen der Mehrheit dieses Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen, dass gewünscht wird, dass die Fragen der Sozialdemokraten und der GRÜNEN im Nachgang sofort beantwortet werden und dass wir dann den gesamten Fragenkomplex aufrufen. Habe ich das richtig verstanden? – Okay.

Frau Wissler, Sie haben zur Geschäftsordnung das Wort.

Abg. **Janine Wissler:** Wir möchten nicht abstimmen, dass SPD und GRÜNE ihre Fragen jetzt stellen sollen. Die können ihre Fragen auch nach ihrem Berichtsantrag stellen oder wann auch immer sie das möchten. Wir haben einen Berichtsantrag eingebracht. Dazu hat der Innenminister geantwortet. Wir haben ein paar Nachfragen. Die würden wir jetzt gerne stellen. Aber wir beantragen nicht, dass SPD und GRÜNE jetzt ihre Fragen stellen, sondern dass wir als Antragsteller das Recht haben, zu unserem gestellten Berichtsantrag Nachfragen zu stellen.

**Vorsitzender:** Dieses Recht wird auch nicht verwehrt. Sie können logischerweise Nachfragen stellen. Es geht ausschließlich darum, dass wir jetzt den Fragenkatalog der Sozialdemokraten und GRÜNEN mit der Antwort des Ministers abarbeiten und dass dann der Gesamtkomplex aller Fragen – es sind etwas über 100 Fragen – zur Debatte steht. So habe ich das verstanden. Ihnen wird das Recht auf Nachfrage nicht verweigert. Es geht nur um die Verfahrensfrage, wie wir das korrekt abwickeln.



Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie jetzt gerne unterbrochen hätten und Ihren Bereich abgehandelt hätten. Darüber lasse ich abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Da sich alle anderen enthalten haben, ist beschlossen, dass wir jetzt die Fragen der LINKEN abarbeiten. So einfach ist das.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Ich stehe auf der Rednerliste!)

– Sie stehen auf der Rednerliste. Herr Wilken, Sie kommen auch noch dran. Ich mache alles, was die Mehrheit des Ausschusses will. Herr Frömmrich, Frau Faeser, Frau Wissler, Herr Schaus, Herr Dr. Wilken sind auf der Rednerliste. – Herr Frömmrich, Sie haben das Wort.

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Ich hatte mich auf die Vorbemerkung gemeldet, die der Minister hier gemacht hat. Zu der will ich zwei Punkte anmerken.

Erstens. Herr Innenminister, ich habe dazwischengerufen, weil ich die Bewertung, die Sie zu Fragen von Abgeordneten dieses Hauses gemacht haben, für nicht gerechtfertigt halte. Sie können sagen, dass Sie es nicht beantworten oder dass Sie die Fragen schlecht finden oder dass Sie die Fragestellung unzutreffend oder inakzeptabel finden. Das ist alles in Ordnung. Aber Sie als Regierung bestimmen nicht, welche Fragen das Verfassungsorgan Hessischer Landtag an Sie richtet. Ich finde, das sollte man einmal klarstellen, egal wie das ist. Mir gefällt sowohl der Duktus im Vorwort nicht als auch einzelne Fragen dazu. Aber es gehört zum demokratischen Prinzip, dass Fraktionen dieses Hauses Fragen stellen und die Landesregierung sie beantwortet. Sie sollten sich vielleicht einmal die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Fragerecht von Abgeordneten zu Gemüte führen.

Zweitens. Was gesetzeskonform ist und was nicht, entscheiden bei uns Gerichte und nicht Gutachter. Herr Innenminister, das will ich Ihnen auch einmal ganz deutlich sagen. Da können Sie Gutachter anführen, wie Sie wollen. Das Gutachten sagt nichts darüber aus, welches Verhalten rechtswidrig ist und welches nicht. Ich will daran erinnern, dass es auch Meldungen zur Beurteilung der Lage von verschiedenen hochangesehenen Rechtswissenschaftlern gab wie Herrn von Arnim, Herrn Wieland, Herrn Gusy. Das sollte man hier auch einmal erwähnen.

Jetzt will ich einen kleinen Exkurs zu dem von Ihnen beauftragten Gutachter machen, damit man das ein bisschen einordnen kann. Der von Ihnen benannte Gutachter ist Herr Prof. Dr. Michael Brenner. Wenn Sie auf seine Internetseite gehen, können Sie das Folgende nachlesen. Da steht z. B., dass er tätig gewesen ist: 2008 bis 2010 als Mitglied in der CDU-Kommission „Solidarisches Bürgergeld“, 2010 als Mitglied des CDU-Bundesparteigerichts.

Dann steht unter Tätigkeiten als Gutachter: vielfache Tätigkeiten als Gutachter für die CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, für die Fraktion im Thüringischen Landtag, das Innenministerium des Freistaats Thüringen, Prozessbevollmächtigter vor dem Bundesverfassungsgericht für die CDU-Bundestagsfraktion und anderes. – Ich will Ihnen nur sagen, wie Sie diesen Gutachter einordnen müssen, damit man nicht denkt, dass der Gutachter, der in vielfacher Weise für Sie tätig gewesen ist, hier Recht und Gesetz feststellt,

(Abg. Alexander Bauer: Zweifeln Sie an der fachlichen Kompetenz?)



sondern Recht und Gesetz stellen bei uns im Rechtsstaat Gerichte fest, Herr Innenminister, und nicht von Ihnen beauftragte Gutachter. Das wollte ich vorweg sagen.

(Abg. Holger Bellino: Dann gehen Sie vor Gericht!)

Dann haben Sie einen Satz zum Legalitätsprinzip gesagt. Das ist vollkommen richtig. Aber auch dort stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit. Auch das hat sich dem Verhältnismäßigkeitsprinzip unterzuordnen. – Ansonsten will ich zu dem nichts sagen. Wir haben unsere Fragen selbst gestellt, und wir werden die Debatte dann an diesem Punkt mit Ihnen führen.

Abg. **Nancy Faeser:** Auch ich möchte noch etwas zu den Vorbemerkungen und der Vorstellung des Gutachtens sagen. Denn, Herr Innenminister, ich finde, dass Sie insgesamt bei der Aufarbeitung des Vorgangs vom 1. Juni eine sehr seltsame Fehlerkultur an den Tag legen. Zunächst wurde alles negiert und gesagt, es sei alles in Ordnung. Eine Woche später wurde dann – das finde ich auch gut – zugesagt, dass aufgearbeitet wird.

Aber ich fand es sehr befremdlich – das will ich in aller Offenheit sagen –, dass sich der Polizeipräsident in Frankfurt einen Schritt zur Seite gestellt und per Internet erbeten hat, dass Anzeigen gegen seine Beamten kommen. Das finde ich unter dem Gesichtspunkt der Fürsorgepflicht nicht sehr fair. Es handelt sich dort um einen politischen Beamten. Insofern fand ich das etwas seltsam.

In der zweiten Innenausschusssitzung, die die Thematik der Demonstration behandelt, haben Sie dann erklärt, dass man einen privaten Gutachter beauftragt hat, der in der Tat CDU-Nähe hat. Herr Bauer, viel wichtiger finde ich aber – der Einwand war richtig –, dass aus seiner Veröffentlichungsliste nicht erkennbar ist, dass er sonst zu Polizei- und Versammlungsrecht Expertise hat. Deswegen finde ich es schon seltsam, hier mit einem Rechtsgutachten aufzuwarten. Denn Sie haben selbst zu Recht gesagt, über mögliches – über mögliches, das sage ich ganz deutlich – Fehlverhalten werden Gerichte die Entscheidung treffen. Ich denke, das hat Herr Blechschmidt beim letzten Mal schon gesagt. So ist eine ordentliche Aufarbeitung, dass man die Fehlverhalten aufarbeitet und dass dann die Gerichte entscheiden. Ich finde, das ist ein sehr seltsamer Umgang mit Dingen, die dort offenbar nicht gut gelaufen sind.

Ich will noch einmal sagen: Uns ist sehr wichtig, was Sie gesagt haben: dass es sich um Einzelfälle handelt, dass hier keine pauschale Verurteilung der Polizei passiert. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Diesen Eindruck will ich auf keinen Fall stehen lassen.

Aber mir wäre sehr daran gelegen, noch etwas über zwei Dinge zu hören. Sie haben nichts zu der Einschätzung gesagt, ob die Einkesselung an der Stelle verhältnismäßig war. Das werden sicher Gerichte überprüfen. Wenn Sie das so sehen, ist das okay. Aber Sie haben jetzt einen Rechtsgutachter eingesetzt. Dazu haben Sie aber nichts gesagt. Ich glaube, das ist einer der Hauptkritikpunkte. Sie haben auch nichts dazu gesagt, warum an dieser Stelle.

Herr Innenminister, Sie sagen immer sehr pauschal, man hätte den restlichen Demonstrationzug umleiten können. Ehrlich gesagt, wenn man sich die Örtlichkeiten anschaut und von Augenzeugen ein bisschen beschreiben lässt, wie das war, scheint mir das unmöglich. Vielleicht können Sie noch etwas dazu ausführen. Denn ich glaube, auch das wird Gegenstand von Überprüfungen sein. Ich glaube, darum müssen wir uns



hier und heute kümmern. Auch wir haben dazu Fragen in unserem Dringlichen Berichtsantrag gestellt.

Zu Ihrer Rolle. Sie haben gesagt, dass Sie über SMS informiert wurden. Das haben Sie auch schon beim letzten Mal gesagt. Wir hatten noch einmal nachgefragt, wie Sie an dem Tag sonst informiert wurden. Dazu habe ich eine konkrete Nachfrage. Mir liegt ein Foto vor, das an dem Tag in Frankfurt am Rande der Demonstration gemacht wurde, auf dem sowohl Frau Müller als auch Herr Diehl zu sehen sind. Deswegen meine konkrete Frage zu Punkt 8: Sind Sie von Frau Müller und Herrn Diehl an dem Tag über das Einsatzgeschehen informiert worden? Was ist Ihnen da berichtet worden, und gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt des Tages waren Sie in Entscheidungen involviert über die bloße Kenntnisnahme der SMS hinaus? Das fände ich noch einmal sehr wichtig.

Ich habe schon in der letzten Innenausschusssitzung versucht, das herauszufinden. Aber dazu haben Sie leider nichts gesagt. Denn für einen amtierenden Innenminister stellt sich schon die Frage: Wenn eine solche Einkesselung sehr viele Stunden dauert und sich auch der restliche Demonstrationzug nicht fortbewegt hat, was Tatsache ist, ist dann nicht irgendwann der Punkt erreicht, an dem der Innenminister eingreifen müsste, um das Versammlungsrecht der meisten friedlichen Demonstranten zu gewährleisten, die dort gestanden haben? Es ist unstreitig und es wird von niemandem bestritten, dass sie dort standen. Insofern wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie das mitbeantworten könnten.

Abg. **Janine Wissler:** Herr Innenminister, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Ich halte es wirklich für einen ziemlich erschreckenden Auftritt für einen Innenminister. Es fängt bei der Vorbemerkung an. Ich finde, dass sich ein Innenminister hierhin setzt und meint, beurteilen zu müssen, welche Anfragen zuzulassen sind und welche nicht, dass Sie dazu überhaupt eine Wertung abgeben, ist ein Anflug von Allmachtsfantasien und Absolutismus.

(Abg. Alexander Bauer: Er darf doch eine Meinung haben!)

Die Opposition ist dazu da, die Regierung zu kontrollieren. Deswegen fragen wir so, wie wir das für richtig halten. Ich bin nicht der Meinung, dass es dem Innenminister zusteht, dazu Kommentare dieser Art abzugeben. Ich finde, das Bild, das Sie heute abgeben, das steht in Kontinuität zu dem, wie Sie sich die ganzen letzten Wochen nach Blockupy verhalten haben.

Ich will auch sagen – wir haben sehr genau zugehört –, dass wir bei einer Reihe von Fragen zum einen feststellen, dass Sie sie nicht ordnungsgemäß beantwortet haben. Zum anderen will ich feststellen, dass Sie bei einigen Fragen wahrheitswidrig geantwortet haben, was wir belegen können.

(Abg. Holger Bellino: Das beweisen Sie! Darauf freuen wir uns!)

– Herr Bellino, das können wir belegen. Ich denke, der Verdacht, dass das Parlament durch den Innenminister nicht wahrheitsgemäß informiert wurde, ist ein sehr schwerwiegender Verdacht. Ich kann Ihnen für einige Punkte sofort Zeugen benennen. Ich kann Ihnen sofort Fotos zeigen, die sofort belegen würden, dass der Innenminister hier nicht die Wahrheit gesagt hat. Wir dürfen diese Fotos nicht zeigen. Das könnten wir. Ich will das nur zu der Frage sagen, ob ältere Frauen, ob Schwangere den Kessel nicht verlassen durften. Ich kann Ihnen sofort zehn Zeugen nennen, die das bestätigen können, mich eingeschlossen. Ich habe selbst versucht, zu vermitteln. Ich habe es selbst unter



Mühe geschafft, dass eine ältere Frau aus dem Kessel herausgelassen wurde. Sie wurde nur herausgelassen, weil ich mit dem Abschnittsleiter dort vermittelt habe. Dass schwangere Frauen nicht aus dem Kessel gelassen wurden, dafür gibt es eine Zeugin. Es gibt mindestens eine Person, die das bestätigen kann, die hochschwanger in diesem Kessel war. Was Sie hier sagen, ist nicht die Wahrheit.

Ich finde auch, wenn Sie hier davon sprechen, dass der Einsatz der Polizei vorbildlich abgelaufen ist, dann ignoriert das so derartig die breite Kritik nicht nur in den Medien, sondern auch von den Demonstranten, von breiten Teilen derer, die an der Demonstration teilgenommen haben.

Ich finde, das Schreiben der OSZE umzudeuten und zu sagen, es sei keine Kritik gewesen, sondern ein Auskunftersuchen: In dem Schreiben steht offensichtlich, dass man hofft, dass das Bewusstsein für Journalistenrechte in Deutschland bei Behörden gestärkt wird. Wer daraus keine Kritik liest, sondern ein Auskunftersuchen, der betreibt nur noch Schönfärberei.

Sie haben gesagt, es gibt keinen Hinweis auf einen unangemessenen Einsatz von Pfefferspray, beispielsweise in unter 1 m Entfernung. Ich biete Ihnen an: Ich kann Ihnen jetzt sofort Bilder und Videomaterial zeigen, Herr Innenminister, das sofort belegt, dass es anders war. Lassen Sie uns das gemeinsam anschauen, damit Sie diese Aussage im Ausschuss korrigieren können. Wir haben diese Fotos dabei. Wir können sofort zeigen, dass Demonstranten aus nächster Nähe mit Pfefferspray besprüht wurden. Dann könnten Sie wenigstens diese Aussage noch korrigieren und hier wahrheitsgemäß antworten.

(Minister Boris Rhein: Haben Sie eine Anzeige erstattet? – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus: Ich habe Anzeige erstattet! Ich sage Ihnen gleich etwas dazu!)

– Erstens bin ich nicht diejenige, die Anzeige erstattet. Der Kollege Schaus wird das gleich noch in gebotener Form ausführen.

Ich will Ihnen auch sagen, dass ich Ihre SMS, die Sie vorgelesen haben, sehr interessant finde, weil das zum Teil eine Sprache ist, die zeigt, wie die Einsatzleitung da herangegangen ist, von wegen: „Angeblicher Journalist mit Augenverletzung in Augenklinik“. Was ist das für eine Sprache? Warum wird dem Journalisten unterstellt, der offensichtlich als Pressevertreter zu erkennen war, dass er ein angeblicher Journalist ist, der sich quasi eingeschleust hätte? Warum gibt es eine SMS: „Diverse Störer benötigen Behandlung“? Was ist das für eine Sprache?

Interessant fand ich, dass Ihre erste SMS, die Sie vorgelesen haben, war: „Lage ruhig“. Sie haben keine SMS vorgelesen, die vor der Einkesselung irgendwie belegt hätte, dass es irgendwelche Verletzten oder nennenswerte Ausschreitungen, irgendetwas, gegeben hätte. Das gibt es nicht. Was Sie gesagt haben, ist, es hätte einen Anfangsverdacht auf einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz gegeben. Herr Innenminister, das haben Sie nicht weiter ausgeführt. Dafür 10.000 Menschen am Demonstrationsrecht zu hindern und 1.000 Menschen einzukesseln, ist absolut nicht verhältnismäßig.

Ich will Ihnen noch eine Unwahrheit klar widerlegen. Sie haben von der Einsatzleitung vorgelesen, die erste Reihe wäre schwarz bekleidet gewesen. Einmal davon abgesehen, dass es völlig irrelevant ist, welche Farbe die Klamotten von Menschen auf Demonstrationen haben – –

(Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen): Ach ja!)



– Herr Müller, natürlich ist es irrelevant. Selbstverständlich kann man in schwarzen Klamotten herumlaufen. Das ist erlaubt. Da kann niemand etwas tun. Man kann sogar von Überzeugung Schwarzer sein. Das ist erlaubt, und das kann man machen. Deswegen ist die Aussage: „In der ersten Reihe waren Schwarzgekleidete“ eine völlige Nullaussage. Was soll das heißen? Jetzt sage ich Ihnen: Nicht einmal das stimmt. Das weiß ich deshalb so genau, weil ich in der ersten Reihe war und das Fronttransparent getragen habe,

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)

unter anderem mit Katja Kipping und mit Willy van Ooyen, der bekanntermaßen nie schwarz trägt. Mit denen habe ich das Fronttransparent getragen. Herr Innenminister, es gibt jede Menge Fotos davon. Die kann ich Ihnen alle herbeiziehen und Ihnen sagen, dass auch diese Aussage überhaupt nicht stimmt.

Ich werde jetzt noch ein paar Fragen zu dem stellen, was Sie hier an Neuem gesagt haben. Das ist die Geschichte mit dem Gutachten. Herr Innenminister, ich wüsste gern, welche Grundlagen wurden Herrn Prof. Brenner zur Verfügung gestellt, um dieses Gutachten zu machen? Sie haben gerade Rechtsanwälte kritisiert, die offensichtlich vom Sofa aus, wie Sie das nennen, zu Einschätzungen kämen. In Klammern will ich anmerken: Viele dieser Rechtsanwälte waren vor Ort, wurden teilweise nicht durchgelassen.

Dann beauftragen Sie jemanden aus Jena, quasi auf der Couch ein Gutachten nach Informationen zu machen, die das Innenministerium zur Verfügung gestellt hat. Können Sie uns bitte sagen, welche Informationen das waren? Ich frage Sie: Wie haben Sie Herrn Prof. Brenner ausgewählt? Es muss eine Art Auswahlverfahren im Innenministerium gegeben haben. War da das Parteibuch ausschlaggebend? Das kennen wir aus dem Innenministerium. Wie ist das Auswahlverfahren? Ich gehe davon aus, dass es keine Ausschreibung gegeben hat. Aber es würde mich interessieren, was die Kriterien waren und was das gekostet hat. Herr Innenminister, es würde mich interessieren, was es den Steuerzahler gekostet hat, dass ein Gutachten erstellt wurde, das überhaupt nichts besagt, weil – da hat Kollegin Faeser völlig recht – am Ende Gerichte entscheiden, was rechtmäßig ist, und keine Gutachter, die einseitig informiert wurden. Mich würde interessieren: Was hat das Gutachten an Ihren Parteifreund, Herrn Prof. Brenner, den Steuerzahler gekostet?

(Abg. Holger Bellino: Eieiei!)

Ich möchte gern, dass Sie dazu noch eine Auskunft geben. Sie werden sicher wissen, was das gekostet hat.

(Abg. Holger Bellino: Alles fünfmal hintereinander gefragt! Machen Sie mal ein Manuskript, damit es etwas zügiger geht! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus: Wenn Sie ruhig sind, braucht sie kein Manuskript! – Abg. Holger Bellino: Ein bisschen Struktur!)

– Herr Bellino, es ist gut. – Herr Innenminister, dann würde ich gerne noch wissen, ob Sie bereit wären, dieses Gutachten allen Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)

Denn Sie reden über ein Gutachten, das uns gar nicht vorliegt. Wir können überhaupt nicht beurteilen, ob das, was Sie aus dem Gutachten zitiert haben, vollständig ist. Ich



würde gern dieses Gutachten haben. Mich würde auch sehr interessieren, was die Grundlagen für dieses Gutachten waren.

Eine allerletzte Frage. Herr Innenminister, Ihr Sprecher Mark Kohlbecher war offensichtlich vor Ort gewesen. Er ist auch im Sicherheitsbereich der EZB gesehen worden, also am Rande, wo die Demonstranten herausgeführt wurden. Mich würde es schon sehr interessieren, ob Sie Kenntnis davon haben, was Ihr Sprecher dort gemacht hat und ob Sie Informationen von Ihrem Sprecher erhalten haben, oder ob es irgendeine Absprache zwischen Ihrem Sprecher und Ihnen gab.

(Minister Boris Rhein: Wenn ich die Antworten hätte geben dürfen!)

Das könnten Sie vielleicht noch ausführen, außerdem die Antworten auf die Fragen zu dem Gutachten. Das würde mich dringend interessieren. Denn ich finde, man muss schon darüber reden, was im Innenministerium passiert. Gerade im Innenministerium sollte man nach dem letzten Untersuchungsausschuss vielleicht ein bisschen vorsichtiger geworden sein, was das Beauftragen und Ernennen von Parteifreunden angeht. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir eine Summe nennen würden, wie viel das gekostet hat.

**Vorsitzender:** Ein Teil dessen wäre beantwortet worden, wenn erst die Fragen, die im nächsten Komplex sind, beantwortet worden wären. Aber die Fraktionen haben das so entschieden. Ich bin nicht für das verantwortlich, was hier entschieden wird. Ich muss es nur verkünden. Das fällt manchmal auch schwer. – Jetzt hat der Kollege Schaus das Wort.

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Vorsitzender, ich schlage vor, dass der Herr Minister erst einmal auf die Fragen von Frau Wissler und der anderen eingeht und ich mich gleich danach zu Wort melde, da ich eine Reihe von Detailfragen habe. Sonst geht das alles durcheinander. Wir kennen das. Dann wird gar nichts mehr richtig beantwortet. Ich möchte das auf jeden Fall sichergestellt haben. Wenn Sie damit einverstanden sind, melde ich mich gleich noch einmal.

**Vorsitzender:** Herr Schaus, wir haben jetzt noch Wortmeldungen von Ihnen, von Herrn Dr. Wilken und Herrn Bellino. Der Minister ist doch Manns genug, auf jede Frage, die gestellt worden ist, eine Antwort zu geben, wenn er das heute kann. Gibt es den Wunsch, dass wir jetzt unterbrechen und die Antworten jetzt hören?

(Abg. Holger Bellino und Jürgen Frömmrich: In der Rednerliste weiter!)

– Den Wunsch gibt es nicht. Dann führen wir die Rednerliste fort. Der Kollege Schaus hat noch das Wort. Bitte schön.

Abg. **Hermann Schaus:** Das war ein Angebot an den Herrn Minister und auch an die Versammlung, dem zu folgen. Ich nehme zur Kenntnis, dass das nicht gewünscht wird. Herr Minister, ich werde mir dennoch erlauben, eine Reihe von Nachfragen zu stellen, auch en détail und hoffe, dass Sie in der Lage sind, das alles zu beantworten.



Ich will an das anknüpfen, was unsere Fraktionsvorsitzende eben gesagt hat. Ich beantrage hiermit für später, dass wir als Ausschuss sowohl das Gutachten als auch die Unterlagen, die dem Gutachter zur Verfügung gestellt wurden, um das Gutachten zu erstellen, erhalten, damit wir weiterarbeiten können.

Zweite Vorbemerkung. Ich habe das schon einmal an anderer Stelle gesagt: Ich war selbst von der ersten Sekunde an bis zu meinem Herausführen, will ich sagen, in dem Kessel. Ich weiß, was ich gesehen habe. Das, was ich gesehen und erlebt habe, und das, was hier heute berichtet wird, das lässt mich in der Tat daran zweifeln, ob das, was wir in möglicherweise anderen Zusammenhängen hier an Berichten vorgelegt bekommen, nicht – ich sage es einmal ganz, ganz vorsichtig – nur geschönt ist.

Ich bin gar nicht in der Lage, auf alle Details der Widersprüche einzugehen, die ich selbst erlebt habe, wo ich aber möglicherweise nur mein eigenes Erleben, meine eigene Anschauung zugrunde legen kann und keinen weiteren Zeugen habe. Aber ich weiß, dass die Polizei und die Polizeiführung und Sie, Herr Innenminister, in der Lage sind, mit zig Beweisen zu widerlegen, was ich selbst gesehen habe. Ich kann es gar nicht anders ausdrücken: Ich finde das erschreckend.

Dritte Vorbemerkung, und dann komme ich zu meinen Fragen. Wenn ich das, was ich heute gehört habe, mit dem abgleiche, was ich selbst erlebt habe, dann kann ich niemandem aus der Demonstration empfehlen, sich an eine Polizeiarbeitsgruppe zu wenden und zu glauben, es würde objektiv aufgearbeitet werden. Ich sage das ganz klar. Denn ich weiß nicht, durch welche Hände der Bericht von heute gegangen ist und wer da noch seine Kommas und Punkte gesetzt und Abänderungen vorgenommen hat. Aber es stimmt in vielen Fällen nicht mit dem überein, was ich in diesen 13 Stunden bis 24 Uhr am Hauptbahnhof am 01.06. erlebt habe.

Zum Thema Strafanzeige will ich abschließend nur ganz kurz sagen – das könnte ich sehr lange ausführen, das will ich aber an der Stelle nicht tun –: Ich habe zusammen mit anderen Zeugen Strafanzeige gestellt, und zwar zu einem Tränengaseinsatz bereits am Freitag vor der EZB. Ich habe erlebt, dass es nicht nur – Herr Minister, Sie haben gesagt: „Stellen Sie Strafanzeige!“ – eineinhalb Stunden gedauert hat, bis diese Strafanzeige aufgenommen wurde. Ich habe auch erlebt, dass der Verantwortliche, um den es ging, durch die Polizeigruppe weggenommen wurde und vermischt wurde. Man konnte gar nicht mehr die Identität feststellen.

Ich habe Strafanzeige erstattet, nachdem es den Betroffenen oder der Betroffenen verwehrt wurde, in irgendeiner Weise tätig zu werden. Ich habe mich als Abgeordneter eingemischt, weil ich zusammen mit anderen Augenzeugen war. Ich erlebe jetzt, dass dieses Verfahren offensichtlich deshalb nicht weiterbetrieben wird, vielleicht auch nicht werden kann, weil die Betroffene, also die Geschädigte, nicht mehr zu ermitteln ist. In dem Fall war es eine Frau, die unrechtmäßig, wie ich das gesehen habe, mit Tränengas besprüht wurde, und zwar aus unmittelbarer Nähe.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)

– Herr Bellino, vielleicht hat sie auch so viel Vertrauen in die Aufklärungsarbeit wie ich. Das kann schon sein, wie auch immer.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino)



Herr Minister, so ist das mit den Strafanzeigen. Insofern ist es leicht gesagt: „Dann stellen Sie Strafanzeige!“ Wie gesagt: Das ist meine erste Strafanzeige, die ich in meinem Leben gestellt habe. Ich erlebe da einiges.

Nun zu meinen Fragen im Detail. Ich komme zu Frage 1 c) zurück. Herr Minister, Sie haben dargestellt, aus welchen Bundesländern die Polizeibeamtinnen und -beamten kamen. Aber Sie wollten keine Aussagen über die Teilnehmerzahl machen. Ich frage deshalb: Wie hoch war die Gesamtzahl der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die am 31. Mai und am 1. Juni im Einsatz waren?

Nächster Punkt. Sie haben zu Frage 1 g) geantwortet, dass nicht angeordnet wurde, dass 1.500 Polizeikräfte und Material am Untermainkai zusammengezogen wurden. Eine Anordnung hätte es nicht gegeben. Gibt es denn Ihrerseits eine Erklärung dafür, warum genau an dieser Stelle etwa 1.500 – manche sprechen von 2.000 – Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zusammengezogen wurden, wenn nicht auf Anordnung?

Die dritte Frage bezieht sich auf die Frage 1 j). Herr Minister, hier haben Sie gar keine Antwort gegeben. Deswegen will ich noch einmal nachfragen. Ist die Polizei zeitlich vor – Stunden oder Tage – dem Kessel in der Hofstraße im Jüdischen Museum gewesen, hat sie im Jüdischen Museum Fotoaufnahmen, Filmaufnahmen exakt dieses Platzes und dieser Stelle gemacht, und wenn ja, warum? Wie gesagt: Sie haben das nicht beantwortet. Deswegen will ich da nachfragen.

Die nächste Frage bezieht sich auf die Frage 3 c). Herr Minister, Sie haben dargestellt, dass deshalb keine Kommunikatoren eingesetzt wurden, weil sie zur Eigensicherung zurückgezogen wurden. Den ersten Kommunikator, den ich gesehen habe, habe ich nach acht Stunden gesehen. Aber ich habe auf dieser Demonstration auch nur einen gesehen. Deswegen möchte ich nachfragen: An welcher Stelle wurden Kommunikatoren bedroht, damit sie sich zur Eigensicherung zurückziehen mussten? Wie viele Kommunikatoren waren überhaupt im Einsatz, und wenn, wo waren sie im Einsatz vorgesehen?

Die nächste Frage bezieht sich auf die Frage 3 l). Ich will an der Stelle einen Schnitt machen und mit dem Katalog in der nächsten Runde fortfahren, weil es doch ein bisschen viel wird. Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, dass es den Demonstranten jederzeit freigestellt war, die alternative Strecke, also über den Untermainkai, die nur 150 m länger sei, so haben Sie gesagt, zu benutzen. Trifft es zu, dass diese alternative Strecke, von der Sie gesprochen haben, die Strecke ist, die ursprünglich seitens der Stadt und der Polizeiführung als Demonstrationsroute vorgeschlagen wurde und gegen die dann die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs ergangen ist? – So weit erst einmal dazu.

Abg. **Dr. Ulrich Wilken:** Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit will ich mich darauf beschränken, nur Nachfragen zu stellen und die Bewertung hintanzustellen. Herr Minister, Sie haben auf die Frage 1 a) ausgeführt – da ging es darum, warum die Busse gestoppt worden sind –, dass sowohl gewaltbereite als auch gewaltentschlossene Menschen in diesen Bussen gesessen haben. Ich bitte Sie um eine Definition von „gewaltbereit“ und „gewaltentschlossen“. Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass der zu vermutende Auflagenverstoß eine Ordnungswidrigkeit und keine Straftat ist?

Zu Ihrer Antwort auf die Frage 1 f). Ist Ihnen bekannt, dass nach der freitägigen Blockade der EZB am Vormittag Polizisten und die Einsatzleitung vor Ort selbst zu Protokoll gegeben haben, dass es außer einigen Rüttelleien an den Abspergittern keine Probleme



gegeben hat? Ist Ihnen bekannt, dass die Einsatzkräfte vor Ort am Samstag, als wir noch verhandelt haben, wie wir die Demonstration weiterführen, uns als Demonstrationsleitung darüber aufgeklärt haben, dass sie eine erhebliche Gefährdung der Demonstration durch Abdrängen in den Stacheldraht sehen und deswegen in dieser Kurve vor der EZB auf ein Beiseiteführen oder Begleiten von Polizeibeamten verzichten werden? Wenn Ihnen das bekannt ist, wie schätzen Sie diese erhöhte Gefährdungssituation, die durch diese Sicherung geschaffen worden ist, ein?

Zu Ihrer Antwort auf die Frage 1 g) hat schon Herr Schaus nachgefragt, wie es dazu kommen kann, dass die Polizei zu dem Zeitpunkt da vollkommen ungeplant einen Flashmob veranstaltet.

Zu Frage 2 c). Ich glaube, die haben Sie nicht so beantwortet, wie wir sie gestellt haben. Denn wir hätten gern Auskunft darüber, wie viele Verletzte es gegeben hat, bevor der Kessel geschlossen wurde. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet. Ich bitte, das jetzt zu tun. Ihre Antwort bezog sich auf die Gesamtzahl von Verletzten während der ganzen Tage.

(Minister Boris Rhein: Das haben Sie gefragt!)

– Nein, wir haben nach dem Zeitraum vom Beginn der Demonstration bis zu der Einkesselung gefragt. Das heißt, ich hätte gerne eine Antwort auf die Frage, wie viele Verletzte es bis zu diesem Zeitpunkt gab.

Zu Frage 2 i). Bei der Frage geht es um Auflagenverstöße und die Verhältnismäßigkeit. Ist Ihnen bekannt, dass der Abschnittsleiter vor Ort zum Zeitpunkt der Einkesselung uns als Demonstrationsleitung mitgeteilt hat, dass ein einzelnes Herausführen der Demonstranten aus dem Kessel nach seiner Einschätzung – zu dem Zeitpunkt etwa 300 Einkesselte – mindestens drei Stunden dauern würde? Wenn Ihnen das bekannt ist, wie beurteilen Sie, bei einer solchen Auflage eine geordnete Demonstration durchzuführen und damit das Demonstrations- und Versammlungsrecht zu gewährleisten?

Zu Ihrer Beantwortung der Frage 3 i). Sie haben von vereinzelt Überreaktionen von Beamten gesprochen. Ich möchte Sie bitten, das zu quantifizieren und uns Zahlen zu nennen, wie viele Ihnen bekannt sind. Wenn Sie das jetzt ermitteln, entweder in der Arbeitsgruppe im Polizeipräsidium oder wo auch immer, können Sie mir bitte erläutern, wie Sie Beamte erkennen, die vereinzelt überreagiert haben? Ich meine, wie identifizieren Sie diese Beamten?

Zu Ihrer Antwort auf Frage 6 a). Dort haben Sie angegeben, dass aus Holzstangen Stahlstangen hervorgezogen wurden. Ich kann mir das im Moment nicht vorstellen. Vielleicht können Sie mir da helfen. Vor allem können Sie mir sagen, warum diese Stahlstangen nachher nicht sichergestellt wurden? Wo sind die geblieben? Denn wenn ich mich richtig an den Bericht von Herrn Schneider in der letzten Innenausschusssitzung entsinne, dann tauchten dort keine Stahlstangen auf.

Letzte Frage. Warum haben Sie uns, als Sie gerade die SMS-Texte vorgelesen haben, jeweils die Uhrzeit verweigert?

(Minister Boris Rhein: Soll ich alle noch einmal vorlesen? – Gegenrufe der Abg. Daniel Mack und Jürgen Frömmrich: Nein!)



Abg. **Holger Bellino**: Der letzte Wortbeitrag der Fraktion DIE LINKE hat wenigstens dazu geführt, dass Fragen gestellt wurden. Ich bin zwar in der Intention nicht mit allem einverstanden, aber es wurden Fragen gestellt – ganz anders als das bei Herrn Schaus und Frau Wissler der Fall war.

(Abg. Janine Wissler: Ich habe Fragen gestellt! – Abg. Hermann Schaus: Ich habe doch Fragen gestellt! Haben Sie nicht zugehört?)

Meines Erachtens ist das eine unerträgliche Art und Weise, in der Sie hier mit dem Innenminister und überhaupt mit der Polizeiführung und der Polizei umgehen. Sie kreieren hier Unterstellungen, die in einem freiheitlichen Staat wirklich allerunterste Schublade sind. Beispielsweise unterstellen Sie die Tatsache, die Beamten des Innenministeriums hätten hier „gefälscht“. Es hat keinen Sinn, sich in einem Rechtsstaat an die Polizei zu wenden, denn dort wird – so Ihre Diktion – eh alles gefälscht. – Das ist unerhört, und ich weise das für uns auf das Deutlichste zurück. Das hat die hessische Polizei, das hat die Polizei der Bundesrepublik Deutschland nicht verdient. Es ist unerhört, was Sie da abgelesen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie fragen so scheinheilig, was der Gutachter kostet. Wir werden das wahrscheinlich hören. Mit Sicherheit wird er weniger kosten als das, was gewaltbereite Demonstranten bei solchen sogenannten Demonstrationen anrichten. – Ich rede nicht von denen, die friedlich demonstrieren. Ich rede von denen, die dort hingehen und dabei die schon oft zitierten Gerätschaften mitnehmen, um dort Krawall zu machen oder – wie sie es auch skandierten – „platt zu machen“. Das ist mit Sicherheit eine ganz andere Kostendimension.

Für uns möchte ich darauf hinweisen, dass der Innenminister – zumindest haben wir das nicht gehört – hier nicht einzelne Fragen kritisiert hat oder, wie das von den LINKEN oder auch von anderen Oppositionsvertretern hier dargestellt wird, kritisiert habe, dass hier Fragen gestellt wurden. Ganz im Gegenteil, in der letzten Innenausschusssitzung wurde sogar offen darum ersucht, dass man fragt. Dann gibt es auch die entsprechenden Antworten. Vielleicht kann man nicht jede Frage sofort beantworten, aber es wurde auf jeden Fall immer zugesagt, dass die Fragen entsprechend beantwortet werden.

Was aber kritisiert wurde – und da hat der Innenminister vollkommen recht, das passt zu dem von mir bereits eingangs Gesagten – ist die Vorbemerkung der Fraktion DIE LINKE. Dort ist von einem „riesigen Polizeiüberfall“ die Rede. Ja, wo leben wir denn? Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland und nicht in Ländern, wo Sie sich vielleicht lieber aufhalten.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus)

– Na sicher! Schauen sie doch, wohin Sie fliegen! Vielleicht verwechseln Sie Frankfurt mit der Türkei. Das kann auch sein.

Hier wird ein „stramm rechts-konservatives bis rechts-nationales Weltbild“ unterstellt usw. und dass „tatsächlich neonazistische Aufmärsche und Straftaten“ geduldet werden. Das ist eine Unverschämtheit!

(Minister Boris Rhein: So ist es!)



Wenn der Innenminister dann darauf hinweist, dass das nicht in Ordnung ist und dass das nichts mit einer sachgerechten Aufarbeitung von eventuell vorhandenen Dingen zu tun hat, die nicht in Ordnung sind, dann ist dies nicht nur sein Recht, sondern es ist meines Erachtens auch seine Pflicht, gerade auch gegenüber den Beamtinnen und Beamten in der hessischen Polizei und in anderen Organisationseinheiten unserer Sicherheitsarchitektur.

Ferner kann ich nicht nachvollziehen, wenn seitens der Opposition kritisiert wird, dass der Polizeipräsident aus Frankfurt dazu aufgerufen hat, dass sich verletzte Demonstranten oder Demonstranten, die sich ungerecht behandelt fühlen, melden. Ja, was wollen wir denn? Wir wollen doch wissen, wir wollen ein Bild davon haben, was passiert ist. Auf Nachfrage hören wir jetzt, dass es etwa das Drei- oder Vierfache an verletzten Polizisten gibt gegenüber dem, was aufseiten der Demonstranten zu beklagen ist. Natürlich sollen die sich melden. Das haben wir in der letzten Sitzung im Innenausschuss auch massiv gefordert. Wie sonst sollen wir denn ein Bild davon bekommen? – Und wenn Sie immer wieder von bis zu 400 Verletzten sprechen: Entschuldigung, wo sind die denn? Wenn Sie sagen, wir können die nicht mehr finden: In welcher Welt leben Sie denn? Wenn ich mich zu Unrecht behandelt fühle, von wem auch immer, dann gibt es für mich zwei Dinge: Entweder sage ich, na ja, es ist doch nicht so schlimm gewesen, wie ich es vielleicht erst einmal dachte, nach dem Motto: erst einmal drüber schlafen; oder aber ich zeige an, ich zeige den Vorgang an. Wenn ich die Person identifizieren kann, dann zeige ich gegebenenfalls auch die Person an. Jedenfalls mache ich das doch aktenkundig.

Wenn Sie sich aber trotz großer Mühe, wie Sie sagen, nicht in der Lage sehen, diese maßgeblich Verletzten zu identifizieren, dann spricht das meines Erachtens sehr, sehr deutliche Worte.

Minister **Boris Rhein:** Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, was eine Vielzahl von Fragen anbelangt, die Herr Schaus, Frau Wissler und Herr Dr. Wilken gestellt haben, so wäre es sinnvoll gewesen, die Beantwortung des Dringlichen Berichtsantrags von SPD und GRÜNEN abzuwarten, denn dabei wird vieles davon beantwortet – beispielsweise auch, was den Pressesprecher des Innenministeriums anbelangt. Das hätte es uns vereinfacht.

Was die Beauftragung des Professors anbelangt, will ich Ihnen nur Folgendes sagen: Ich muss Ihnen ganz ehrlich gestehen, bis der Mann da war, wusste ich nicht, dass er im CDU-Bundesparteigericht sitzt.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Es ist mir aber auch verhältnismäßig egal, wo dieser Mann sitzt – ob er bei der CDU, bei der SPD, den GRÜNEN oder bei der FDP sitzt. Ich weiß auch nicht, ob dieser Mann Mitglied der CDU ist. Das alles ist mir nicht bekannt. Es ist mir aber auch verhältnismäßig egal. Dieser Mann hat eine hohe Expertise. Er ist Inhaber eines Lehrstuhls an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Das sind nun alles nicht irgendwelche Leute, die irgendwo im Supermarkt Jura gelernt haben, sondern die sind zum Professor berufen worden, die Rufe bei verschiedenen Universitäten angenommen haben. Da zu sagen, dass sei ein Parteigutachten, das ist nun wirklich sehr strapaziert.

(Abg. Janine Wissler: Wie sind Sie denn an ihn gekommen?)



– Nein, das will ich gar nicht so sagen. Und wissen Sie, dass der Mann Gutachten oder Expertisen im Bundestag oder im Landtag erstattet – auch das ist selbstverständlich nichts Ungewöhnliches. Und ich will Ihnen noch eines sagen: Selbstverständlich werde ich Ihnen mitteilen, was uns ein solches Gutachten kostet. Im Augenblick habe ich das nicht parat, aber das ist kein Geheimnis.

Die Auswahl ist natürlich so abgelaufen: Wer hat Zeit, ein solches Gutachten in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum zu erstatten? Exakt das hat dazu geführt, dass wir Herrn Prof. Brenner darum gebeten haben.

Abschließend zu diesem Komplex will ich dazu sagen: Ich muss doch von einer unabhängigen Stelle, jenseits der Juristen eines Innenministeriums – Sie tun doch so, als wären das das Ministerium und die Polizei einer Militärjunta. Herr Schaus, so tun Sie doch gerade.

(Abg. Hermann Schaus: Ich weiß nur: Was ich gesehen habe und was Sie sagen, das stimmt nicht überein!)

Ich will von einer unabhängigen Stelle wissen, die eine hohe Expertise hat: Wie schätzt ein Professor das ein? Am Ende bleibt es dabei: Am Ende entscheidet das ein Gericht.

Ich brauche für mich eine Einschätzung der Lage. Ich brauche für mich ein Bild: Was sagt ein Jurist, der es wirklich kann, der Verfassungs- und Verwaltungsrecht lehrt, zu einer solchen Situation? Wie beurteilt er das vor dem Hintergrund von Brokdorf etc. Das ergibt für mich eine Einschätzung der Situation, und das gibt mir natürlich eine Sicherheit, hier bei Ihnen Stellung zu nehmen. Deswegen halte ich das nicht für kritikwürdig, sondern das eine Untermauerung meiner Auskunftspflicht Ihnen gegenüber.

Frau Wissler, was die Frage der Bilder anbelangt, die Sie da haben – Stellen Sie doch Anzeige. Sie müssen die doch nicht bei der Polizei stellen. Vielleicht vertrauen Sie der Staatsanwaltschaft mehr. Das ist in unserem Rechtsstaat doch alles möglich. Das unterscheidet uns gerade von anderen Ländern: dass das möglich ist. Dafür gibt es völlig unabhängige Instanzen, beispielsweise in der Justiz. Deswegen sollte man alles zeigen, was vorhanden ist. Gleichzeitig aber zu sagen, man kritisiert, dass Herr Dr. Thiel einen Aufruf macht, anzuzeigen – da verstehe ich die Welt wirklich nicht mehr. Was wollen Sie denn eigentlich? Wie hätten Sie es denn gerne? Sollen wir gar keinen Aufruf machen, oder soll man jetzt entsprechend Anzeigen erstatten? Erstatten Sie doch einfach Anzeige, wenn Sie etwas haben. Oder Sie lassen einfach Ihre diffuse Vorwurfslage weg. Das ist eine diffuse Vorwurfslage, mit der Sie versuchen, eine böse Stimmung zu erzeugen. Deswegen sage ich Ihnen noch einmal: Im Rechtsstaat ist es möglich, eine Anzeige zu erstatten. Dazu können Sie zur Polizei gehen, Sie können aber auch zur Staatsanwaltschaft gehen. Dort wird das entsprechend abgearbeitet. Exakt das ist der Grund dafür, dass wir diesen Aufruf gestartet haben.

(Abg. Janine Wissler geht zum Saalausgang.)

– Frau Wissler, auf Wiedersehen! Das zeigt im Übrigen Ihr Interesse an den Antworten: dass Sie jetzt schnellstens zum Fernsehen, zu RTL gehen. Viel Spaß dabei.

(Abg. Janine Wissler: Ich muss zu meiner Fraktion gehen!)

– Ja, viel Spaß dabei! Das ist doch alles in Ordnung.



Ich glaube, das brauche ich dann auch nicht weiter zu beantworten: weil die Frage gar nicht mehr im Raum ist und die Antworten von mir nicht hören kann.

Was Herrn Schaus anbelangt, kann ich nur sagen – aber das ist das gleiche Spielchen, das wir immer betreiben –: Wie Sie als angeblicher Gewerkschaftsvertreter – und ich freue mich, dass Männer und Frauen von den Gewerkschaften anwesend sind – einfach einmal hören, was der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linkspartei hier über Polizisten erzählt. Das ist ja schon – – Ich bin wirklich teilweise schockiert gewesen, wie Sie über Polizisten reden. Ich glaube, das sollte nach außen getragen werden. Auch die Polizisten in der GdP und in der DPolG, die sich im Falle der DPolG glücklicherweise eindeutig geäußert haben, aber auch bei den anderen Gewerkschaften, sollten einmal erfahren, wie Sie sich hier im Hessischen Landtag zum Thema Polizei und Verhalten von Polizisten einlassen: was das für eine dunkle Truppe ist – um sich nachher auf seinen Briefkopf zu schreiben: „Gewerkschaftspolitische Sprecher“ der Linkspartei. Wirklich, ich bin einigermaßen bestürzt über diesen Umgang mit Frauen und Männern.

Am Hessentag waren Sie nicht einmal da, als wir 410 von denen vereidigt haben. Schauen Sie denen doch einmal ins Gesicht, wenn sie da stehen. Das sind alles andere als Schläger und Leute, die irgendwelche bösen Machenschaften planen. Das sind tolle junge Leute, die einen unglaublich tollen Job leisten. – Das sollten Sie sich einmal in Ihr Stammbuch schreiben – anstatt hier die Polizei zu beschimpfen. Ich finde es unmöglich, was Sie tun.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hermann Schaus: Herr Minister, das habe ich nicht getan!)

So. Die 1.500 – das ist wieder so eine diffuse Stimmungslage: Man setzt eine solche Zahl in den Raum und stellt irgendein Bild, mit dem man versucht, im Unterbewusstsein irgendwelche Dinge zu erzeugen, die einfach so nicht stimmen. 1.500 Polizisten haben an der Stelle, von der Sie da reden, nicht gestanden. Das habe ich in dem Berichtsantrag eben auch eindeutig beantwortet.

(Abg. Hermann Schaus: Wie viele waren es denn?)

– Ach, wissen Sie, das können wir Ihnen doch alles liefern:

(Abg. Hermann Schaus: Dann tun Sie es doch!)

wie viele Personen, wie viele Polizisten wo in welchem Einsatz vor Ort waren.

Beispielsweise kann ich Ihnen die Antwort darauf geben, dass in dem Einsatz, zwei Tage lang, in verschiedenen Schichten mit Schichtablösung insgesamt 9.000 Beamtinnen und Beamte im Einsatz gewesen sind – Beamtinnen und Beamte, die von Ihnen hier aufs Übelste beschimpft werden.

Die Kommunikatoren waren selbstverständlich eingesetzt. Ich werde Ihnen die Zahl nachher bei der Beantwortung zum Berichtsantrag von SPD und GRÜNEN sagen. Hätten Sie das einfach abgewartet, dann hätten wir vielleicht sinnvoller darüber diskutieren und die Fragen gesammelt beantworten können.

Die sind natürlich deswegen dort abgezogen worden, weil sich ab einem bestimmten Zeitpunkt auch Polizisten nicht mehr beschimpfen lassen wollen. Die wollen sich einfach nicht beschimpfen lassen. Sie wollen sich auch nicht bedrohen lassen.



Dass die von Ihnen hier in der Sitzung des Innenausschusses nochmals sehr rüde angegangenen Polizisten dann aus Gründen der Eigensicherung irgendwann einmal aus einem solchen Bereich zurückgezogen werden, das halte ich für das Allervorderste der Fürsorgepflicht, die ein Vorgesetzter haben kann.

Herr Dr. Wilken hat mir sehr viele Fragen gestellt. Ich will einmal versuchen, alles zu beantworten.

(Abg. Hermann Schaus: Waren das jetzt alle Antworten auf meine Fragen?)

Zu 1 a) haben Sie eine falsche Darstellung gegeben. Herr Wilken, ich will Ihnen nochmals vorlesen, was ich Ihnen geantwortet habe. Da habe ich nichts von dem geantwortet, was Sie eben behauptet haben, was ich geantwortet hätte. Die Frage lautete:

*Aufgrund wessen Anordnung wurden mehrere Busse mit Demonstranten auf dem Weg nach Frankfurt an Autobahnraststätten gestoppt und stundenlang durchsucht, und warum durften die Insassen über mehrere Stunden nicht einmal auf die Toilette gehen?*

Die Buskontrollen erfolgten auf der Grundlage des § 18 Abs. 2. Den Insassen der Busse wurden Toilettengänge bei der nahe gelegenen Polizeiautobahnstation Butzbach angeboten. Allerdings lehnten es die Personen ab, die Busse zu verlassen. Nachdem absehbar war, dass die geplanten Kontrollmaßnahmen durch die solidarische Weigerung nicht zeitnah durchgeführt werden konnten, wurde zusätzlich das Aufstellen mobiler Toiletten veranlasst.

Ich weiß nicht, was ich Ihnen da falsch geantwortet haben sollte. – Und auf die Frage nach den Ordnungswidrigkeiten will ich Folgendes antworten: Es gab die Buskontrolle, und insgesamt wurden sieben Strafanzeigen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz, das Waffengesetz – nun, Kinkerlitzchen sehen anders aus –, das Betäubungsmittelgesetz und das Aufenthaltsgesetz erstattet. Auch hier habe ich sehr deutlich und auch umfassend geantwortet.

Was die „Rüttelleien“ – – Auch da wieder so eine Verniedlichung, genau wie in der letzten Innenausschusssitzung, in der ein paar Farbbeutel und ein paar Pyros ins Demonstrationsgeschehen „eingepreist“ waren, also gegen Beamte geworfene Pyrotechnik, 1.000 Grad heiß: „eingepreist“? – Ich will das heute nicht nochmals aufwärmen, aber die „Rüttelleien“ an Absperrgittern waren solche Rüttelleien, dass die Absperrgitter teilweise gar nicht mehr zu verwenden sind, so verbogen sind die. Die Einwirkungen auf diese Absperrgitter waren enorm, massiv. – Da lacht er verschmitzt in die Hand. „Rüttelleien“ sind etwas anderes als das, was hier stattgefunden hat.

Wie viele Verletzte insgesamt? – Ich weiß nicht, ob wir Ihnen diese Zahl derzeit liefern können. Wir haben Ihnen die Frage beantwortet. Ich glaube, wir haben sie umfassend beantwortet. Selbstverständlich liefern wir es gerne nach.

Die Frage, ob ein Abschnittseinsatzleiter vor Ort etwas mitgeteilt hat: Herr Münch, können Sie etwas zu der Frage sagen, die da eben gestellt worden ist, mit dem Abschnittseinsatzleiter? – Herr Dr. Thiel kann etwas dazu sagen – wenn er darf, Herr Vorsitzender.

PP **Dr. Thiel:** Danke, Herr Vorsitzender. – Nur ganz kurz: Das waren Planungen gewesen, wie die umgestellten Personen rausgeführt werden sollen. In der Gesamteinsatzleitung war



es die Überlegung, wie viele Öffnungen wir dort herstellen können. Möglicherweise ist der Abschnittseinsatzleiter von nur einer Öffnung ausgegangen. Dann war seine Aussage nicht ganz zutreffend. Aber – –

Minister **Boris Rhein**: Ansonsten würde ich gerne – aber das entscheiden natürlich Sie – zu den Antworten von SPD und GRÜNEN kommen.

(Abg. Nancy Faeser: Sagen Sie noch etwas zu Frau Müller und Herrn Diehl?)

– Bitte?

(Abg. Nancy Faeser: Was ist mit den Informationen durch Frau Müller und Herrn Diehl?)

– Das kommt noch, das kommt auch noch als Antwort auf eine Ihrer Fragen. – Die Information läuft bei uns – wie heißt das? – in einer Informationskette, am Ende dann immer bis zu mir. Bei mir ist das Ende der Informationskette.

**Vorsitzender**: Jetzt hat der Kollege Frömmrich eine Frage zur Geschäftsordnung.

Abg. **Jürgen Frömmrich**: Viele Fragen, die jetzt aufgeworfen worden sind, sind ganz konkret in unserem Dringlichen Berichtsantrag enthalten. Hier werden jetzt sozusagen die Fragen vorweggenommen, die in unserem Dringlichen Berichtsantrag stehen und die der Minister hier im Zusammenhang vortragen würde. Deswegen bitte ich darum, dass wir diesen Punkt jetzt abbrechen und den Dringlichen Berichtsantrag aufrufen und danach dann die Debatte in Gänze führen. Es ist nicht sinnvoll, jetzt dauernd Fragenkomplexe aus unserem Dringlichen Berichtsantrag herauszupuhlen und hier zur Beantwortung zu stellen. Deswegen bitte ich darum, und zur Not stimmen wir darüber ab.

**Vorsitzender**: Der Kollege Frömmrich hat einen Verfahrensvorschlag gemacht. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so und rufen auf:

## **Punkt 2:**

**Dringlicher Berichtsantrag  
der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend  
Blockupy – beunruhigende Beschränkung der Demonstrationsfreiheit  
– Drucks. [18/7505](#) –**

Minister **Boris Rhein**: Auch diese Fragen will ich gerne beantworten.

*I. Polizeistrategie:*

*Frage 1: Wie steht der Innenminister zur Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main?*

Die „Europäischen Aktionstage gegen den Kapitalismus“ – so heißt das – haben erneut Frankfurt am Main als Austragungsort gewählt. Nachdem öffentliche Medien, aber



auch verschiedene politisch Verantwortliche das Einsatzgeschehen am 01.06. in sehr kritischer Weise kommentierten, will ich Ihnen gerne auch hier in diesem ersten Punkt einen vorläufigen Überblick und einige Ausführungen zur Aufarbeitung des Einsatzgeschehens voranstellen.

Der erste Blockupy-Tag am 31. Mai war von Blockaden in der Innenstadt geprägt.

Es gab eine erste Welle. In dieser ersten Welle war die Europäische Zentralbank betroffen, deren Geschäftsbetrieb die Polizei aufrechterhalten konnte. Ich füge hinzu: durch einen umsichtigen Einsatz – so, wie es im Übrigen auch das Gesetz vorschreibt. Ich habe das vorhin vorgetragen.

Auf der Frankfurter Zeil – das ist die zweite Welle – drangen in dieser zweiten Welle Versammlungsteilnehmer in Geschäfte ein, blockierten Zugänge, begingen Sachbeschädigungen und störten die Betriebsabläufe. Viele Einzelhändler haben aus Sorge vor größeren Schäden zeitweilig den Betrieb eingestellt. Wir haben umfassende Mitteilungen von Geschäftsleuten, die sich im Anschluss an uns gewendet haben, beispielsweise von der Vereinigung „Zeil aktiv“, die sich um die Zeil-Anlieger kümmert. Die schreiben:

Hiermit möchten wir Ihnen zur Kenntnis bringen, dass die sogenannten Blockupy-Tage den Einzelhandel in Frankfurt extrem negativ beeinflusst haben. Die Umsatzeinbußen liegen, je nach Angaben der Geschäftsführer, zwischen 30 und 60 %. Insofern verfehlen die Blockupy-Anhänger völlig ihre Zielsetzung, was offensichtlich nicht im Bewusstsein ist.

Des Weiteren ist zu beklagen, dass die verursachten Sachbeschädigungen keinesfalls hinnehmbar sind. Die Schäden müssen nun behoben werden, was wiederum einen erheblichen Aufwand auslöst.

Aus Gründen befürchteter Repressalien wurden die Sachbeschädigungen wohl überwiegend gar nicht erst angezeigt, wie dem Verein zugetragen worden ist.

Trotz des kritisierten Polizeieinsatzes ist es nicht gelungen, das Eigentum vollends zu schützen: Aus Sicht der Zeil-Anlieger hätte der Polizeieinsatz deshalb eigentlich noch massiver sein müssen, denn es kann nicht sein, dass solche Straftaten hingenommen werden. Solche Arten von vermeintlichen Demonstrationen haben rein gar nichts mit verfassungsrechtlich geschützter Versammlungsfreiheit zu tun, denn offensichtlich können die Veranstalter nicht unterbinden, dass Gewalt ausübende Teilnehmer wohl gezielt anreisen, um Straftaten auszuüben. Auch diese Art des Vorgehens hat nichts mit Versammlungsfreiheit zu tun, denn hier erfolgten massive Eingriffe in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb, welcher ebenfalls unter das verfassungsrechtlich geschützte Eigentum fällt.

Schließlich ist es ein Unterschied, ob man auf Missstände hinweisen mag, oder ob man Einzelhandelsbetriebe gewollt in ihrem Betrieb stört. Aus Sicht des Vereins „Zeil aktiv“ sollten solche Veranstaltungen schon im Vorfeld verboten bzw. gegebenenfalls an den Stadtrand verlegt werden. Insoweit muss man sich die Konsequenzen vor Augen halten, wenn die Innenstadt weiter von solchen Veranstaltungen heimgesucht wird. Viele anständig arbeitende Bürgerinnen und Bürger werden von ihrer Tätigkeit ferngehalten, und Besucher kommen erst gar nicht – womit die Wirtschaft und der Ruf von Frankfurt entsprechend leiden.



Es ist ganz sicher, dass die Mehrheit der Frankfurter Bürger solche Veranstaltungen nicht wünscht.

Das ist nur ein Schreiben von „Zeil aktiv“, in dem über den 31. Mai berichtet wird.

Zahlreiche Hundertschaften haben dafür gesorgt, dass an diesem Tag Zugänge zu den Kaufhäusern gesichert worden sind. Da muss man wirklich sagen, dass man mit Besonnenheit und Ruhe einer wirklichen Überstrapazierung des Versammlungsrechts begegnet ist – zumal, und das muss man als Hintergrund wissen, seitens des betreffenden Bündnisses an diesem Tag keine einzige Demonstration im Innenstadtbereich angemeldet war.

Dann kam die dritte Welle. Das ist Demonstration am Frankfurter Flughafen. Wenn sie auch hoch emotionalisiert verlaufen ist, ist sie doch weitgehend friedlich verlaufen.

Das war der erste Versammlungstag. Trotzdem gab es an diesem ersten Tag auch deutliche Anzeichen dafür, dass es eine gravierende Gewaltbereitschaft gibt. Ich will beispielsweise den Versuch von entsprechendem Klientel erwähnen, einem Polizeibeamten in der Frankfurter Innenstadt die Waffe zu entreißen. Glücklicherweise konnte das vereitelt werden. Ich erwähne gezielte Angriffe mit Farbe auf Geschäfte. Ich erwähne gezielte Angriffe auf Polizeibeamte.

Damit kommen wir zu dem, was Herr Dr. Wilken eben angesprochen hat. Ich will auch die massiven Angriffe auf die technischen Absperrungen nicht unerwähnt lassen. Das sind Sachbeschädigungen in hohem Ausmaß und in Teilen sogar Demontage. „Rüttelleien“ hören sich nach meiner Beurteilung anders an.

An der Demonstration am Samstag haben nach Schätzungen der Polizei 6.000 Personen teilgenommen. Darunter befanden sich in einem sogenannten „antikapitalistischen Block“ mehr als 900 offensichtlich gewaltgeneigte und gewaltbereite Personen. In diesem Block war eine umfangreiche Vermummung von Personen aus der autonomen Szene feststellbar: mittels Sturmhauben, Tüchern, Sonnenbrillen und Kapuzenpullovern. Dazu kamen selbstgebastelte Plastikvisiere und das Anlegen von entsprechenden Schutzhandschuhen. Darüber hinaus wurde Schutz- und Passivbewaffnung angelegt. Ich will hier nicht nochmals auf die eigens dazu gefertigten Schutzschilde eingehen.

Das alles sind verbotene Gegenstände und deutliche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. Das alles sind natürlich auch Verstöße gegen die verfügbaren Auflagen der Stadt Frankfurt am Main.

Hinzu kommt das Zünden von Pyrotechnik. – In Frage 1 haben Sie mich nach der Beurteilung gefragt bzw. wie ich zum Demonstrationseinsatz stehe. Das alles ist dann in die Entscheidungsfindung des Einsatzleiters der Polizei eingeflossen. Dabei ging es darum, ca. 5.000 friedlich Demonstrierenden das Versammlungsgrundrecht zu gewährleisten. Deswegen war es zu diesem Zeitpunkt notwendig, dass es ein polizeiliches Einschreiten gegen die unfriedlichen Teilnehmer gegeben hat. Das war nahezu unausweichlich – um eben den friedlichen Demonstrationsteilnehmern das Versammlungsgrundrecht zu gewährleisten.

Das hat letztlich dazu geführt, dass mehr als 900 Personen einschließend abgesperrt worden sind, dass sie durchsucht worden sind und dass sie, nachdem die Personalien festgestellt worden sind, auch wieder entlassen worden sind.



Ich will sehr deutlich sagen: Nach meiner Einschätzung und gefragt, wie ich dazu stehe, hat dieser sogenannte „antikapitalistische Block“ das Versammlungsrecht instrumentalisiert. Ich finde, es ist zu einem massiven Missbrauch des Grundgesetzes gekommen. Es hat erhebliche gewaltorientierte Versuche gegeben, Aufmerksamkeit zu erregen, statt – wie es das Versammlungsrecht und das Grundgesetz vorsehen – friedlich und ohne Waffen seine Meinung zu äußern.

*Frage 2: Gab es eine polizeiliche Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013?*

- a) Was war das Ziel der polizeilichen Strategie für die Blockupy Demonstration am 1. Juni?*
- b) Wie war die polizeiliche Strategie für die Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 angelegt, um das Ziel zu erreichen?*
- c) Wer entwickelte die polizeiliche Strategie für die Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013?*

Die Entwicklung der strategischen Ausrichtung erfolgte durch die Abteilung Einsatz des Polizeipräsidiums Frankfurt. Im Vordergrund des Einsatzes stand die Gewährleistung der friedlichen Grundrechtsausübung im Rahmen der Meinungs- und der Versammlungsfreiheit. Daneben galt es, insbesondere Störungen, unfriedliche Aktionen sowie Ausschreitung frühzeitig zu erkennen, sie zu verhindern, zu unterbinden und Straftaten konsequent zu verfolgen sowie anlassbezogene Beeinträchtigungen Unbeteiligter auf ein unabdingbar notwendiges Maß zu beschränken.

Es gibt Leitlinien der Gesamteinsatzleitung. In diesen Leitlinien der Gesamteinsatzleitung ist unter anderem ausgeführt, dass sich die Polizei bei der Gewährleistung der Versammlungsfreiheit an dem hohen Stellenwert dieses Grundrechts orientiert, dass ihr Handeln von Unparteilichkeit bestimmt ist und von Kooperation sowie bei friedlichem Verlauf von deutlicher Zurückhaltung geprägt ist. Das heißt: Es gibt eine hohe Einschreitschwelle. Bei erheblichen Straftaten und Gefahren für Leib oder Leben ist bei niedriger Einschreitschwelle unter besonderer Beachtung des Differenzierungsgebots – also der Unterscheidung zwischen friedlichen, bloß verbal Radikalen einerseits und gewalttätigen militanten Beteiligten andererseits konsequent vorzugehen. Bei erkannten gewaltbereiten oder gewaltsuchenden Personengruppen, bei Blöcken ist mit starken polizeilichen Kräften offensiv zu agieren. Das ist Teil der Leitlinien der Gesamteinsatzleitung.

Es gibt einen dritten Punkt. Der heißt: Zum Erreichen des polizeilichen Einsatzziels wird ein sehr flexibles Eingangskonzept mit unterschiedlichen Einschreitschwellen zugrunde gelegt. Sowohl defensives Agieren mit ausgeprägter Kommunikations- und Deeskalationsbereitschaft zum polizeilichen Gegenüber als auch ein frühzeitiges, gezieltes, offensives und nachhaltiges Einschreiten gegen potenzielle Störer, Gewalttäter sind zur Zielerreichung erlässlich. – Das heißt: ein flexibles, differenzierendes Einsatzkonzept mit unterschiedlichen Einschreitschwellen liegt einem solchen Einsatz zugrunde.

- d) Auf welchen Gefahreneinschätzungen basierte die polizeiliche Strategie für die Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013?*

Das habe ich meines Erachtens schon dargestellt. Wenn sie einverstanden sind, muss ich das nicht alles nochmals vortragen. Das habe ich bereits bei der Beantwortung der Fragen der LINKEN dargestellt.



*e) Wer erstellte die polizeiliche Gefahrenlagenanalyse für den Umgang mit der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013?*

Die Vorbereitungen haben im Januar 2013 begonnen, bis unmittelbar vor Beginn dieser Aktionstage. Seitdem haben sich abgestimmt: das Polizeipräsidium Frankfurt, also die Kriminalinspektion 40, das ist der polizeiliche Staatsschutz; die Staatsschutzabteilung des Hessischen Landeskriminalamtes sowie das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz. Die haben sich fortwährend abgestimmt. Dabei wurden dann auch die Erkenntnisse aus anderen Bundesländern einbezogen.

*f) Welche Informationen über die anreisenden Demonstrantengruppen und deren Absichten lagen der Polizei vor, um die Einsatzstrategie für den 1. Juni 2013 festzulegen?*

Aus dem regelmäßigen Informationsaustausch der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern lagen frühzeitige Erkenntnisse im Hinblick auf beabsichtigte Anreisen von Linksextremisten, Linksautonomen aus Hessen, aus dem Bundesgebiet und aus dem Ausland vor. – Im Übrigen verweise ich auf das, was ich bereits zur Gefahrenprognose mitgeteilt habe.

*g) Lagen der Polizei vor Beginn der Demonstration vom 1. Juni 2013 auch Informationen darüber vor, dass einzelne Demonstrationsteilnehmer verbotene Gegenstände mit sich führen würden, und wie konkret waren diese Hinweise?*

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Gefahrenereinschätzung war von einem Mitführen verbotener Gegenstände auszugehen – was sich im Nachhinein auch bestätigt hat und am Vortag der Demonstration vom 1. Juni bereits im Zusammenhang mit zahlreichen gewalttätigen Übergriffen und Straftaten, insbesondere auch im Bereich der Zeil – darauf bin ich schon eingegangen – realisiert hat.

*Frage 3: Wurde bei der Einsatzplanung im Vorfeld der Demonstration am 1. Juni 2013 die Einkesselung von Demonstranten des sogenannten „Schwarzen Blocks“ besprochen und dann als konkrete Maßnahme beschlossen?*

Die Separierung von Gewalttätern und Störerklientel im Zusammenhang mit Versammlungen ist eine polizeitaktische Einsatzvariante. Es handelt sich dabei um eine polizeiliche Standardmaßnahme, die bei vergleichbaren Lageereignissen immer auch Teil der taktischen Grundkonzeption ist. Auch für die Demonstration am 01.06. wurde diese Möglichkeit in die Überlegungen mit einbezogen. Trotzdem weise ich darauf hin: Eine konkrete Maßnahme dieser Art ist weder geplant noch beschlossen worden.

*Frage 4: Wer war an dieser Einsatzplanung beteiligt?*

An diesen Überlegungen waren neben dem Polizeiführer und seinen Mitarbeitern im Stab die jeweiligen Einsatzabschnitte beteiligt.

*Frage 5: Wer aus dem Landespolizeipräsidium und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wurde über diese konkrete Einsatzplanung informiert?*

Eine Information von Vertretern aus dem Landespolizeipräsidium bzw. dem Innenministerium erfolgte nicht.



*Frage 6: Waren der Innenminister, der Staatssekretär, die Leitung des Landespolizeipräsidiums oder andere Mitarbeiter des Landespolizeipräsidiums sowie der Frankfurter Polizeipräsident oder seine Vertretung in die Entwicklung der polizeilichen Strategie für die Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 eingebunden, oder wurden die Genannten darüber informiert?*

Die Behördenleitung des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main wurde fortlaufend unterrichtet. Am 11.03.2013 und am 19.04.2013 gab es die Besprechungen von Herrn LPP Münch – über die ich bereits berichtet habe –, unter anderem auch mit Blick auf die anstehende Großlage in Frankfurt. Am 16.05.2013 erfolgte durch die Gesamteinsatzleitung ein Lagevortrag im Landespolizeipräsidium, unter Teilnahme des Inspektors der Polizei Diehl. Am 27.05.2013 wurde ich im Polizeipräsidium Frankfurt im Beisein des Polizeipräsidenten Dr. Thiel über die polizeiliche Lage unterrichtet.

Darüber hinaus finden im Innenministerium regelmäßig Besprechungen zur Sicherheitslage, auch mit dem Minister und der Hausspitze, statt. Die Einsatzlage war wiederholt Gegenstand der Erörterung in den verschiedensten Stationen.

*a) Wenn ja: wie?*

*b) Wenn ja: wann?*

*c) Wenn nein: Wer sonst aus dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport war eingebunden?*

Das Letzte entfällt. – Meines Erachtens habe ich eben alles beantwortet.

*Frage 7: Wurde die Polizeistrategie mit der Stadt Frankfurt am Main im Vorfeld abgestimmt?*

*a) Wenn ja, wann, durch wen und mit wem?*

*b) Wenn nein, warum nicht?*

Der Polizeipräsident Dr. Thiel und der Gesamteinsatzleiter unterrichteten am 29. Mai Herrn Oberbürgermeister Feldmann und Herrn Stadtrat Frank über Erkenntnisse und Strategie. – Die Frage b) entfällt.

*Frage 8: Zu welchem Ergebnis kam die im Vorfeld durchgeführte Gefahrenanalyse und wurden über die durchgeführte Einkesselung auch weitere Handlungsoptionen im Vorfeld der Demonstration besprochen?*

Die Gefahrenanalyse erfolgte dynamisch und fortlaufend anhand aktueller Erkenntnisse. – Im Übrigen verweise ich auf das, was ich schon zur Gefahrenprognose und -analyse gesagt habe.

*a) Wenn es weitere Handlungsoptionen gegeben hat, welche waren dies?*

Im Hinblick auf die gesamte Aufzugsstrecke wurden im Vorfeld mehrere Handlungsoptionen besprochen, die sich jeweils am zu erwartenden Verhalten der Demonstrationsteilnehmer orientieren.



*b) Wie wurden die bestehenden Handlungsoptionen vor der Einkesselung am 1. Juni 2013 gegeneinander abgewogen?*

Selbstverständlich wurden alternative Einsatzvarianten geprüft.

*c) Warum wurde statt der durchgeführten Einkesselung keine andere Handlungsoption umgesetzt?*

Infrage kämen natürlich – darüber haben wir auch schon diskutiert, und danach haben Sie auch schon gefragt – die bloße Beibehaltung der Seitenbegleitung oder eben auch – ich nenne das einmal so – das Herausnehmen Einzelner aus diesem Block. Dazu will ich nur sagen, dass die bloße Beibehaltung der Seitenbegleitung zur Zielerreichung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr ausreichend gewesen ist. Das gezielte Vorgehen gegen Einzeldemonstranten war aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten nicht mehr möglich. Im Übrigen hätte das auch zu einer vorhersehbaren Lageeskalation geführt.

Die einschließende Absperrung war dann aufgrund der massiven Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, wegen der drastischen Vermummung und auch wegen der massiven Schutzbewaffnung am Ende eine Ultima-Ratio-Entscheidung, um die friedliche Wahrnehmung des Demonstrationsrechts für die restlichen Teilnehmer, möglichst aber für alle Teilnehmer, im Rahmen der angemeldeten Versammlung zu gewährleisten.

*d) Welche Bedeutung hatte bei der Entscheidungsfindung die Tatsache, dass die Streckenführung des Demonstrationzuges im Vorfeld von der Polizeiführung „abgeschritten“ und örtliche Einsatzmöglichkeiten geprüft worden waren?*

Die intensive Befassung mit örtlichen Gegebenheiten in einem Einsatzraum ist von wesentlicher Bedeutung für die polizeiliche Einsatzplanung.

*e) An welchen Stellen hätte es noch die Möglichkeit gegeben, den Demonstrationzug zu stoppen, um zu veranlassen, dass verbotene Gegenstände, die mitgeführt worden waren, abgelegt werden?*

Die Möglichkeit einer entsprechenden polizeilichen Intervention war an verschiedenen Stellen der Demonstrationsstrecke gegeben. Im Übrigen will ich auf das hinweisen, was ich bereits zur Frage 8 b) und c) zum Thema Seitenbegleitung und dem gezielten Vorgehen gegen einzelne Demonstrationsteilnehmer gesagt habe.

*f) Wer war in den Entscheidungsprozess zur Festlegung der Handlungsoptionen zu welchem Zeitpunkt eingebunden?*

Die Entscheidung wurde von dem Polizeiführer nach Beratung mit seinen Mitarbeitern in der Befehlsstelle getroffen.

*Frage 9: Welche Rolle spielten die kapitalismuskritische Demonstration vom 31. März 2012 und die Blockupy-Demonstration 2012 in Frankfurt am Main bei der Erstellung der polizeilichen Strategie und Gefahreneinschätzung?*

Dazu kann ich antworten, dass jede Lage einer individuellen Beurteilung bedarf und dass natürlich auch in eine solche Beurteilung Erkenntnisse aus den vorangegangenen und vergangenen Lagen in eine aktuelle Beurteilung mit einfließen und dass von besonderer Bedeutung bei einer solchen Lagebeurteilung für Blockupy 2013 die Tatsache



war, dass von Anfang an Gewaltorientierte und Militante um das ganze Bündnis eine aktive und richtungsweisende Rolle gespielt hat, die anlässlich von M 31 im Jahre 2012 auch für gewalttätige Aktionen verantwortlich gewesen sind.

*Frage 10: Sieht der Innenminister einen Zusammenhang zwischen der kapitalismuskritischen Demonstration vom 31. März 2012 und der Blockupy Demonstration 2013 in Frankfurt am Main?*

Auch da sage ich noch einmal: Jede Demonstration muss individuell im konkreten Einzelfall beurteilt werden. Natürlich kann man Erkenntnisse aus vorangegangenen Lagen einbeziehen. Aber das ist ein dynamischer Prozess. Insoweit ist jede Demonstration für sich zu bewerten.

*Wenn ja: welchen?*

Ich kann auf das verweisen, was ich gesagt habe.

*Frage 11: In welcher Weise wurde der Innenminister über den Verlauf der Demonstration und die polizeilichen Maßnahmen fortlaufend in Kenntnis gesetzt?*

Ich wurde per SMS des Lagezentrums der Hessischen Landesregierung über den Verlauf der Demonstration in Kenntnis gesetzt und erspare Ihnen jetzt, die noch einmal alle vorzulesen.

*a) Von wem erhielt er die einzelnen SMS-Mitteilungen?*

Die SMS wurden vom Lagezentrum der Hessischen Landesregierung versendet.

*b) Welchen Inhalt hatten diese Mitteilungen?*

Das habe ich vorgelesen.

*c) In welchem Umfang hielt er am 1. Juni 2013 über die erhaltenen SMS hinaus Kontakt zu StS Koch, der Leitung des LPP oder des PP?*

Es fanden keine entsprechenden Kontakte statt.

*Frage 12: Weshalb hatte der Innenminister keine Sorge, dass das Demonstrationsrecht durch die Einkesselung und die zeitlichen Abläufe über die Maßen beschränkt würde?*

Es bestand die Option, Gegenstände abzulegen. Es bestand die Option, den Bereich unkontrolliert zu verlassen. Es bestand die Option, den Bereich ohne jegliche Identitätsfeststellung zu verlassen. Und es bestand die Option, weiterhin das Demonstrationsgrundrecht wahrzunehmen. Im Übrigen war für den nicht eingeschlossenen Teil im vorderen Bereich die Demonstrationsstrecke frei und begehbar. Und für den nachfolgenden Teil der Demonstrationsstrecke, also für diesen hinteren Bereich, sollte der über eine Querstraße auf die Ursprungsrouten zurückgeführt werden. Ich bin eben schon darauf eingegangen, dass das ein Umweg von 150 m gewesen wäre. Die entsprechenden Angebote sind mehrfach unterbreitet worden. Die Angebote wurden allesamt nicht angenommen. Am Ende wurde auf die Fortsetzung des Aufzugs verzichtet.



*Frage 13: Wurden die polizeilichen Maßnahmen während der Demonstration, insbesondere die Einkesselung mit der Stadt Frankfurt am Main abgestimmt?*

Zur Ansprache des Versammlungsleiters, also des Herrn R. – ich bin eingangs umfangreich darauf eingegangen –, hinsichtlich der Wahrnehmung seiner Pflichten habe ich habe von Obliegenheitsverstößen gesprochen, wenn der Kontakt einfach weggedrückt wird, kann man das tun. Die Separierung der Personengruppe, aus der sowohl Straftaten als auch Auflagenverstöße begangen worden sind, die erneute Ansprache des Versammlungsleiters und die sich anschließende Verhandlungsphase sowie der formale Ausschluss der separierten Teilnehmer ist in enger Abstimmung mit den Vertretern der Versammlungsbehörde der Stadt Frankfurt erfolgt, die beide in der Befehlsstelle des Polizeipräsidiums anwesend waren. Es gibt einen klaren Sitzplan für eine solche Befehlsstelle, in dem aufgeführt ist, wo wer sitzt. Es gibt einen Platz, der für die Versammlungsbehörde fest vorgesehen ist, d. h. also, die Versammlungsbehörde ist in der Befehlsstelle zu allen Zeitpunkten anwesend und entsprechend vertreten.

Das gilt auch für das ehemalige Angebot der Fortsetzung des Demonstrationszuges auf die angemeldeten Strecken. Das gilt für die Alternativangebote in der Folge, die zum Teil im direkten Kontakt zwischen den Vertretern der Versammlungsbehörde, als der Stadt Frankfurt am Main, und dem Versammlungsleiter bzw. dessen Bevollmächtigten, der Rechtsanwältin V., erörtert worden sind. Es gab also auch direkten Kontakt zwischen der Stadt Frankfurt als Versammlungsbehörde und Herrn R., dem Versammlungsleiter. Um 20:20 Uhr hat die Versammlungsbehörde, die Stadt Frankfurt, formal das Ende der Versammlung festgestellt.

- a) Wenn ja, durch wen und mit wem?
- b) Wenn ja, wann und wie häufig?
- c) Wenn nein, warum nicht?

Das habe ich meines Erachtens damit beantwortet.

*Frage 14: Welche polizeilichen Deeskalationsmaßnahmen wurden geplant und vorgenommen?*

Im Vorfeld wurden durch die Versammlungsbehörde unter Einbindung der Polizei mehrere Kooperationsgespräche mit dem Versammlungsleiter geführt. Dem Versammlungsleiter wurde bereits um 12:54 Uhr die Möglichkeit der Fortführung des Demonstrationszuges eröffnet. Es wurde ihm polizeiliche Unterstützung zugesichert. Das ist in der Folge mehrfach wiederholt worden. Alle Angebote sind dann durch den Versammlungsleiter abgelehnt worden. Das ist dann auch über den Lautsprecherwagen aus der Versammlung so heraus kommuniziert worden.

Während des Einsatzes hat sich ein Verbindungsbeamter der Polizei direkt beim Versammlungsleiter befunden. Er hat sich insbesondere deswegen bei ihm befunden, um beiderseitige Erwartungen, aber auch daraus resultierende Maßnahmen für eine solche Demonstration sofort miteinander kommunizieren zu können. Im Gesamtzusammenhang ist über einen längeren Zeitraum das weitere Vorgehen mit dem Versammlungsleiter verhandelt worden. Darüber hinaus war ein eigener Einsatzabschnitt „Taktische Kommunikation“ eingerichtet. Es wurde auch mehrfach angeboten, dass die Umschlossenen an dem weiteren Aufzug ohne Identitätsfeststellung teilnehmen können, wenn sie alle verbotenen Gegenstände abgelegt und wenn sie eine polizeiliche Durchlassstelle



passiert haben. Das war der Grund dafür, dass die Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit für alle Beteiligten ermöglicht werden sollte. Da am Ende das Passieren einer solchen Durchlassstelle abgelehnt worden ist, ist aufgrund der vorliegenden Straftaten und der Auflagenverstöße die Identitätsfeststellung bei allen Personen erfolgt.

*Welche Rolle spielten die sogenannten Kommunikatoren der Polizei und wie wurden sie am 1. Juni 2013 eingesetzt?*

Sowohl taktische Lautsprechertrupps als auch Kommunikatoren waren vor Ort im Einsatz. Da es aber eine lautstarke Gegenbeschallung seitens der Demonstrationsteilnehmer gegeben hat, konnten die Kommunikatoren, aber auch die taktischen Lautsprechertrupps nicht bzw. kaum auf die Teilnehmer einwirken. Im Grunde genommen war also gar kein Interesse an der Zusammenarbeit mit den Kommunikatoren, weil sie lautstark gegenbeschallt worden sind. Im unmittelbaren Brennpunktbereich – Hofstraße, Neue Mainzer Straße, Untermainanlage – waren vier taktische Lautsprechertrupps unterwegs und vier Kommunikatorenteams eingesetzt. Aufgrund des Einsatzes von Pyrotechnik und aufgrund von heftigen Verbalattacken gegen die Kommunikatoren wurde seitens der Einsatzabschnittsleitung deren Rückzug verfügt. Das ist das, was wir eben miteinander besprochen haben. Die Kommunikatoren haben sich dann in den Bereich außerhalb der Wurfweite zurückgezogen und setzten ihren taktischen Schwerpunktbereich in den vorderen und in den hinteren Teil des Demonstrationszuges.

*Frage 15: Begrüßt der Innenminister die Ankündigung der Veranstalter, auch 2014 eine Blockupy Demonstration in Frankfurt am Main durchzuführen?*

Ich sage dazu, dass jeder, der friedlich und ohne Waffen demonstriert, in Hessen willkommen ist.

*Frage 16: Wie schätzt der Innenminister die Auswirkungen des polizeilichen Umgangs mit der Blockupy Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main für die geplante Blockupy Demonstration 2014 ein?*

Sollte eine solche Veranstaltung zur Anmeldung gelangen, dann kann ich nur darauf hoffen, dass es den Veranstaltern gelingen wird, potenzielle Gewalttäter und Gewalttouristen von vornherein auszugrenzen oder, wenn das nicht gelingt, diese für eine friedliche und gewaltfreie Ausrichtung des Versammlungsgeschehens zu gewinnen. Gleichmaßen erwarte ich, dass die nicht Geneigten der Demonstration aus dem Jahre 2013 erkennen, dass das polizeiliche Handeln immer darauf angelegt gewesen ist, das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Versammlungsfreiheit zu schützen und zu gewährleisten.

*a) Geht der Innenminister von einem Abschreckungseffekt gegenüber den Blockupy-Demonstranten aus?*

Polizeiliches Handeln ist nie auf einen Abschreckungseffekt ausgerichtet. Nichtsdestotrotz – das will ich sehr deutlich sagen – wird strafbares Handeln in Hessen konsequent geahndet. Ich will es so herum formulieren: Die Frage – wenn ich mir das erlauben darf, auch wenn ich jetzt wahrscheinlich wieder Ärger deswegen bekomme – insinuiert aber einen falschen Ansatz, weil es nicht um Abschreckung geht. Das will ich deutlich hervorheben. Es geht darum, am Ende strafbares Handeln zu ahnden und, wenn unfriedliche Teilnehmer an einer Demonstration sind, sie auszuschließen, damit den friedlichen Teilnehmern die Demonstration ermöglicht wird.



*b) Erwartet der Innenminister angesichts des massiven Einsatzes unmittelbaren Zwangs bei der Blockupy Demonstration 2013 eine Radikalisierung der Blockupy-Demonstranten in 2014?*

Meine Antwort dazu lautet: nein, weil hier Ursache und Wirkung nicht auseinander gehalten werden.

*Frage 17: Auf welche Weise wurde StS Koch – unabhängig von SMS-Nachrichten – über die Vorgänge am 1. Juni 2013 informiert?*

Über die entsprechenden Nachrichten hinaus gab es keine weiteren Informationen.

*a) In welchem Umfang wurden er oder die Leitung des LPP über die jeweils beabsichtigten polizeilichen Maßnahmen informiert?*

Weder der Staatssekretär noch die Leitung des LPP wurden über beabsichtigte Maßnahmen informiert. Darüber hinaus will ich auf das verweisen, was ich bereits auf die Frage 11 geantwortet habe.

*b) Was wurde zwischen StS Koch und den Vertretern des LPP am 1. Juni 2013 in Bezug auf das polizeiliche Vorgehen erörtert und was wurde veranlasst?*

Ein Kontakt hat weder zwischen Herrn LPP Münch noch Mitarbeitern der Abteilung LPP und Herrn StS Koch stattgefunden.

*Frage 18: War der Staatssekretär am Tag der Demonstration im Lagezentrum des HMdLuS zugegen?*

Nein.

*Frage 19: War der Sprecher des Ministeriums K. in der Frankfurter Einsatzzentrale oder im Umfeld des Polizeieinsatzes anwesend?*

Nein.

*Frage 20: Ab wann war der Sprecher des Ministeriums K. in der Frankfurter Einsatzzentrale oder im Umfeld des Polizeieinsatzes anwesend?*

Der Sprecher K. war zu keiner Zeit in der Frankfurter Einsatzzentrale – damit ist die Befehlsstelle gemeint – zugegen. Er war gegen 11 Uhr in der Frankfurter Innenstadt unterwegs.

## *II. Übergriffe auf die Polizei und Verletzung des Demonstrationsrechts:*

*Frage 1: Nach dem Polizeibericht wurde eine Polizistin von einem Pflasterstein getroffen und ein Polizist durch einen gezielten Schlag mit einem unbekannten Gegenstand in den Unterleib verletzt.*

*a) Trifft es zu, dass der Angriff gegen den Polizisten mit einem Schraubenzieher ausgeführt wurde?*

Beide Sachverhalte sind polizeilich bekannt. Die Ermittlungen hierzu dauern an. Wie das immer ist, wenn Ermittlungen andauern, stehen die Auskünfte unter dem Vorbehalt der zuständigen Justizbehörde.



- b) Falls nein: ist bekannt, mit welcher Waffe der Angriff ausgeführt wurde?*
- c) Wurden die Täter ermittelt?*
- d) Wann und bei welcher Gelegenheit wurden die Taten ausgeführt?*

Das ergibt sich aus meiner Antwort zu a).

*Frage 2: Im Innenausschuss wurde berichtet, Polizisten wären von Demonstranten mit Latten/Stangen angegriffen worden.*

- a) Wie liefen diese Angriffe ab?*

Es erfolgten Schläge bzw. Stiche mit Stangen/Latten gegen die eingesetzten Kräfte. Die Ermittlungen hierzu dauern an, insbesondere vor dem Hintergrund der noch zu sichten- den umfangreichen Videodokumentationen.

- b) Wurden dabei Polizisten mit Latten/Stangen tatsächlich geschlagen?*

Wenn man sich die Bilder anschaut,

(Redner hält Bildmaterial hoch.)

kann man sehr deutlich sehen, dass eindeutig Latten und Stangen gegen Polizeibeamte geführt werden, dass mit Latten und entsprechenden Stangen gegen Polizeibeamte geschlagen wird. Das Gleiche ergibt sich beispielsweise auch hier aus diesem Bild. Auch hier wird massiv mit Stangen gegen Polizeibeamte geschlagen und gestoßen. Das Gleiche ergibt sich aus folgendem Bild. Auch hier kann man deutlich sehen, dass die entsprechenden Stangen gegen Polizeibeamte gerichtet sind und versucht wird, mit diesen Stangen Polizeibeamte zu attackieren.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus)

– Herr Schaus, aber verstehen Sie, im Augenblick bin ich dran. – Es wurden tatsächlich Polizisten mit Latten/Stangen geschlagen. Dazu kann ich mich auf das beziehen, was ich eben gesagt habe.

- c) Wann und wo?*

Auch da beziehe ich mich auf das, was ich gesagt habe.

- d) Wurden die Täter festgestellt?*

*Falls nein: warum nicht?*

Auch da kann ich nur sagen: Die Ermittlungen laufen und die entsprechenden Identifizierungen werden durchgeführt.

*Frage 3: Die Polizei berichtet, dass aus der Demonstration Pyrotechnik gezündet worden sei.*

- a) Wie viele Fälle des Zündens von Pyrotechnik aus dem Demonstrationszug vor dessen Teileinkesselung gab es?*

Es kam zum wiederholten Zünden von Pyrotechnik.



*b) Welche Art Pyrotechnik wurde gezündet?*

Die Ermittlungen hierzu dauern noch an. – Herr Schaus, wenn Sie die Bilder und das abgebrannte Material sehen, was gegen Polizisten geschleudert worden ist, ist es sehr verniedlichend, von zwei Mal zu sprechen. 1.000° C heiße Fackeln, die gegen Polizisten geschleudert werden, sollte man nicht verniedlichen. Ich sage noch einmal: schon gar nicht der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linkspartei.

(Abg. Hermann Schaus: Ich habe es gesehen!)

*c) Wie wurde festgestellt, welche Art Pyrotechnik gezündet wurde?*

Auch da kann ich nur sagen: Die Ermittlungen dauern an.

*d) Wurde Pyrotechnik gezielt auf Polizisten abgefeuert?*

Es gibt ein klares Ja als Antwort.

*e) Wohin wurde die Pyrotechnik abgefeuert, geworfen oder sonst zur Explosion gebracht?*

Ausweislich der verschiedenen Berichte von eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wurden sie mit Pyrotechnik beworfen.

*f) Wann und wo wurde die Pyrotechnik gezündet?*

Das Zünden von Pyrotechnik erfolgte sowohl aus dem Demonstrationszug heraus, innerhalb der Absperrung und auch außerhalb.

*g) Von wem wurde die Pyrotechnik gezündet?*

Das bedarf der weiteren Ermittlungen. Aber man muss wissen, dass gerade das der Sinn des Vermummungsverbotes ist, am Ende heraus ermitteln zu können und durch entsprechende Videografien oder Bilder Täter überführen zu können. Wenn die sich aber in großen Mengen durch Schirme abschirmen – sozusagen als Dach durch Seitenschilder – und den Einblick verhindern oder Sturmmasken und Sonnenbrillen darüber ziehen, dann ist das unheimlich schwierig, entsprechende Täter zu ermitteln, weil man sie nicht identifizieren kann. Insoweit hat das Vermummungsverbot durchaus seinen Sinn und muss auch durchgesetzt werden.

*h) Bestand aufgrund der gezündeten Pyrotechnik eine unmittelbare Gefahr für die eingesetzten Polizeibeamten vor Ort, unbeteiligte Dritte oder dass Gebäude bzw. Sachen beschädigt worden wären?*

Auch hier ein klares Ja. Der Einsatz von pyrotechnischen Gegenständen birgt erhebliche und zum Teil völlig unkalkulierbare Gefahren und Risiken für alle Beteiligten, für Sammlungsteilnehmer, für die Sicherheitskräfte, für die Rettungskräfte, weil beim Brand Temperaturen von über 1.000 Grad entstehen. Es gibt insbesondere – das ist das Schlimme an diesen Dingen – wenige Möglichkeiten, jedenfalls mit Wasser, diese Pyrotechnik zu löschen. Insoweit kommt es, wenn sie gegen Menschen geschleudert werden, zu schwersten Brandverletzungen. Deswegen kann man nicht einfach verniedlichen und von eins, zwei oder drei oder von wie vielen auch immer sprechen, die geschleudert werden. Die intensive Rauchentwicklung führt zu erheblichen Atemwegs-



reizungen und auch zu Rauchgasverletzungen bei einer Vielzahl von Personen. Jeder, der das erlebt hat, insbesondere in dem Polizeieinsatz, weiß, wovon ich spreche.

*aa) Wenn ja, warum?*

Pyrotechnik wurde auf Polizeibeamte geworfen und hat Polizeibeamte auch entsprechend verletzt.

*bb) Wenn nein, warum nicht?*

Das entfällt nach meiner Betrachtung.

*Frage 4: Nach der Beendigung der Demonstration wurde von der Polizei weitere Pyrotechnik gefunden.*

*a) Wie viel Stück welcher Art Pyrotechnik wurden nach Beendigung der Demonstration gefunden?*

Im Bereich der anschließenden Absperrung konnten 39 pyrotechnische Gegenstände aufgefunden und sichergestellt werden. Es handelte sich um Bengalofackeln. Es handelte sich um Rauchtöpfe. Es handelte sich um Rauchkörper, um Polen-Böllern, um Colour Salute – ich kenne sie auch nicht; was das ist, können wir vielleicht später erklären –, um eine polnische Bombe. Die polnische Kugel ist das, was ich Ihnen beim letzten Mal gezeigt habe. Sie haben eine erhebliche Sprengwirkung. Insbesondere liegen, weil es keine Zulassungen für diese Gegenstände gab, Verstöße gegen das Sprengstoffgesetz vor. Auch hier dauern die Ermittlungen noch an. Es gibt umfangreiche Beweismittel, die derzeit noch ausgewertet werden, was also nicht abgeschlossen ist.

*b) Wo und bei wem wurde die Pyrotechnik nach Beendigung der Demonstration gefunden?*

Da kann ich auf das verweisen, was ich eben gesagt habe.

*c) Bei wie vielen Personen wurde Pyrotechnik gefunden?*

Die aufgefundene Pyrotechnik war im abgesperrten Bereich abgelegt. Hinsichtlich der Zuordnung gibt es noch weitere Ermittlungen.

*Frage 5: Bei den Einkesselten wurden von der Polizei Gegenstände beschlagnahmt.*

*a) Um welche Gegenstände in jeweils welcher Anzahl handelte es sich genau?*

Innerhalb der einschließenden Absperrung wurden insgesamt 65 Schutzschilde aufgefunden, also Schilde, die aus scharfkantigem Hartplastik mit innenliegendem Styropor als Schlagschutz und mit Schlauchgummis als Halteschlaufen bestehen, also eine sogenannte Passivbewaffnung. Darüber hinaus wurde weitere Passivbewaffnung aufgefunden, z. B. in Form von Schutzhandschuhen, aber auch in Form von Schienbeinschonern. Weiterhin wurden zahlreiche Fahnen, Transparente, Fahnenstangen, Latten, Bekleidung zur Vermummung, unter anderem Sturmhauben, Halstücher und Mützen aufgefunden. Verschiedene mit Farben gefüllte Gegenstände wurden aufgefunden, diverse Glasflaschen, Weihnachtskugeln mit Farbe und anderen Tinkturen gefüllt. Auch entsprechend gefüllte Glühbirnen und natürlich auch Taschen zum Transport der genann-



ten Gegenstände wurden aufgefunden. Alles ist sichergestellt worden. Auch hier dauern die Ermittlungen noch an, weil das eine sehr umfangreiche Auswertung des Beweismaterials erfordert.

*b) Wurden solche Gegenstände zur Gewaltanwendung insbesondere gegen Polizisten eingesetzt?*

Ja.

*c) Wenn ja: welche, wie und wie oft bei welchen Gelegenheiten genau?*

Auch da habe ich Ihnen eben die entsprechenden Bilder gezeigt. Latten und Stangen wurden gezielt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte eingesetzt. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden gezielt mit Glasflaschen und mit Farbe gefüllten Gegenständen beworfen. Auch hier dauern die weiteren Ermittlungen an.

*d) Durch wen?*

Das habe ich eben zu c) beantwortet.

*e) Wie viele der eingekesselten Personen, bei denen solche Gegenstände gefunden wurden, waren erkennungsdienstlich bereits erfasst oder sonst einschlägig bekannt?*

Auch dazu kann ich Ihnen im Augenblick nur sagen, dass die Ermittlungen andauern.

*Frage 6: Lagen der Polizei Erkenntnisse darüber vor, dass sich innerhalb des eingekesselten Demonstrationsbereichs auch Teilnehmer befanden, die nicht verummumt gewesen sind und denen auch keine verbotenen Gegenstände zugerechnet werden konnten?*

Die Antwort dazu ist, dass eine weitergehende Differenzierung innerhalb der eingeschlossenen Gruppe aufgrund ihres Auftretens und Verhaltens nicht möglich gewesen ist. Ich habe das eben geschildert. Durch das gezielte Einsetzen der Regenschirme und durch das gezielte Einsetzen der Schutzschilde als flächendeckender Sichtschutz nach oben und auch zu den Seiten als geschlossene Formation sowie aufgrund der massiven Vermummung war die in der Fragestellung erwünschte Differenzierung faktisch nicht möglich. Die Bilder kennen Sie. Die muss ich nicht noch alle einmal zeigen.

*Wenn ja, welche Bedeutung hatte dies für die Polizei bei der Planung und Durchführung ihrer Maßnahmen?*

Auch das ist damit beantwortet.

### *III. Polizeieingriffe:*

*Frage 1: Weshalb wurde nicht bereits vor Beginn der Demonstration unmittelbar nach der Feststellung, dass verbotene Gegenstände mitgeführt wurden und sich einzelne Demonstranten verummumt hatten, darauf hingewirkt, dass diese Gegenstände niedergelegt und die Vermummung abgelegt wurde?*

Hierzu habe ich bereits umfangreich im Zusammenhang mit dem Berichtsantrag der Linkspartei geantwortet. Ich will aber wiederholen, dass bereits vor Aufzugsbeginn bei entsprechenden polizeilichen Feststellungen jeweils umgehend Kontaktaufnahmen mit



dem Versammlungsleiter erfolgt sind, um das Mitführen von entsprechend verbotenen Gegenständen bzw. auch die Vermummung von Personen zu unterbinden. Ich habe auch schon ausgeführt, dass zu diesem Zeitpunkt polizeilicherweise eine Einflussnahme des Versammlungsleiters auf die Demonstranten noch zu unterstellen war, zumal es sich im Übrigen auch um eine eigene gesetzliche Verpflichtung des Versammlungsleiters handelt. Es ist im Grunde genommen seine prioritäre und seine erste Aufgabe, das zu machen, und es ist erst in zweiter Linie Aufgabe der Polizei, zu agieren. Ansonsten verstößt er gegen das Versammlungsrecht. Im Übrigen verdeutlicht – ich habe das eben schon einmal dargelegt – dieses Vorgehen der Polizeiführung, dass man gerade einer Pflicht zur versammlungsfreundlichen Verfahrensgestaltung nachgekommen ist und dass man intensiv auf Kooperation gesetzt hat.

*Frage 2: Weshalb wurde nicht unmittelbar nach der Feststellungen der Störungen durch Pyrotechnik u.a. an Ort und Stelle eingegriffen, um diese Störungen zu unterbinden?*

Darauf bin ich teilweise schon eingegangen. Eine sofortige polizeiliche Intervention unmittelbar nach der Feststellung der Störungen war aus den erwähnten polizeitaktischen Gründen und der zu erwartenden vollständigen Eskalation nicht möglich. Auch das Vorgehen gegen Einzelne im Block hätte erfahrungsgemäß zu weiteren Eskalationen geführt. Aus diesem Grund war in dieser Situation ein sofortiger Zugriff nicht angezeigt.

*Frage 3: Weshalb wurde die polizeiliche Einkesselung eines Demonstrationsteils an exakt dieser Stelle vorgenommen?*

Darauf habe ich zur Frage der Polizeistrategie schon geantwortet. Das ist die Antwort zu Frage 8 b).

*Frage 4: Aus welchen Tatsachen genau leitet die Landesregierung die Einschätzung her, dass die eingekesselte Gruppe in ihrer Gesamtheit Straftaten und/oder Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begehen werde?*

Nach Erkenntnissen des Polizeipräsidiums Frankfurt wurde bereits in der Ansammlungsphase eine größere Personengruppe festgestellt, die sich rund um den Lautsprecherwagen sammelte. Teile der Gruppe ließen durch ihr Verhalten eindeutige Rückschlüsse auf eine Zugehörigkeit zur autonomen Szene zu. Zu diesem Zeitpunkt wurden selbstgefertigte Schilde – ich habe das bereits dargestellt – vor dem Lautsprecherwagen abgeladen, die die ungefähre Größe von Schilden der Polizei haben. Diese Schilde waren nach erster Einschätzung dazu geeignet, in der Versammlung als Schutzwaffen zur Abwehr von Vollstreckungsmaßnahmen eingesetzt zu werden. Diesbezüglich erfolgte eine Ansprache des Versammlungsleiters.

Als sich der Aufzug in Bewegung gesetzt hatte, formierte sich die größere Personengruppe in zwei Blöcke. Die Personen des ersten Blocks waren bunt gekleidet und führten Wechselkleidung am Gürtel und in Beuteln mit sich. Sie hoben sich von den sonstigen Versammlungsteilnehmern durch aufgesetzte Kapuzen und Sonnenbrillen ab. Der Block wurde durch Transparente gesäumt, die in U-Form um den Block verliefen und mit Seilen und Fahnenstangen miteinander verbunden waren. Die oben genannten Schilde wurden an der rechten und an der linken Außenseite des Blocks mitgeführt. Einige Personen trugen selbstgefertigte Plastikvisiere, die über das ganze Gesicht getragen wurden. Mitgeführte bemalte Regenschirme wurden geöffnet und dienten offensichtlich als Sichtschutz nach oben. Durch die Kombination aus Kleidung, Schirmen und Transparenten wurde die Feststellung der Identität verhindert bzw. erschwert.



Der zweite Block war durchgehend schwarz gekleidet. Diese Personen trugen zum Teil Sturmhauben, Tücher, die das Gesicht abdeckten, und Sonnenbrillen. Auch hier wurden Plastikvisiere getragen. Bereits zu Beginn des Aufzuges wurden aus dem ersten Block heraus ein grüner Rauchtopf, ein bengalisches Feuer und Böller gezündet. Auch unter Berücksichtigung der Erfahrung vergleichbarer Einsatzlagen waren insbesondere die beteiligten Gruppierungen, die gewählte Blockbildung, Formation in Kombination mit den szenetypischen und für konfrontative gewalttätige Auseinandersetzung geeignete Ausrüstung sowie das entsprechende aggressive Verhalten dieser Demonstrationsteilnehmer als tatsächliche Anhaltspunkte zu bewerten, die die Annahme rechtfertigten, dass es bei ungehindertem Versammlungsverlauf zu Straftaten von erheblicher Bedeutung kommt.

*Frage 5: Nach welchen Kriterien erfolgte die Abgrenzung des betroffenen Demonstrationsteils?*

Taktisches Ziel war die einschließende Absperrung der in Antwort auf die Frage 4 beschriebenen Klientel.

*Frage 6: Wie sollte sichergestellt werden, dass ausschließlich Störer oder gewaltbereite Gruppen durch die Einkesselung an der Ausübung ihres Demonstrationsrechts gehindert werden?*

Die taktische Umsetzung orientierte sich an optisch wahrnehmbaren Anhaltspunkten. Im Übrigen verweise ich auf die Antwort bezüglich Übergriffe auf die Polizei und Verletzung des Demonstrationsgrundrechts zu Frage 6.

*Frage 7: Weshalb wurde dem verbleibenden Demonstrationzug nicht der Weiterzug auf der gerichtlich genehmigten Route angeboten?*

Dem Versammlungsleiter wurde bereits um 12:54 Uhr die Möglichkeit der Fortführung des Demonstrationzuges eröffnet sowie polizeiliche Unterstützung zugesichert. Ich habe das bereits mehrfach dargestellt. Dies wurde in der Folge mehrmals wiederholt. Die Angebote wurden allesamt durch den Versammlungsleiter abgelehnt. Das ist dann auch über den Lautsprecherwagen aus der Versammlung heraus so kommuniziert worden.

*Frage 8: Trifft es zu, dass nach den erfolglosen Verhandlungen mit der Versammlungsführung entgegen vorheriger Zusagen der Polizei die Personalien aller Einkesselten polizeilich erfasst werden sollten?*

*Zu welchem Zweck?*

Eine derartige Zusage ist nicht erfolgt. Es wurde angeboten, dass die Umschlossenen an dem weiteren Aufzug auch ohne Identitätsfeststellung teilnehmen können, wenn sie alle verbotenen Gegenstände abgelegt und eine polizeiliche Durchlassstelle passiert haben. Dadurch sollte die Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit für alle Teilnehmer ermöglicht werden. Da aber das Passieren einer solchen polizeilichen Durchlassstelle abgelehnt worden ist, erfolgte aufgrund der vorliegenden Straftaten und aufgrund der Auflagenverstöße die Identitätsfeststellung bei allen Personen.

*Frage 9: Weshalb wurde Einkesselten ohne Vermummung oder Bewaffnung nicht erlaubt, ohne Feststellung der Personalien den Kessel zu verlassen, um sich weiter an der Demonstration zu beteiligen?*

Dazu verweise ich auf das, was ich eben in der Antwort zu Frage 8 ausgeführt habe.



*Frage 10: Wie viele Personen wurden eingekesselt?*

Innerhalb der einschließenden Absperrung befanden sich 947 Personen, die einer Identitätsfeststellung unterzogen worden sind.

*Frage 11: Wie viele der eingekesselten Personen wurden erkennungsdienstlich behandelt?*

Aus dem Bereich der einschließenden Absperrung wurden insgesamt vier Personen wegen des Verdachts des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen.

*Frage 12: Wie viele der erkennungsdienstlich behandelten Personen waren bereits bei der Demonstration am 31. März 2012 oder der Blockupy-Demo 2012 in Frankfurt am Main in Erscheinung getreten?*

Keine – lautet die Antwort.

*Frage 13: Ein Polizist hat nach Presseberichten (FR 04.06.13) eine Frau unmittelbar vor dem Einsatz gewarnt: "Gehen Sie mit den Kindern weg da, das ist gefährlich." Wieso wusste der Polizist bereits im Vorfeld, dass der Einsatz an dieser Stelle stattfinden würde?*

Ein solcher Sachverhalt konnte bislang nicht verifiziert werden. Grundsätzlich ist trotzdem darauf hinzuweisen, dass es aufgrund der vorherrschenden Lebenserfahrung in vergleichbaren Situationen durchaus angezeigt ist, auf Gefahren geneigte Situationen hinzuweisen. Wenn sich ein schwarzer Block in diesem Umfang durch die Stadt bewegt, ist es auch die Pflicht und die Aufgabe eines Polizeibeamten, Unbeteiligte und insbesondere auch Kinder, die in dem Bereich dann wirklich nichts zu suchen haben, vor Gefahren zu schützen und darauf hinzuweisen.

*Frage 14: Ein Polizist hat nach Medienberichten (FAZ 04.06.13) einen TV-Journalisten mit den Worten: „Hau ab, du Pisser!“ bei der Ausübung seiner journalistischen Berichtstätigkeit und des Grundrechts auf Pressefreiheit behindert. Ein Fotojournalist berichtete, wie ihn ein Polizist mit dem Ellenbogen gegen den Hals gedrückt habe, sodass er nicht mehr atmen konnte (FAZ 04.06.13). Ein Polizist hat nach Presseberichten (FR 04.06.13) einem Demonstrationsteilnehmer gedroht: „Ich prügele dir die Birne zu Matsch.“*

Wenn solche Vorwürfe zutreffen – das ist der Grund, warum wir eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet haben und entsprechenden Vorwürfen sehr ernsthaft und sehr akribisch nachgehen –, wird das selbstverständlich entsprechende Folgen haben, wird das entsprechende dienstrechtliche, aber natürlich auch strafrechtliche Folgen haben. Aber im Augenblick dauert die Beweiserhebung an. Soweit sich Auskünfte – das muss ich hier nicht explizit vortragen – auf ein Strafverfahren beziehen, stehen die Angaben dazu unter dem Vorbehalt der zuständigen Justizbehörde.

a) Wer sind diese Polizisten?

b) Was wird getan, um sie zu ermitteln?

c) Wie weit sind die Ermittlungen fortgeschritten?



*d) Wann wird mit dem Abschluss dieser Ermittlungen gerechnet?*

Das habe ich meines Erachtens damit beantwortet.

*e) Welche Konsequenzen werden sie zu tragen haben, wenn die Vorwürfe nicht entkräftet werden?*

Ich will nur sagen, dass die Sachverhalte zunächst aufzuhellen sind, dass sie analysiert werden, dass sie bewertet werden und erst dann die notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden können.

*f) Hat der Innenminister sich bei den betroffenen Personen entschuldigt?*

Wenn jemandem Unrecht widerfahren ist und sich das entsprechend darstellt und erhärtet hat und das belegt ist, habe ich kein Problem, mich für irgendetwas zu entschuldigen.

*g) Wie sollen solche Entgleisungen künftig verhindert werden?*

Auch da verweise ich auf das, was ich auf Frage 14 e) geantwortet habe.

*h) Hätten nach Einschätzung des Innenministers durch eine Deeskalationsstrategie diese Entgleisungen verhindert werden können?*

Dazu will ich nur sagen, dass insbesondere die mit sehr viel Langmut geführten Verhandlungen und die Angebote zur Gewährleistung der Versammlungsfreiheit sehr stark auf Deeskalation ausgerichtet waren und dass im Übrigen auch der Polizei eine entsprechende Strafverfolgungspflicht obliegt und sie entsprechend zu handeln hat.

*Frage 15: Wir beurteilt die Landesregierung die Kritik an der Härte des polizeilichen Vorgehens?*

Hierzu will ich antworten, dass nicht auszuschließen ist, dass es vereinzelt zu Überreaktionen gekommen ist, und dass das einer beweiserheblichen Feststellung bedarf. Das steht völlig außer Frage. Selbstverständlich hat niemand mehr Interesse daran, entsprechende Vorwurfslagen zu klären und entsprechend dann, wenn das geht, sie auch auszuräumen. Wenn es zu entsprechenden Beweisen kommt und wenn entsprechend die Täter überführt werden – kann ich nur wiederholen –, wird es natürlich zu dienstrechtlichen und strafrechtlichen Konsequenzen kommen. Aber ich will auch sehr deutlich sagen, dass die derzeitige Kenntnislage keinen Raum für eine pauschale Vorwurfshaltung lässt.

*a) Aus welchen Gründen veranlasste die Polizeiführung den Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken gegen die Demonstranten?*

Das Reizstoffsprühgerät ist ein Teil der standardmäßigen Einsatzrüstung der Polizeivollzugsbeamten bei allen hessischen Einsatzlagen. Zur Anwendung ist jeder Polizeibeamte befugt. Es gibt keinen Entscheidungsvorbehalt des Polizeiführers bzw. ein entsprechender Entscheidungsvorbehalt des Polizeiführers ist nicht verfügt worden.



*b) Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, dass bei diesem Einsatz auch Journalisten verletzt worden sind?*

Nach derzeitigem Stand liegt dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main ein Ermittlungsvorgang in Bezug auf einen verletzten Journalisten vor. Aufgrund der Äußerungen von Medienvertretern, die bei der Pressekonferenz am 03.06. stattgefunden haben, und aufgrund der verschiedenen Veröffentlichungen ist eine entsprechende Frage an die Vertreter der unterschiedlichen Medien mit der Bitte um Unterstützung bei der Aufklärung gerichtet worden. Wir brauchen die Hinweise; wir brauchen die Ansagen – das ist vollkommen klar. Deswegen weise ich auch die Kritik daran zurück, dass Herr Dr. Thiel das getan hat. Es ist richtig, dass er es getan hat. Auch nach Eingang der ersten Rückmeldungen haben sich bis heute keine weiteren konkreten sachdienlichen Hinweise bezüglich der oben aufgeführten Vorwürfe ergeben.

*Frage 16: Auf welche Weise wurde der Einsatz der Polizei bei der Auflösung der Demonstration dokumentiert?*

Zunächst will ich ganz deutlich darauf hinweisen, dass die Demonstration durch die Polizei nicht aufgelöst worden ist, sondern dass durch die Versammlungsbehörde das Ende der Versammlung formal festgestellt worden ist und dass natürlich die Einsatzabläufe vor Ort im Rahmen der geltenden rechtlichen Voraussetzungen zur Beweissicherung videografiert worden sind. Darüber hinaus ist die übliche Einsatzdokumentation erfolgt. Ich habe eben schon in der Beantwortung auf die Frage der Linkspartei ausgeführt, dass die gesetzliche Grundlage § 12a des Versammlungsgesetzes ist und dass in § 12a auch geregelt wird, dass er über § 19a auch auf Versammlungen unter freiem Himmel anwendbar ist.

*Wann und auf welche Weise erfolgt eine Auswertung dieser Dokumentation?*

Eine Auswertung erfolgt im Rahmen der Nachbereitung.

*Frage 17: Seit wann besteht die Arbeitsgruppe, die beim PP Frankfurt am Main die Vorgänge und den Polizeieinsatz vom 1. Juni 2013 aufarbeiten soll?*

Die Entscheidung über die Einrichtung der Arbeitsgruppe erging am 03.06.2013.

*a) Wer ist Mitglied in dieser Arbeitsgruppe?*

Der Polizeivizepräsident steht der Arbeitsgruppe vor. Die einzelnen Arbeitsgruppen bestehen jeweils aus einer Leitung mit einem Beamten bzw. einer Beamtin des höheren Dienstes sowie mehreren Sachbearbeitern des gehobenen Dienstes. Es ist also eine sehr hochrangig besetzte Arbeitsgruppe. Es geht um strafrechtliche Vorwurfslagen. Es geht um das entsprechende Beschwerdemanagement. Es geht um das Thema Umgang beispielsweise mit Medien vor Ort. Es geht um die strategietaktische Ausrichtung. Es geht um die Bearbeitung von Straftaten. Und es geht natürlich auch um die Bearbeitung des angekündigten Verwaltungsstreitverfahrens.

*b) Auf welche Weise ist das Landespolizeipräsidium in die Arbeitsgruppe und deren Tätigkeit eingebunden?*

Das Landespolizeipräsidium ist in der Arbeitsgruppe nicht eingebunden. Eine umfangreiche Berichterstattung ist verfügt worden.



*c) Welche Rolle spielen bei der Aufarbeitung polizeitaktische Erwägungen vom 1. Juni 2013 und die Abwägung anderer Handlungsoptionen als die durchgeführten polizeilichen Maßnahmen?*

Auch da will ich nur darauf hinweisen, dass sie selbstverständlich ein Teil der Nachbereitung sind.

*d) Wann wird mit Ergebnissen der Arbeitsgruppe zu rechnen sein?*

Angaben hierzu sind aufgrund der umfangreichen Auswertung derzeit noch nicht möglich.

*e) Wann und auf welche Weise beabsichtigt der Innenminister, die Mitglieder des Innenausschusses über die Arbeit und Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe zu informieren?*

Eine Information ist fortlaufend in den Sitzungen des Innenausschusses im Hessischen Landtag beabsichtigt. Für Zeiträume, in denen keine Sitzung des Innenausschusses des Hessischen Landtags stattfinden, wird selbstverständlich sichergestellt, dass die Obleute eine Information erhalten.

#### *IV. Verhältnismäßigkeit:*

*Frage 1: Sind dem Innenminister die Kriterien der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe bekannt?*

Hierzu kann ich mit Ja antworten.

*Frage 2: Weshalb wurde nicht eine andere, breitere Stelle der Straßenführung zur Einkesselung gewählt, sodass der verbleibende, überwiegende und friedliche Teil der Demonstration gegebenenfalls daran vorbei auf der gerichtlich genehmigten Route hätte weiter demonstrieren können?*

Auch dazu kann ich auf die Antworten zur Polizeistrategie verweisen, die ich unter 8 b) gegeben habe.

*Frage 3: Weshalb wurde nicht anstatt der Einkesselung eine Seitenbegleitung der Demonstration vorgenommen, so wie sie weitgehend erfolgreich bei Blockupy 2012 in Frankfurt am Main durchgeführt wurde?*

Auch dazu habe ich meines Erachtens schon umfangreiche Ausführungen gemacht. Und es gilt natürlich im Übrigen das, was ich zur Polizeistrategie unter 8 b) bereits ausgeführt habe.

*Frage 4: Welche anderen Mittel hätten zur Verfügung gestanden, die Störungen aus dem Demonstrationszug zu unterbinden?*

Auch da verweise ich auf das, was ich schon gesagt habe.



*Frage 5: Weshalb war die dauerhafte Einkesselung der Demonstranten über neun Stunden erforderlich?*

Zunächst einmal hat nicht eine dauerhafte Einkesselung der gesamten Demonstration, sondern nur eines unfriedlichen Teils der Demonstration stattgefunden. Wichtig ist dabei, darauf hinzuweisen, dass die Zeitspanne sowohl die Verhandlungsphase mit dem Verhandlungsleiter als auch die polizeilichen Vorbereitungen für die Umsetzung der Kontrollmaßnahmen umfasst hat und dass die Personen, die sich innerhalb der einschließenden Absperrung befunden haben, unverzüglich den Anschlussmaßnahmen zugeführt worden sind. Eine Verweildauer, wie in der Fragestellung beschrieben, hat sich daher nur für eine geringe Anzahl von Personen ergeben. Wichtig ist aber auch, darauf hinzuweisen, dass sich eine Zeitverzögerung insbesondere durch den passiven, aber teilweise auch den aktiven Widerstand der Personen ergeben hat, die Absperrung zu verlassen. Hätten die Personen einem freiwilligen und einem kontrollierten Verlassen des Bereichs zugestimmt, wäre für alle Teilnehmer die weitere Ausübung ihres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit jederzeit möglich und die nachfolgenden Maßnahmen auch entbehrlich gewesen.

*Frage 6: Auf welche Weise wurde von der Polizeiführung während des Verlaufs der Einkesselung und der Verhandlungen geprüft, ob die aufrechterhaltene polizeiliche Maßnahme angesichts des fortschreitenden Zeitablaufs noch verhältnismäßig war?*

*a) Durch wen wurde diese begleitende Prüfung der Verhältnismäßigkeit der polizeilichen Maßnahme durchgeführt?*

Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit erfolgte fortlaufend im Führungsstab. Im Übrigen war die Justiz, wie sich das gehört und wie das auch vorgenommen werden muss, jederzeit eingebunden. Ich habe vorhin über die Einbindung der Haftrichterin und über die Einbindung insbesondere durch entsprechende Lageberichte an Staatsanwalt R. berichtet: 12:48 Uhr, 12:57 Uhr, 13:08 Uhr, 13:21 Uhr, 14:06 Uhr, 14:55 Uhr, 15:10 Uhr, 15:24 Uhr, 15:55 Uhr, 17:19 Uhr, 19:46 Uhr, 20:36 Uhr.

*b) Aus welchen Gründen kam die begleitende Prüfung zu dem Ergebnis, dass eine letztlich neunstündige Einkesselung verhältnismäßig gewesen ist?*

Darauf habe ich schon geantwortet, dass die Verhältnismäßigkeit fortlaufend im Führungsstab erfolgt ist und Entsprechende eingebunden gewesen sind.

*c) Auf welche Weise wurden der Einsatzleiter, der Polizeipräsident, die Stadt Frankfurt am Main, die Leitung des Landespolizeipräsidiums, StS Koch und der Innenminister Rhein über die Verhältnismäßigkeitsprüfung informiert?*

Der gesamte Einsatzleiter S., der Polizeipräsident und die Stadt Frankfurt, vertreten durch die Versammlungsbehörde, befanden sich gemeinsam in der polizeilichen Befehlsstelle und hatten daher Kenntnis über die aktuelle Sachlage. Eine separate Unterrichtung von mir, Herrn Staatssekretär und Herrn LPP hinsichtlich einer Verhältnismäßigkeitsprüfung fand nicht statt.

*d) Wie wurde von den unter c Benannten die Tatsache bewertet, dass diese begleitende Verhältnismäßigkeitsprüfung des eigenen polizeilichen Handelns durchgeführt worden ist?*

Hierzu verweise ich auf das, was ich eben gesagt habe.



*Frage 7: Weshalb wurde - ausweislich von Pressefotos und Zeugenberichten - Pfefferspray ohne konkrete Gefahrensituation aus der dritten Polizeireihe gegen eingekesselte Demonstranten eingesetzt, ohne dass von diesen eine aktive Störung ausgeht?*

Auch dazu antworte ich, dass den Vorwürfen natürlich offensiv nachgegangen wird und dass sie im Übrigen auch Gegenstand der Befassung der eingerichteten Arbeitsgruppe beim PP Frankfurt sind.

*Frage 8: Weshalb war der Einsatz von Pfefferspray gegenüber den eingekesselten Demonstranten erforderlich?*

Der Einsatz war erforderlich, weil fortwährende Attacken mit Glasflaschen, Steinen, Farbbeuteln, Holz- und Fahnenstangen auf die eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erfolgten.

*Frage 9: Welcher Zweck wurde mit der Einkesselung verfolgt?*

Ziel war es, die zahlreichen Straftaten wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz zu unterbinden bzw. zu verfolgen und die Gewährleistung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit nach Art. 8 des Grundgesetzes für möglichst alle Versammlungsteilnehmer zu gewährleisten.

*Frage 10: Mit welchen Strategien will der Innenminister den Vertrauensverlust beheben, den eine Vielzahl friedlicher Demonstranten angesichts der übermäßigen Anwendung unmittelbaren Zwangs und der offenbar fehlgeschlagenen Polizeistrategie gegenüber der Polizei erlitten hat?*

Ich glaube, wir sind sehr gut beraten, wenn wir zunächst einmal die Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe abwarten, wenn wir insbesondere – da gebe ich Frau Faeser und Herrn Frömmrich recht – die verwaltungsgerichtlichen Prüfungen und natürlich auch das Ergebnis eingeleiteter Strafverfahren abwarten, die es auch schon gibt, um am Ende daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Das ist im Rechtsstaat der richtige Weg. Ich habe volles Vertrauen in die Institutionen des Rechtsstaates, die das machen.

Das gilt aber auch dafür, dass man nie vergessen darf, dass, bevor es zu der entsprechenden Einsatzlage gekommen ist, die Informationsaustausche zwischen dem Landeskriminalamt, dem PP Frankfurt und dem Verfassungsschutz stattgefunden hat, dass diese Austausche weit im Vorfeld einer Veranstaltungslage stattfinden, das dazu dient, dass Personenpotenziale abgestimmt werden, damit man eine gemeinsame Gefährdungslagebewertung macht und dass im Zusammenhang mit den Blockupy-Aktionstagen vom 31. Mai bis zum 2. Juni den Sicherheitsbehörden im Vorfeld zu den internationalen Großdemonstration am 1. Juni klare Erkenntnisse vorlagen, die einen unterschiedlichen Verlauf der Großdemonstration erwarten ließen.

Am Ende haben sich exakt diese vorliegenden Erkenntnisse auch mit Beginn der Großdemonstration am 1. Juni bestätigt. Das betrifft die Vorlaufphase, die Ansammlungsphase und den Beginn der Aufzugsphase. Die Stimmung der Angehörigen der autonomen Szene ist von Anfang an äußerst aggressiv gewesen. Es gab die skandierten Parolen: „Hass, Hass, Hass wie noch nie! BRD-Bundesstaat, wir haben dich zum Kotzen satt!“ Es ist insbesondere auch gerufen worden. „Wir hauen euch die Stadt kaputt!“



Abg. **Nancy Faeser:** Herr Innenminister, ich habe noch die eine oder andere Frage. Sie haben bei 1. mit einer Vorbemerkung begonnen, dass verschiedene der Maßnahmen einfach notwendig gewesen seien, um den meisten friedlichen Demonstranten auch das Recht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten. Deswegen frage ich Sie noch einmal über den 1. Juni, inwiefern Sie durch Ihre Mitarbeiter auch informiert waren. Sie haben das noch nicht beantwortet. Es war dann sowohl Herr Müller da, Herr Diehl als auch Herr Kohlbecher. Gab es vonseiten Herrn Kohlbecher, Herrn Diehl und Frau Müller Anrufe an Sie? Sie haben vorhin gesagt, dass Sie nur über die SMS informiert waren, aber keine Kenntnis von der langen Einkesselung hatten. So haben Sie es vorhin berichtet. Deswegen würde ich gern noch einmal wissen, wie sich der Tag für Sie dargestellt hat, weil ich vorhin dazu nachgefragt habe.

Zu unserer Frage 6, der Verlässlichkeit, haben Sie gesagt, die anwesende Staatsanwältin habe das geprüft. Sie hat natürlich noch nicht überprüft, ob insgesamt – –

(Zuruf von Minister Boris Rhein)

– Weil Sie sagen: informiert. Okay. Alles klar. – Das wollte ich nur noch einmal klarstellen, weil gerade von Verwaltungsgerichten überprüft wird, inwieweit die Verlässlichkeit gegeben ist. Das waren zunächst meine Fragen.

Abg. **Andrea Ypsilanti:** Ich habe noch zwei Nachfragen, Herr Minister. Die erste ist: Finden Sie es nicht befremdlich, dass an so einem Tag, der viele Menschen auf der einen oder anderen Seite geschädigt hat, weder Sie noch Ihr Staatssekretär noch Ihr Sprecher direkt kontaktiert wurden, um die Lage zu besprechen, die sich in Frankfurt dargestellt hat? Halten Sie das im Nachhinein für richtig?

Das zweite ist: Sie hatten auf Nachfrage gesagt, dass jede Einschätzung der Lage eine individuelle Einschätzung ist. Aber Sie haben auch bei einer vorherigen Frage geantwortet, dass zur Einschätzung der Gefahrenlage Einschätzungen aus anderen Bundesländern herangezogen wurden. Da wäre meine Frage: Welche Einschätzungen aus anderen Bundesländern für diese Gefahrenlage waren da, und von wem sind die gekommen?

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Minister, ich dachte vorhin bei Ihrer Ankündigung, dass Sie meine Fragen mit beantworten würden. Das ist aber zum großen Teil nicht passiert. Deswegen will ich Sie gleich noch einmal stellen und Ihnen die Gelegenheit geben, darauf noch zu antworten.

Ich will aber, weil Sie mich vorhin in Ihrer gewohnten Art und Weise persönlich angegriffen, mich als gewerkschaftspolitischer Sprecher – das betonen Sie an bestimmter Stelle immer sehr gerne – angesprochen und sich Gedanken darüber gemacht haben, was ich auf meinen Briefkopf schreibe oder an welchen Veranstaltungen ich teilnehme oder nicht teilnehme – es scheint interessant zu sein, weil Ihnen das aufgefallen ist –, was den Hessentag angeht, will ich Folgendes erklären.

In der Tat bin ich Gewerkschafter seit meinem 16. Lebensjahr, und das werde ich auch sicherlich bleiben. Da bin ich völlig klar. Ich habe bei der Gewerkschaft ÖTV angefangen, und ich bin sehr froh, dass wir eine große und starke Gewerkschaft mit der GdP im Deutschen Gewerkschaftsbund haben. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, Diskussionen zu führen. Ich hoffe, dass diese GdP noch stärker wird und noch mehr Kolleginnen



und Kollegen bei der Polizei vertritt und sie unterstützen kann. Ich glaube nicht, dass es Ihnen gelingen wird, einen Keil zwischen Gewerkschaftern zu treiben, und mit der Diffamierung, die Sie auf meine Person versucht haben vorzunehmen, erfolgreich sind.

Das, was hier der Versuch von Ihnen ist, fand ich in Ihrer Antwort zum Thema Pfeffersprayeinsatz sehr bemerkenswert. Sie haben letztendlich gesagt: Es war und ist die Entscheidung jedes einzelnen Polizeibeamten oder jeder einzelnen Polizeibeamtin in der Bedrohungssituation. – Ich selbst habe das anders gesehen. Ich glaube, dass es bei Großlagen nicht so ist, dass jeder einzelne Polizeibeamte das entscheidet, sondern es zumindest in der Gruppe entschieden und insofern auch vorgegeben wird.

Deshalb sind für mich die Einzelnen überhaupt nicht für diese Situation verantwortlich, sondern verantwortlich für den Zustand, den wir jetzt haben, ist die Polizeiführung und sind letztendlich Sie als Minister. Insofern finde ich wichtig und richtig, wenn Sie vorhin auch die Daten angesprochen haben – von Januar über März bis Mai –, wo Vorbesprechungen und Vorbereitung auf diese Großlage vorgenommen wurden und wo Sie selbst beteiligt waren. Das haben Sie zumindest dargestellt.

Das ist nach wie vor der Punkt, wo weiter darüber diskutiert werden muss, inwieweit auch Stimmung erzeugt wurde oder werden sollte und auch jetzt noch erzeugt wird, die nicht dem entspricht, was Realität war. Es geht nicht darum, alles zu verteidigen, was vonseiten der Demonstranten kam. Da gibt es kein Gut und kein Böse, weder auf der einen noch auf der anderen Seite – das ist völlig klar. Aber so, wie Sie das heute dargestellt haben und weiter darzustellen versuchen, ist das auf keinen Fall mit dem in Übereinstimmung zu bringen, was ich selbst 13 Stunden lang gesehen habe. Das ist der entscheidende Punkt. Das lässt mich in der Tat zweifeln.

Deswegen sind für mich Gewerkschaften die wichtigsten Organisationen zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie, und das werden sie auch noch bleiben – völlig unabhängig davon, wie Ihre Auffassung dazu ist und wie Ihre Versuche, sich darzustellen, sind, da einen Keil hineinzutreiben.

Jetzt zu meinen Fragen. Ich will noch einmal ansetzen. Zwei Fragen sind beantwortet worden. Ich hatte Sie vorhin zu Frage 1 j) unseres Berichtsantrags gefragt, ob es zutrifft, dass es Stunden oder Tage vor dem Polizeieinsatz in der Hofstraße eine Besichtigung im Jüdischen Museum in der Mainzer Straße gegeben hat, dort vom Dach bzw. von den oberen Stockwerken Fotos und Filmaufnahmen gemacht wurden und zu welchem Zweck – wenn das zutrifft – diese gemacht wurden. Die Frage stelle ich jetzt zum dritten Mal und bitte um Beantwortung.

Eine weitere Nachfrage bezieht sich auf die Frage 2 e) von uns. Wie ist das zu verstehen, wenn Sie sagen, die Styroporplatten – Sie haben die Schutzschilde genannt – seien mit scharfkantigem Hartplastik versehen worden? Was ist bitte „scharfkantiger Hartplastik“? Wie darf man sich das vorstellen?

Die nächste Frage bezieht sich auf unseren Berichtsantrag Ziffer 3 c). Sie haben in der Antwort zum Einsatz der Kommunikatoren gesagt, es hätte vier Kommunikatorenteams gegeben. Da wüsste ich ganz gerne, aus wie vielen Personen diese Teams bestehen. Sind das zwei, drei, vier jeweils? Wie viele waren es insgesamt? Wo und zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form sind diese Kommunikatoren verbal angegriffen worden, sodass sie sich zurückgezogen haben?



Die weitere Frage bezieht sich auf die Ziffer 3 I). Vorhin hatte ich schon einmal gefragt, ob Ihre Aussage zutrifft, dass die geplanten Alternativstrecken der Demonstration, die freigehalten wurden – das sagten Sie – und die nur 150 m länger gewesen sei als die normale Demonstrationsroute, die Route ist, die seinerzeit von der Stadt Frankfurt und der Polizei vorgeschlagen und favorisiert wurde und die in der gerichtlichen Auseinandersetzung letztendlich vom Verwaltungsgerichtshof nicht anerkannt wurde. Ist das die geplante Alternativroute, von der Sie gesprochen haben?

Jetzt kommen noch ein paar weitere Fragen aus unserem Berichtsantrag. Und zwar wüsste ich ganz gerne, wie viele verletzte Beamtinnen und Beamte es durch Pfefferspray oder Tränengaseinsätze bei dieser Demonstration gegeben hat.

Und ich wüsste ganz gerne, mit wie viel Fernsehkameras die Polizei selbst die gesamte Dokumentation aufgenommen hat und wie Sie mit diesem Material derzeit umgehen. Wird das in die Auswertung einbezogen? Beziehen Sie in die Auswertung in der Arbeitsgruppe auch das Material ein, das öffentlich z. B. auf YouTube zugänglich ist, oder beschränken Sie sich auf die eigenen Feststellungen? Dann müssten Sie selbst auch zu entsprechenden Erkenntnissen kommen.

Da das schon sehr viele Fragen waren, noch eine letzte Frage, und dann melde ich mich für eine zweite Runde an. Dann können wir das gern weiter fortführen. Mir geht es um den sogenannten Feuerlöscher, von dem Sie gesprochen haben. Herr Minister, ich will Sie darauf hinweisen: Ich habe selbst Fotos von dem Feuerlöscher oder den Polizeibeamten mit Feuerlöschern. Ich gebe zu, das waren Rheinland-Pfälzer. Sie haben davon gesprochen, dass keine hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte solche tornisterartigen Dinge auf dem Rücken tragen. Aber ist es zulässig oder ist das nicht genehmigungspflichtig, wenn Polizeieinsatzkräfte aus anderen Bundesländern dann solche vermutlich mit Pfefferspray gefüllten Tornister auf dem Rücken haben? Ist Ihnen davon etwas bekannt?

Abg. **Jürgen Frömmrich:** Erst einmal herzlichen Dank an die Landesregierung für die umfangreiche Beantwortung der Fragen. Es war doch ein ziemlicher Fragenkatalog, der hier beantwortet werden musste.

Vor der Klammer will ich nochmals betonen – und ich glaube, darin sind wir uns einig –, dass das Grundrecht aus Art. 8 Grundgesetz natürlich so gilt, wie es in der Verfassung steht: also „friedlich und ohne Waffen“. Darüber gibt es überhaupt keine Debatte. Ich sage es noch einmal: Es ist vollkommen inakzeptabel, Dinge mitzuführen, die auf Demonstrationen, die friedlich verlaufen sollen, nichts zu suchen haben. Da gibt es zwischen uns überhaupt keine Missverständnisse. So etwas gehört nicht auf eine friedliche Demonstration. Nur, um das vor der Klammer nochmals deutlich zu betonen.

Herr Innenminister, gleichzeitig will ich sagen: Es wurde der Punkt der Verhältnismäßigkeit angesprochen. Für mich ist es schon die Frage, ob ein Einsatz in dieser Form verhältnismäßig ist, wenn – und das hat uns Herr Schneider in der letzten Innenausschusssitzung erzählt – 150 Chaoten – das sage ich ganz deutlich – in einem schwarzen Block anwesend sind und dadurch 20.000 andere an der Wahrnehmung ihres Rechts auf Demonstrationsfreiheit gehindert werden. Das ist, was die Zahlen betrifft, nicht verhältnismäßig.

Vorhin haben Sie im Zusammenhang mit dem Gutachten den Brokdorf-Beschluss zitiert. Um Missverständnisse abzuräumen, will ich noch etwas zum Gutachter sagen. Natürlich



hat ein Gutachter, den Sie beauftragen, Jura studiert. Natürlich ist das ein Professor an einer renommierten Universität. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn ich allerdings bei 237 Veröffentlichungen dieses Professors keine einzige zum Polizeirecht und keine einzige zum Versammlungsrecht finde, dann stellt sich mir schon die Frage, warum ausgerechnet er hier gewählt worden ist. Man kann nicht sagen, jemand ist nicht fachkompetent, nur weil er einer gewissen Partei angehört. Aber das wundert schon: Bei 237 Veröffentlichungen ist keine einzige zum Polizeirecht und keine einzige zum Versammlungsrecht darunter.

Jetzt nochmals zu Brokdorf II.

Steht nicht zu befürchten, dass eine Demonstration im Ganzen einen unfriedlichen Verlauf nimmt oder dass der Veranstalter und sein Anhang einen solchen Verlauf anstreben oder zumindest billigen, bleibt für die friedlichen Teilnehmer der von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit auch dann erhalten, wenn mit Ausschreitungen durch ... eine Minderheit zu rechnen ist.

(Minister Boris Rhein: Ganz genau!)

Das ist aus dem Leitsatz des Bundesverfassungsgerichts, Punkt 4.

(Minister Boris Rhein: So ist es! – Abg. Dr. Frank Blechschmidt: Das kann man nur unterstreichen!)

Deswegen will ich das nochmals betonen: Wegen 150 Leuten, die dort anwesend waren – – Der Herr Landespolizeipräsident schüttelt den Kopf. Ich habe beim letzten Mal deutlich nachgefragt,

(Minister Boris Rhein: Ich sage gleich etwas dazu!)

und Herr Schneider hat auf die Frage „Wie viel sind dagewesen, gewaltbereit oder haben sich verummmt oder sonst wie verhalten?“ gesagt: 150. Wir haben es auch nochmals im Protokoll nachgelesen. Deswegen stelle ich diese Frage so. Es waren 900 im Kessel, aber 150 – – Soll ich es vorlesen? Es steht im Protokoll. Vielleicht lesen Sie einfach das Protokoll nach, dort steht es so, von Herrn Schneider in der Innenausschusssitzung gesagt. Deswegen die Frage nach der Verhältnismäßigkeit: 150 nicht Akzeptable und 20.000, denen das Versammlungsrecht und die Demonstrationsfreiheit verwehrt wurden. Diese Frage stellt sich schon.

Zweite Frage. Das betrifft den Einsatz dieser Mittel, die dort mit sich geführt worden sind. Sie haben gesagt, man hat beobachtet, wie diese Schilde vom Lkw abgeladen wurden. Herr Innenminister, warum greift man da nicht ein? Wenn man sieht, dass von einem Lkw Mittel der passiven Bewaffnung verteilt werden: warum greift man da nicht ein?

Eine weitere Frage, zur Anwesenheit von Mitarbeitern des Ministeriums. Herr Innenminister, wenn Sie sagen, dass Sie auf solche polizeilichen Maßnahmen – insbesondere Ablauf, Strategie und anderes – keinen Einfluss nehmen, sondern sich da heraushalten, weil das Aufgabe der Polizei und derer sei, die solche Einsätze leiten, dann verwundert es schon, wenn sozusagen das halbe M-Büro hinter der Absperrung bei dieser Demonstration ist. Wenn Sie sich das Bild anschauen – wir haben es gesehen –, dann sehen Sie dort Frau Müller, Herrn Kohlbecher, Herrn Diehl. Wenn Sie sich nicht einmischen – –



(Minister Boris Rhein: Er ist nicht im M-Büro!)

– Er ist nicht im M-Büro? Na, gut, aber zwei hochrangige Mitglieder des M-Büros und Herr Diehl, Entschuldigung, dann ist es schon die Frage, warum die dort anwesend sind, wenn sie keinen Einfluss darauf nehmen. Denn dann könnten sie auch zu Hause sein und müssten auch keine Überstunden abrechnen.

Diese Fragen hätte ich gerne beantwortet.

**Vorsitzender:** Frau Wissler, und dann folgt Herr Bauer.

(Abg. Hermann Schaus: Frau Wissler ist gerade draußen!)

– Dann ist Herr Bauer dran.

Abg. **Alexander Bauer:** Das passt ganz gut, weil der Kollege Frömmrich nochmals so großen Wert auf die 150 gelegt hat. Aber ich denke – hoffentlich sind wir uns da auch einig; dem größten Teil Ihres Redebeitrags konnte ich mich anschließen –, dass nicht die Quantität von Personen mit Gefährdungslage der relevante Maßstab ist, sondern auch die Qualität dessen, was sie an Potenzial, an Gefährdung mit sich bringen. Wenn man bei diesen benannten Personen – ich glaube, es wurden 908 Personen kontrolliert – 911 gefährliche Gegenstände findet – und der Minister hat deutlich gemacht, dass manche davon unter das Sprengstoffgesetz fallen, dann muss man nicht darüber streiten, ob das 150, 160 oder 170 Chaoten waren, sondern man muss die Gesamtlage beurteilen: welches Gefährdungspotenzial in dieser Situation vorhanden war und was das als Konsequenzen für die Einsatzleitung mit sich brachte.

**Vorsitzender:** Ist Frau Wissler jetzt da? – Nein.

Minister **Boris Rhein:** Frau Faeser fragte mich, wie ich informiert worden bin.

(Abg. Nancy Faeser: An diesem Tag!)

– Genau, an dem Tag. – Ich habe es vorhin schon einmal dargestellt: Es gibt – –

(Abg. Nancy Faeser: Außerhalb der SMSe!)

– Nein, außerhalb der SMSe habe ich keine Mitteilung bekommen.

(Abg. Nancy Faeser: Also auch nicht mit Frau Müller beispielsweise?)

– Keine Gespräche geführt. Wollen wir doch ganz konkret sein: Ich habe weder mit Herrn Kohlbecher telefoniert noch gesprochen – also so, von Auge zu Auge –, noch mit Frau Müller telefoniert oder gesprochen – während SMSe – – Ich will Ihnen erläutern, wie das bei der Info-Kette läuft. Die Info-Kette geht beim Lagezentrum los und leitet die Informationen quasi immer weiter: von einem zum andern, in einer ganz klar abgelegten Folge. Am Ende leitet Frau Müller die SMSe, die das Lagezentrum zu ihr steuert, zu mir weiter, und zwar 1 : 1, ohne irgendetwas hinzuzufügen. Das sind diejenigen, die ich Ih-



nen hier vorgelesen habe. Die werden einfach immer weitergesteuert, zu mir – denn unter normalen Umständen – –

Als ich noch Staatssekretär war, war das noch intensiver, denn Sie bekommen natürlich unendlich viele Informationen an einem Tag, über die verschiedensten Vorkommnisse, was weiß ich: Gestern, auf dem Hessentagsumzug, wird einer Frau von einer Konfettikannonen ein Stopfer an den Kopf geschossen. Das wird natürlich auch über die Info-Kette geleitet. Aber am Ende entscheidet die Leiterin des Ministerbüros, ob das ein Sachverhalt ist, den man an den Staatssekretär und den Minister weitersteuern muss.

Bei Blockupy ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Informationen 1 : 1 weitergesteuert werden und nicht entschieden wird, ob man dafür einen Minister um drei Uhr morgens oder um vier Uhr morgens wecken muss oder was auch immer. Das ist eben der festgelegte Ablauf in dieser Info-Kette.

Frau Ypsilanti hat mich gefragt – ich will es einmal umformulieren –, ob ich mich nicht eingemischt hätte. – Nein. Nein! Unter gar keinen Umständen mische ich mich in eine polizeiliche Maßnahme ein.

Frau Ypsilanti, ich will Ihnen auch sagen, warum: Frau Ypsilanti, ich möchte keine politische Polizei – eine Polizei, die am Ende das tut, was ihr ein Minister vorgibt. Das kennen wir aus anderen Zeiten, und deswegen wissen wir, dass wir so etwas nicht mehr machen. Die Polizei besteht aus Experten, die das gelernt haben und aus ihrer Erfahrung können. Wenn ich jemanden nehme, beispielsweise den Abteilungsdirektor in Frankfurt, oder eben seine Vorgänger – Herr Diehl ist ein Vorgänger von ihm; Schäfer, heute Polizeipräsident in Westhessen, ist einer seiner Vorgänger –, die haben eine riesige Erfahrung im Umgang mit solchen Lagen.

Im Übrigen gibt es dazu auch Vorschriften, klare Vorschriften, die diese Dinge regeln. Das ist beispielsweise die PDV 100, die sagt, dass der Polizeiführer die Gesamtverantwortung trägt und die grundsätzlichen Entscheidungen trifft. Ich füge hinzu, dass in dieser Einsatzphase eine Einflussnahme politischer Verantwortungsträger, jedenfalls nach meinem Staatsverständnis, ausgeschlossen ist.

Ich kann auch nur jedem raten, das nicht zu tun, denn ich hätte gar keine Chance gehabt, die Lage in diesem Moment zu bewerten. Dazu muss man in der Befehlsstelle sitzen und in Funkkontakt mit allen Einsatzabschnittsleitern sein. Dazu muss man die Rückmeldungen von der Demonstration 1 : 1 haben. Da laufen unendlich viele Informationsstränge zusammen, die am Ende einen Polizeiführer dazu bewegen, diese oder jene Entscheidung zu treffen.

Wenn in diesem Moment ein Minister dort anruft – – Ich habe das meine Leute auch gefragt: Was wäre denn passiert, wenn ich angerufen und gesagt hätte: Kessel öffnen! – Dann hätten die mir natürlich gesagt: Nein, in diesem Moment können wir keinen Kessel öffnen. Sie hätten gesagt: Wir raten es Ihnen ab! – Dann hätte ich gesagt: Dann weise ich Sie dazu an, den Kessel zu öffnen! – Dann hätte der Polizeiführer zu mir gesagt: Ich kann das nicht nur aus meiner Sicht, sondern auch aus rechtlichen Gründen im Augenblick nicht. Ich trage die juristische Verantwortung, d. h. ich werde strafrechtlich belangt. Ich bin am Ende derjenige, der die Folgen zu tragen hat. Deswegen kann ich das jetzt nicht machen. – Dann hätte er remonstrieren oder was auch immer tun können. Das wäre ein vollkommen irregeleiteter Weg gewesen: als Minister in eine solche Entscheidung einzugreifen.



Deswegen war ich auch nicht in der Befehlsstelle. Ich wollte mich nicht dem Vorwurf aussetzen, ich hätte durch die eine oder andere Regung, Bewegung oder Gestik mich so oder so verhalten. Das ist eine polizeiliche Lage, und die hat die Polizei zu bewältigen. Am Ende wird das, wenn ein Fehler gemacht wurde, strafrechtlich geahndet, oder auch politisch. Am Ende kann ich daraus natürlich politische bzw. entsprechende Konsequenzen für die vor Ort ziehen – wenn sie völlig falsche Entscheidungen getroffen haben. Die muss ich dann auch ziehen. Dann muss ich möglicherweise mit dem Polizeipräsidenten Entsprechendes machen. Dann wird natürlich auch mit dem Polizeiführer entsprechend verfahren werden müssen. Das ist das, was ich am Ende politisch zu tun habe. Aber ich greife nicht – ich werde das nicht tun und habe es auch nicht getan – in die betreffenden Strategieentwicklungen ein. Ich glaube, das wäre exakt der falsche Weg gewesen.

Frau Ypsilanti, Sie haben eine zweite Frage gestellt. – Oder stellen Sie sich die Lage doch einmal anders herum vor. Stellen Sie sich einmal vor, ich hätte dort angerufen und entsprechende Anweisungen gegeben, und das Ding wäre völlig – – Da wären schwerste – – Was würden Sie mich denn dann heute hier fragen? Dann würden Sie mich gar nichts mehr fragen, denn dann hätte es wirklich Anlass dazu gegeben, dass ich nicht mehr im Amt bin.

Beim letzten Mal habe ich gefragt: Wie hätten Sie es denn gerne? Ich will das hier jetzt gar nicht so provokativ machen, aber es ist die richtige Entscheidung, dass ein Minister in einer solchen Situation keinen Einfluss nimmt. Sonst haben wir eine politische Polizei. Aber eine politische Polizei will ich nicht haben.

Zweitens haben Sie mich nach der Gefahrenanalyse aus anderen Bundesländern gefragt. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich dazu in diesem Gremium nicht berichten kann. Dazu gibt es andere Gremien in diesem Hause.

Damit kommen wir zu einem weiteren umfangreichen Fragenkatalog von Herrn Schaus. Herr Schaus, ich will das hier gar nicht aggressiv sagen, aber: Warum schreiben Sie das denn nicht alles in Ihre Fragenkataloge hinein? Das waren jetzt so viel Hunderte von Fragen, die Sie mir gestellt haben – da wäre es auf die zehn Fragen auch nicht mehr angekommen: wie ein Hartplastik-Ding aussieht, wie die Kommunikatoren mit wie vielen Leuten unterwegs gewesen sind, ob ein Team aus zwei, drei, vier, fünf Leuten besteht. Hätten Sie das einfach hineingeschrieben, dann hätten wir es Ihnen aufgeschrieben. Jetzt müssen wir es halt hier abarbeiten. Aber auch das macht nichts.

Leider haben wir nicht ein solches Hartplastik-Ding dabei, aber Sie kennen es besser als ich, denn Sie haben die vor Ort gesehen. Ich habe sie mir aber dann angeschaut. Das ist eine Styroporpappe. – Im Übrigen gab es in der Demonstration am Samstag darauf nur Styroporpappen. Der Trick an diesen Styroporpappen ist aber, dass dort aus erheblicher Dicke Hartplastik aufgeklebt wird, scharfkantiges Hartplastik, das natürlich die Brechbarkeit und die Durchdringbarkeit von Styropor vollkommen verändert – wenn Sie das vorne und hinten aufkleben. Insbesondere ist es höchsttrichterlich ausgeurteilt, dass das auf Demonstrationen ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz ist und dass es eine Straftat ist, diese Dinge mit sich zu führen. Das ist höchsttrichterlich ausgeurteilt. Darüber brauchen wir hier nicht mehr zu diskutieren. Dieses Thema ist erledigt. Das gilt insbesondere dann, wenn sie solche Schlaufen haben, Gummischlaufen, mit denen Sie sie so führen können, wie Sie eben beispielsweise ein Schild bei der Polizei führen können.

Das ist die Antwort auf die Frage nach den Schilden. Denn das ist keine Folklore, sondern das sind Instrumente, um polizeiliche Zugriffe abzuwehren. Das sind Instrumente,



um die Einsicht zu erschweren etc. Dazu muss ich mich hier nicht mehr einlassen, das haben Andere, weitaus Berufenere getan.

Der nächste Punkt: das Thema Polizeieinsatz und Besichtigung des Jüdischen Museums. Ich bitte, das durch Herrn Dr. Thiel, Herrn Diehl oder Herrn Münch zu beantworten. Ich muss Ihnen gestehen: Ich weiß nicht, ob in einem Team von Kommunikatoren zwei Leute sind. Zwei. Ein Team besteht aus zweien. Zwei Leute, also acht Leute. Das sind die Kommunikatoren.

Wie viele Beamte durch Pfefferspray verletzt worden sind, das kann man im Augenblick nicht sagen.

Wie viele Kameras im Einsatz waren, das weiß ich nicht. Das kann ich im Augenblick auch nicht sagen.

Ich bin aber gerne bereit, das alles nachzuliefern.

Auch die Angelegenheit mit den Feuerlöschern können wir Ihnen gerne noch nachbeantworten. Aber die Feuerlöscher, die Geräte, die Tornister, die die hessische Polizei hat, das sind alles Geräte, die zum Löschen im Einsatz sind. Aber auch alles andere wird natürlich in der Arbeitsgruppe geprüft.

Am Ende lasse ich noch die Frage mit dem Jüdischen Museum beantworten. Das hat Sie hier beschäftigt, und deswegen wollen wir das auch gerne beantworten. Jedenfalls aus dem, was ich Ihnen hier als Antworten geben kann, ist das von der Gesamteinsatzleitung nicht veranlasst worden, weder in den Tagen vorher, noch während des Einsatzes. Aber auch da kann ich Ihnen zusagen – Aus Ihren Gesichtern sehe ich, Sie können im Augenblick auch nichts Näheres dazu sagen. Dann bin ich natürlich auch gerne bereit, das nachzuliefern.

Ich möchte gern zu Herrn Frömmrich kommen. – Lassen Sie uns nicht weiter über die Verhältnismäßigkeit streiten. Wie gesagt wird das am Ende ein Gericht entscheiden. Das ist auch richtig so.

(Abg. Jürgen Frömmrich: Ich bin nur darauf eingegangen, weil Sie es im Gutachten gesagt haben!)

– Ich weiß. Das Gutachten wurde doch nicht angefertigt, um mit Ihnen hier irgendwelche Streitereien zu führen. Das Gutachten wurde angefertigt – –

(Zuruf: Um Stimmung zu machen!)

– Nein, nein. Das hat nichts mit Stimmung zu tun. Das Gutachten ist ein Gutachten, um mir eine rechtliche Sicherheit zu geben, um mich auf rechtlich sicherem Terrain zu bewegen.

Wissen Sie, ob das nun ein sozialdemokratischer Professor oder ein christdemokratischer Professor oder ein evangelischer oder ein katholischer Professor erstellt, das ist doch am Ende keine politische Frage. Am Ende ist das doch eine juristische Frage. Ich messe einem sozialdemokratischen Professor dieselbe Kompetenz zu wie dem christdemokratischen. Das ist für mich nicht der ausschlaggebende Punkt.



Verhältnismäßigkeit. Dazu will ich nur eines sagen, und ich will auch gleich noch etwas zu Brokdorf sagen. Erstens haben wir es nach den Schätzungen der Polizei bei der Demonstration mit 6.000 Teilnehmern zu tun gehabt. Darunter haben sich in einem sogenannten antikapitalistischen Block mehr als 900 offensichtlich gewaltgeneigte und -bereite Personen befunden. Jetzt haben Sie das Protokoll zurate gezogen, ich natürlich auch. Dort heißt es auf Seite 19:

In der Folge haben wir dann sehr frühzeitig, in der Sammelphase am Baseler Platz, festgestellt, das sich ca. 500 Personen aus der autonomen Szene an einem LauKW aufhielten, der offensichtlich im Aufzug – den gab es da ja noch gar nicht – weiter vorne platziert werden sollte.

Dann, auf Seite 20, heißt es in einem ganz anderen Zusammenhang:

Um genau 12:19 Uhr konnten wir feststellen, dass hinter diesem LauKW ca. 150 Personen waren, überwiegend verummmt.

Lassen Sie uns also keinen Zahlenstreit führen. Wie gesagt wird das am Ende ein Gericht entscheiden und sich über die Verhältnismäßigkeit austauschen. Was mir aber wichtig ist, und worauf es mir am Ende ankommt: Wir haben in der Befehlsstelle dort sehr wohl die Lehren von Brokdorf und die Leitsätze des Brokdorf-Beschlusses befolgt und zur Kenntnis genommen: Denn alle konnten laufen. Nur der ausgeschlossene bzw. der abgeschlossene Teil konnte nicht laufen. Der Rest konnte laufen, d. h. der hintere Teil konnte laufen, dem wurden Angebote gemacht, zur Demonstration nach vorne zu kommen. Die vorne konnten sowieso laufen.

Um mit den Worten von Brokdorf zu sprechen will ich Folgendes sagen: Das Festsetzen des Blocks als Solches war ein Weniger im Verhältnis zu einer Teilauflösung der Versammlung nach dem Versammlungsgesetz.

Damit ist Brokdorf 1 : 1 umgesetzt worden. Das ist sozusagen Brokdorf pur. Genau das ist auch der Grund, warum man diese Maßnahmen unter den Gesichtspunkten der Verhältnismäßigkeit rechtfertigen kann: weil sie von dem Vorhaben getragen worden sind, von Herrn Schneiders Vorhaben, rechtmäßige Zustände auf einer Demonstration herzustellen. Wir können es doch nicht zulassen, dass massiv gegen das Versammlungsrecht verstoßen wird, dass massiv Polizeibeamte angegriffen werden, dass massiv Menschen gefährdet werden und dass insbesondere – – Wir gehen so darüber hinweg: Eine Versammlung muss auflagenkonform sein. Diese Auflagen sind auch durch Gerichte bestätigt worden. Wenn die nicht konform ausgeführt werden,

(Abg. Jürgen Frömmrich: Die Strecke aber auch?)

– ja, Herr Frömmrich, das wurde auch ermöglicht; doch, ich sage Ihnen noch gleich etwas dazu –, dann muss man eben diejenigen, die das nicht machen, aus einer solchen Demonstration herausnehmen. Man macht ihnen Angebote: Ihr könnt sofort Anschluss erhalten, wenn Ihr die Waffen ablegt, wenn Ihr die Vermummung ablegt, wenn Ihr durch die Durchgangsstelle geht. Die wären nicht einmal körperlich abgetastet worden. Die wären von Polizisten begutachtet worden, die geschaut hätten: Kann da etwas sein? Hat er möglicherweise noch etwas am Körper? – Da wären sie durchgegangen.

Das ist der Beweis dafür, dass es insbesondere darum ging, allen das Weiterziehen zu ermöglichen und denjenigen es nicht zu ermöglichen – – Deswegen: Das stellt ein We-



niger gegenüber einer – und ich füge in Parenthese hinzu: rechtlich zulässigen – Teilauflösung dar.

Wir haben uns über unsere rechtlichen Standpunkte ausgetauscht. Die verschiedensten Professoren werden möglicherweise dazu auch verschiedene Meinungen haben. Das weiß ich nicht. Jedenfalls entscheidet das am Ende ein Verwaltungsgericht, und dann sind wir jedenfalls in der juristischen Beurteilung einen großen Schritt weiter.

Jetzt muss ich schauen: Das war es, was Sie von mir wissen wollten, oder? – Ja, nach meinem Überblick ja.

**Vorsitzender:** Herr Minister, das ist noch nicht alles. Ich habe jetzt zwei Wortmeldungen, Frau Faeser und Herr Schaus. – Frau Wissler habe ich gestrichen, die ist nicht mehr da.

Abg. **Nancy Faeser:** Herr Minister, ich wollte nochmals sagen: Es war hier keineswegs die Frage danach, ob Polizei politisch geführt wird. Es war eine berechtigte Frage bei einem solchen Großeinsatz. Ich erinnere einmal daran, wie die CDU früher mit unserer Regierung umgegangen ist – wenn jemand einmal nicht erreichbar war oder andere Dinge. Herr Bauer, das hat schon etwas mit Erreichbarkeit und mit politischer Verantwortung zu tun. Es geht hier nicht darum, dass Polizei in irgendeiner Weise taktisch informiert wurde.

(Minister Boris Rhein: Ich war immer erreichbar!)

Insofern war die Frage durchaus berechtigt, nach einer solchen mehrstündigen Einkesselung: ob da nicht der Kontakt zu Ihnen gesucht wurde. Das hätte ich jetzt nicht so schlimm gefunden – wenn man einmal die Frage erörtert: Was ist eigentlich mit den 20.000, die da noch stehen?

(Minister Boris Rhein: 6.000, 6.000 – wir reden von 6.000, nicht von 20.000!)

– Gut, dann gehen wir von 6.000 aus. Aber auch das ist eine Menge friedlicher Demonstranten, die ihren Weg dort nicht fortsetzen konnten. Das ist dann die Frage der Verhältnismäßigkeit.

(Minister Boris Rhein: Die konnten ihren Weg fortsetzen!)

– Ich glaube, das ist nach wie vor streitig. Das werden die Gerichte auch klären. Vorhin habe ich nochmals gefragt, weil die Lage so eng war und mir nicht ganz klar ist – es gab dann noch die zweite Abkesslung –, wie dann durch die Wilhelm-Leuschner-Straße gegangen werden sollte. Wenn man sich das einmal auf einem Lageplan betrachtet, ist das schon sehr schwierig. Aber ich denke, das werden Verwaltungsgerichte klären, und dann werden wir auch eine Antwort darauf haben.

Herr Innenminister, ich wollte noch einmal fragen: Sie haben gesagt, das Gutachten sei dafür da, dass Sie einmal eine rechtliche Einschätzung haben. Können Sie diese rechtliche Einschätzung auch uns zur Verfügung stellen?

Minister **Boris Rhein:** Gern!



Abg. **Nancy Faeser:** Das wäre sehr nett.

**Vorsitzender:** Dann ist auch diese Frage beantwortet – ich glaube, sie wurde vor zweieinhalb Stunden schon einmal gestellt: ob dieses Gutachten erhältlich sei. Das ist hiermit zugesichert.

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Minister, wenn Sie die Fragen nicht direkt beantworten können, dann bin ich selbstverständlich damit einverstanden, wenn Sie das nachliefern. Ich bedanke mich dafür auch schon recht herzlich.

Ich will noch zwei Fragen einbringen. Das eine ist die Frage unserer Fraktionsvorsitzenden, Frau Wissler, die unbeantwortet geblieben ist. Das betrifft Ihre Aussage, die Demonstranten hätten aus den Holzstangen Stahlstangen herausgezogen. Wo sind diese Stahlstangen sichergestellt worden? Wie muss man sich das technisch vorstellen?

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer)

Ich bitte Sie, die Frage zu beantworten. Denn dieser Vorwurf ist nicht unwesentlich.

Mein letzter Punkt ist der Punkt, wo das bei mir ein bisschen emotional wird. Wir haben die ganze Zeit über die Einkesselung und über die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Einkesselung gesprochen. Fakt ist aber, dass bei dem Teil, den Sie selbst immer als friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten bezeichnet haben, also dem Teil außerhalb des Kessels, unmittelbar dahinter, es nach unserer Auffassung und Einschätzung zwischen 300 und 400 Verletzte gegeben hat, im Wesentlichen durch Pfefferspray und entsprechendem Einsatz. Soweit ich das beurteilen kann, waren das im Wesentlichen Gewerkschafter, Leute von Attac, Flughafenausbaugegner, Familien mit Kindern und Rentner. Ich glaube, die Älteste war über 70. Aus welchem Grund ist auf diesen, von Ihnen selbst als friedlich bezeichneten Personenkreis ein solcher Einsatz erfolgt? Was ist die Begründung dafür? Diese Frage halte ich für zentral und bitte, sie zu beantworten.

**Vorsitzender:** Ich frage noch einmal in die Runde: Gibt es weitere Fragen? – Denn ich denke, dass wir so langsam zum Abschluss kommen könnten. Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich jetzt den Minister, die gestellten Fragen noch zu beantworten. Bitte schön.

Minister **Boris Rhein:** Ich will zu dem Thema Holzstangen und Eisenstangen sehr klar sagen: Das ist keine Aussage, die ich mir zu eigen gemacht habe, sondern ich habe die SMS vorgelesen. In einer der SMS, die teilweise auch Augenblicksbeobachtungen wiedergeben, steht:

Ferner wurde beobachtet,

– das musste natürlich abgeklärt werden; ich habe es nur vorgelesen, nicht mir zu eigen gemacht –

dass in dieser Gruppe aus Holzstangen Eisenstangen hervorgezogen wurden.



Das ist ein Teil der Abprüfung und Durchprüfung, auch anhand von Bilder, von Videografie dessen, die wir jetzt machen.

Ich will es noch einmal sagen: Es ist nicht meine Behauptung, die haben mit Eisenstangen irgendjemanden angegriffen oder geschlagen. Es macht aber auch keinen Unterschied, ob sie auf einer Demonstration – ich habe Ihnen Bilder gezeigt – in erheblichem Umfang, massenweise, mit Stangen, teilweise unangenehmen Stangen auf Polizeibeamte losgehen oder wie sie es sonst machen. Das hat auf einer Demonstration überhaupt nicht stattzufinden. Holzstangen, die auf Polizeibeamte draufgehauen werden und mit denen gestoßen wird, haben auf Demonstrationen einfach nichts zu suchen.

(Abg. Hermann Schaus: Da sind wir völlig d'accord!)

– Das freut mich sehr.

Damit bin ich schon bei der Beantwortung der zweiten Frage: Warum wurde genau diese Gruppe einschließend abgeschlossen? Weil sie genau das getan hat.

(Abg. Hermann Schaus: Nein, ich habe gefragt, warum die Gewerkschafter mit Pfefferspray besprüht wurden!)

– Ich will Ihnen sagen, warum das alles geschehen ist: Es sind Hunderte von problematischen Gegenständen sichergestellt worden. Ich rede noch einmal von den 20 Glasflaschen, wo Farbe drin ist, auf die Polizisten geworfen, Hühnereier, die Holzstangen, die Kunststoffstangen, Polen-Böllern, Schlagwerkzeuge. Ich muss doch nicht immer alles wiederholen.

Ich will es noch einmal deutlich machen: Wer die Absicht hat, eine friedliche Demonstration zu veranstalten, der braucht das alles nicht. Der geht nicht mit Sturmhauben, der geht nicht mit Waffen, der geht nicht mit all diesen Schutzgegenständen auf eine Demonstration. Denn schon das Mitsichführen macht sehr deutlich, dass ein unfriedlicher Verlauf zu erwarten ist. Deswegen müssen Sie aus so einer Demonstration herausgenommen werden, damit dem Rest der Demonstration ermöglicht werden kann, friedlich zu demonstrieren, den netten Leuten, die Sie aufgezählt haben. Das ist der Grund, warum das so erfolgt ist.

Abg. **Hermann Schaus:** Herr Minister, ich frage es noch einmal. Ich habe Sie gefragt, wieso der Pfeffersprayeinsatz mit Hunderten von Verletzten

(Abg. Holger Bellino: Wo sind die denn?)

gegen Gewerkschafter, Attac-Leute, Flughafenausbaueegner genau in der Gruppe erfolgte, von der auch Sie selbst immer gesagt haben, das waren friedliche Demonstranten. Das ist die zentrale Frage. Die bitte ich Sie zu beantworten. Das ist keine Frage, die wiederholt wurde. Das ist die zentrale Frage.

Minister **Boris Rhein:** Herr Dr. Thiel kann es beantworten. Aber ich sage es noch einmal: Wo sind die Anzeigen von diesen Leuten gegen die Polizei? – Herr Dr. Thiel, bitte.

(Abg. Hermann Schaus: Heißt das, das hat es alles nicht gegeben? – Gegenruf des Abg. Holger Bellino: Dann bringen Sie die bei! Sie waren doch in der ersten



Reihe dabei! Sie haben doch die Polizei behindert! Das ist doch die Wahrheit! – Gegenruf des Abg. Jürgen Frömmrich: Na, na! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus: Was wissen Sie?)

**Vorsitzender:** Ich habe die Bitte, dass Herr Dr. Thiel die Frage beantworten kann. Bitte schön, Herr Dr. Thiel.

PP **Dr. Thiel:** Herr Schaus, damit wir über die richtige Situation reden und uns nicht missverstehen: Wenn man den Demonstrationzug in drei Drittel aufteilt, das erste Drittel vor der Umstellung, das zweite Drittel die Umstellung, und dann kommt das dritte Drittel. Es geht in Ihrer Frage, wenn ich Sie richtig verstehe, um den Beginn des dritten Drittels. Ist das so richtig?

(Abg. Hermann Schaus: Ja!)

– Gut. Da kann ich Ihnen sagen, dass ich selbst über Videokameras beobachtet habe, wie von diesen Personengruppen massiv auf Polizeibeamte, die die Umstellung vorgenommen haben, eingewirkt wurde, getreten wurde, gestoßen wurde. Dagegen haben sich Polizeibeamte gewehrt und versucht, diesem Druck, der von diesem anderen Teil auf sie ausgeübt worden ist, entgegenzustehen und sich zu wehren. Da wurde auch Pfefferspray eingesetzt. Das habe ich gesehen, aber nur nachdem diese Polizeikette angegriffen wurde.

(Abg. Hermann Schaus: Von Rentnern und Leuten mit Kindern! Das waren die, die angegriffen haben? Ich will es nur wissen; denn die sind davon betroffen worden! Danke, das genügt! – Unruhe)

**Vorsitzender:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich bedanke mich für die rege Diskussion. Die Sitzung ist geschlossen. Danke schön.

#### **Beschluss zu Punkt 1 und 2:**

INA/18/96 – 24.06.2013

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts im Innenausschuss als erledigt.

Der Minister sagt zu, dem Ausschuss das Gutachten von Herrn Prof. Dr. Brenner zur Verfügung zu stellen.

Wiesbaden, 5. Juli 2013

Für die Protokollierung:

Der Vorsitzende:

Heike Thaumüller

Horst Klee